



# HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2008

## 19. Sitzung

Wiesbaden, den 19. November 2008

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1177	Dieter Posch . . . . .	1182
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1177	Tarek Al-Wazir . . . . .	1184, 1189
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1177	Willi van Ooyen . . . . .	1185
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1213	Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	1187
1. a) Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Fraktionsgesetzes</b> – Drucks. 17/764 – . . . . .	1177	Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1188
<i>In erster Lesung angenommen</i> . . . . .	1178	Reinhard Kahl . . . . .	1190
Norbert Kartmann . . . . .	1177	Hermann Schaus . . . . .	1190
Axel Wintermeyer . . . . .	1178	Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1191
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1178	12. b) Zweite Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zur Stabilisierung von Unternehmen (Unternehmensstabilisierungsgesetz)</b> – Drucks. 17/776 – . . . . .	1191
b) Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Änderung des Hessischen Fraktionsgesetzes</b> – Drucks. 17/764 – . . . . .	1178	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	1191
<i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	1178	Axel Wintermeyer . . . . .	1191
Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1178	Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1191
12. a) Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein <b>Gesetz zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zur Stabilisierung von Unternehmen (Unternehmensstabilisierungsgesetz)</b> – Drucks. 17/776 – . . . . .	1178	2. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Vereinfachung des Fundrechts</b> – Drucks. 17/747 zu Drucks. 17/242 – . . . . .	1191
<i>In erster Lesung angenommen</i> . . . . .	1195	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	1192
hierzu: Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE – Drucks. 17/777 – . . . . .	1178	Hugo Klein (Freigericht) . . . . .	1191
<i>Abgelehnt</i> . . . . .	1191	Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1191
11. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend <b>Arbeitsplätze in Hessen sichern – Steuergelder nicht verschleudern</b> – Drucks. 17/775 – . . . . .	1178	3. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen</b> – Drucks. 17/750 zu Drucks. 17/508 – . . . . .	1192
<i>Dem Hauptausschuss überwiesen</i> . . . . .	1191	<i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . .	1192
Gottfried Milde (Griesheim) . . . . .	1178	Clemens Reif . . . . .	1192
Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . .	1180	Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1192

Seite	Seite
<p>4. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften in den Geschäftsbereichen des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie zur Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Krankenhausgesetzes 2002</b> – Drucks. 17/751 zu Drucks. 17/641 – . . . . . 1192</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1192, 1193</p> <p>Gerhard Merz . . . . . 1192 Marjana Schott . . . . . 1192 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1192, 1193</p> <p>5. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes</b> – Drucks. 17/767 zu Drucks. 17/507 – . . . . . 1192</p> <p><i>In zweiter Lesung in geänderter Fassung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1193</p> <p>hierzu: Änderungsantrag der Fraktion der SPD – Drucks. 17/768 – . . . . . 1192</p> <p><i>Angenommen</i> . . . . . 1193</p> <p>Hugo Klein (Freigericht) . . . . . 1192 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1193</p> <p>6. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2008</b> – Drucks. 17/766 zu Drucks. 17/643 – . . . . . 1193</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1193</p> <p>Frank-Peter Kaufmann . . . . . 1193 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1193</p>	<p>7. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und anderer Rechtsvorschriften</b> – Drucks. 17/769 zu Drucks. 17/368 – . . . . . 1193</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1194</p> <p>Patrick Koch (Otzberg) . . . . . 1193 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1194</p> <p>8. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zur Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes</b> – Drucks. 17/770 zu Drucks. 17/504 – . . . . . 1194</p> <p><i>In zweiter Lesung angenommen:</i> <i>Gesetz beschlossen</i> . . . . . 1194</p> <p>Peter Beuth . . . . . 1194 Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1194</p> <p>9. Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu <b>Petitionen</b> – Drucks. 17/712 – . . . . . 1194</p> <p><i>Beschlussempfehlungen angenommen</i> . . . . . 1194</p> <p>Erster Vizepräsident Lothar Quanz . . . . . 1194</p> <p>10. Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend <b>Selbstauflösung des Hessischen Landtags gemäß Art. 80 der Hessischen Verfassung</b> – Drucks. 17/765 – . . . . . 1194</p> <p><i>Angenommen:</i> <i>Landtag aufgelöst</i> . . . . . 1213</p> <p>Dr. Christean Wagner (Lahntal) . . . . . 1194 Thorsten Schäfer-Gümbel . . . . . 1197 Jörg-Uwe Hahn . . . . . 1199 Dr. Judith Pauly-Bender . . . . . 1202 Tarek Al-Wazir . . . . . 1202 Janine Wissler . . . . . 1205 Dr. Ulrich Wilken . . . . . 1207 Ministerpräsident Roland Koch . . . . . 1208 Dr. Carmen Everts . . . . . 1211 Jürgen Walter . . . . . 1212 Präsident Norbert Kartmann . . . . . 1213</p>

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Erster Vizepräsident Lothar Quanz

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch  
Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner  
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und  
Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Volker Hoff  
Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier  
Minister der Finanzen Karlheinz Weimar  
Minister der Justiz Jürgen Banzer, zugleich mit der Leitung des  
Kultusministeriums beauftragt  
Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel  
Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel  
Sozialministerin Silke Lautenschläger, zugleich mit der Leitung des  
Ministeriums für Wissenschaft und Kunst beauftragt  
Staatssekretär Dirk Metz  
Staatssekretärin Oda Scheibelhuber  
Staatssekretär Horst Westerfeld  
Staatssekretär Dr. Walter Arnold  
Staatssekretär Dr. Thomas Schäfer  
Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi  
Staatssekretär Karl-Winfried Seif  
Staatssekretär Gerd Krämer

## Abwesende Abgeordnete:

Nancy Faeser  
Klaus Peter Möller

(Beginn: 12.04 Uhr)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Meine Damen und Herren! Vielleicht kein ganz gewöhnlicher Anfang, wenn ein Vizepräsident beginnt – vielleicht auch kein ganz gewöhnlicher Sitzungstag, aber möglicherweise der letzte in der dann möglicherweise kürzesten Legislaturperiode in der Geschichte unseres Hessenlandes.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Plenums fest.

Zur Tagesordnung darf ich Ihnen mitteilen, dass, vom Ältestenrat am 11. November 2008 vorbereitet, insgesamt zehn Punkte vorliegen.

Noch eingegangen und auf Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Arbeitsplätze in Hessen sichern – Steuergelder nicht verschleudern. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Kein Widerspruch.

Eingegangen ist noch ein Dringlicher Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein Gesetz zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zur Stabilisierung von Unternehmen (Unternehmensstabilisierungsgesetz), Drucks. 17/776. Die Dringlichkeit wird bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Gesetzentwurf in seiner ersten Lesung Tagesordnungspunkt 12 a und in seiner zweiten Lesung Tagesordnungspunkt 12 b.

Die Fraktionen haben sich verständigt, dass dieser Dringliche Gesetzentwurf zusammen mit dem Dringlichen Antrag unter Punkt 11 nach Tagesordnungspunkt 1 aufgerufen wird. Redezeit für die Fraktionen: zehn Minuten. – Ich sehe das Nicken der Geschäftsführer. Vielen Dank.

Zu dem soeben erwähnten Gesetzentwurf ist noch ein Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE eingegangen. Er liegt Ihnen vor.

Ich gehe davon aus, dass die Tagesordnung von Ihnen so genehmigt ist.

Zum Ablauf der Sitzung einiges. Wie im Ältestenrat vereinbart und in der Tagesordnung vermerkt, tagen wir heute bis zur Erledigung der Tagesordnung mit einer Unterbrechung der Plenarsitzung nach Tagesordnungspunkt 9. Wenn die Zeitplanung, wie kalkuliert, stimmt, hätten wir eine kurze Phase der Pause und beginnen um 14 Uhr mit dem zweiten Teil.

Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1 a, der ersten Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Zuvor noch Entschuldigungen. Es fehlen heute entschuldigt Frau Kollegin Nancy Faeser und Herr Kollege Klaus Peter Möller.

Ich darf noch weitere Hinweise verlesen.

Die Abgeordneten, mit Ausnahme des Präsidenten, der Vizepräsidentin und der Vizepräsidenten sowie der Mitglieder des Hauptausschusses und deren gewählter Stellvertreterinnen und Stellvertreter gemäß Art. 93 Hessische Verfassung, haben ein Schreiben der Verwaltung vor sich, in dem sie über die sie persönlich betreffenden Folgen der Auflösung des Landtags informiert werden.

Das Präsidium des Landtags hat in seiner Sitzung am 16. September 2008 folgendes Verfahren zur Auswahl der Persönlichkeiten für das Kunstwerk von Herrn Vollrad Kutscher „Himmel über Hessen, Licht – gestalten“ beschlossen. Sie kennen die rückwärtige Wand. „Das Präsidium stimmt dem Vorschlag zu, dass die Schülerinnen und Schüler, die an den Seminaren ‚Im Zentrum der Landespolitik‘ teilnehmen, die Auswahl der Persönlichkeiten – darunter mindestens eine Frau – vornehmen.“ Es findet also ein Austausch der Bilder in der rückwärtigen Wand statt.

In Ausführung dieses Beschlusses haben die Schülerinnen und Schüler des Leistungskurses Politik und Wirtschaft der Jahrgangsstufe 13 der Dreieichschule Langen, die an diesem Seminar vom 23. bis 25. September teilgenommen haben, aus der Liste der 50 Persönlichkeiten folgende sieben ausgewählt: Adam Opel – treffsicher war dieser Kurs –, Georg Büchner, Johann Wolfgang von Goethe, Konrad Zuse, Konrad Duden, Anne Frank und Jacob Grimm.

Ich komme abschließend zu drei wichtigen Terminen und sicherlich auch schönen Anlässen. Ich darf drei Kolleginnen und Kollegen zum Geburtstag gratulieren, die alle drei das siebte Jahrzehnt des Lebens angegangen sind.

Herr Kollege Reinhard Kahl am 04.10. Herzlichen Glückwunsch zu Ihrem 60., Herr Kahl.

(Allgemeiner Beifall)

Zur nächsten Gratulation reicht ein sehr kurzer Weg. Frau Kollegin Dorothea Henzler hat am 31.10. ebenfalls dieses Datum gefeiert. Herzlichen Glückwunsch, Frau Henzler.

(Allgemeiner Beifall)

Der Dritte im Bunde, Dr. Michael Reuter, hat am 11.11., ich vermute, nicht nur um 11.11 Uhr gefeiert, sondern etwas länger. Auch Ihnen alles Gute. Ein gutes Jahrzehnt möge Ihnen beschieden sein.

(Allgemeiner Beifall)

Das waren, wie es formal heißt, die amtlichen Mitteilungen. Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich darf **Punkt 1 a** aufrufen:

**Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Fraktionsgesetzes – Drucks. 17/764 –**

Ich darf Herrn Präsidenten Kartmann das Wort erteilen. Bitte schön.

### **Norbert Kartmann (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden heute voraussichtlich das Parlament gemäß Art. 80 unserer Landesverfassung auflösen und diese Wahlperiode vorzeitig beenden. Dies löst nicht nur den verfassungsrechtlichen Mechanismus aus, dass eine Neuwahl innerhalb von 60 Tagen durchzuführen ist, sondern es führt auch zum Erlöschen der Abgeordnetenmandate. Auch die Fraktionen des Landtags sind damit aufgelöst, da sie aus Mitgliedern des Landtags bestehen, die es nach dessen Auflösung nicht mehr gibt.

Während die Fraktionen durch ein – nennen wir es einmal so – reguläres Ablaufen der Wahlperiode gemäß unserer Verfassung „nahtlos“ fortbestehen, fehlt es an einer ver-

gleichbaren Regelung für eine vorzeitige Auflösung. Dies mag zunächst theoretisch klingen; es hat jedoch massive praktische Auswirkungen. Die traurige Folge wäre die unmittelbare Arbeitslosigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Fraktionen, die nicht nur parlamentarisch tätig sind, sind im Rahmen ihrer Teilnahme am Rechtsverkehr zuvörderst auch Arbeitgeber.

Meine Damen und Herren, es ist daher unsere Aufgabe – das ist die übereinstimmende Meinung aller im Hause vertretenen Fraktionen –, unsere eigenen Mitarbeiter zu schützen. Deswegen gibt es den gemeinsamen Gesetzentwurf, der auf den Weg ins Parlament gebracht worden ist.

Das Einfügen der Generalklausel in § 1 Hessisches Fraktionsgesetz stellt sicher, dass alle weiteren Regelungen des Fraktionsgesetzes zum Status der Fraktionen einheitlich an den Zeitpunkt des Beginns der neuen Wahlperiode anknüpfen und somit den Arbeitnehmerschutz bewirken. Anders ausgedrückt: Die Änderung des Fraktionsgesetzes beinhaltet eine Übergangsregelung zwischen den Wahlperioden. Bildlich gesprochen ist es eine Brücke zwischen den Wahlperioden. Wie bereits angesprochen, wird die 17. Wahlperiode heute vorzeitig beendet. Die 18. Wahlperiode beginnt aber erst mit dem Tag der Neuwahl im Januar 2009. Rein formal gesehen handelt es sich um eine Übergangsregelung, rein praktisch gesehen hat sie aber den Zweck, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie Sie wissen, ist diese Gesetzesfiktion somit nicht nur legitim, sondern auch legal. Sie ist genau so angelegt, dass sie eine Analogie zum bestehenden Abgeordnetengesetz in § 24 Abs. 2 bildet. Demnach ist es Sinn dieses Gesetzes, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller fünf Fraktionen den gleichen Schutz erfahren wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten. Das Abgeordnetengesetz enthält diesen logischen Schutzmechanismus. Im Fraktionsgesetz klaffte bislang eine Lücke.

Meine Damen und Herren, ich denke, es ist unser aller Ziel, diese Lücke gemeinsam zu schließen und die erforderliche Brücke zu bauen. Das ist im Sinne des Mitarbeiterinnen- und Arbeitnehmerschutzes höchst notwendig.

Ich bedanke mich, dass alle Fraktionen im Vorfeld den Gesetzentwurf unterschrieben haben. Ich darf Sie alle um Ihre Zustimmung bitten.

(Beifall)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Abg. Wintermeyer hat sich zur Geschäftsordnung zu Wort gemeldet.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, im Namen aller Fraktionen beantragen wir, den Gesetzentwurf nach der ersten Lesung anzunehmen und ohne Ausschussüberweisung gleich in die zweite Lesung einzutreten.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das ist nach unserer Geschäftsordnung möglich.

Wir stimmen zuerst in erster Lesung über den Gesetzentwurf ab. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen?

– Enthaltungen? – Der Gesetzentwurf ist in der ersten Lesung einstimmig angenommen.

Wir müssen jetzt nach § 14 Abs. 3 der Geschäftsordnung darüber abstimmen, ob wir direkt in die zweite Lesung eintreten. Dafür ist eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Wer stimmt diesem Verfahren zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Dann ist einstimmig beschlossen, unverzüglich in die zweite Lesung einzutreten.

Ich rufe **Punkt 1 b** auf. Wird eine Aussprache gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer möchte diesem Gesetzentwurf in der zweiten Lesung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Somit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen und zum Gesetz erhoben. Ich danke Ihnen.

Vereinbarungsgemäß rufe ich jetzt **Tagesordnungspunkt 12 a** auf:

**Erste Lesung des Dringlichen Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE für ein Gesetz zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zur Stabilisierung von Unternehmen (Unternehmensstabilisierungsgesetz) – Drucks. 17/776 –**

Hierzu gibt es einen **Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 17/777.**

Gleichzeitig rufe ich **Tagesordnungspunkt 11** auf:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend Arbeitsplätze in Hessen sichern – Steuergelder nicht verschleudern – Drucks. 17/775 –**

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs darf ich Herrn Abg. Milde das Wort erteilen.

#### **Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf namens aller Fraktionen dieses Hauses den Gesetzentwurf aller Fraktionen zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zur Stabilisierung von Unternehmen, kurz Unternehmensstabilisierungsgesetz, einbringen. Wir haben verabredet, dass anschließend in der Reihenfolge der Fraktionen Redezeit gewährt wird. Ich werde in diesem Zusammenhang eine Begründung zur Sache abgeben.

Ich will zur Einbringung der Initiative kurz erläutern, dass dieser Gesetzentwurf notwendig geworden ist, weil durch die Zuspitzung der wirtschaftlichen Situation der Rahmen für Bürgschaften erhöht werden muss. Außerdem muss die Handlungsfähigkeit der Landesregierung in dem Zeitraum, bis der neue Landtag zusammentritt, vor allem bis ein neuer Haushalt verabschiedet worden ist, gewährleistet sein. Gleichzeitig erlaubt es die vorläufige Haushaltsführung nicht, ab dem 1. Januar 2009 einfach Bürgschaften zu erteilen. Wir alle in diesem Hause waren einig, dass in dieser Phase Handlungsfähigkeit gegeben sein muss. Ich bitte deswegen alle Fraktionen um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

Ich möchte an dieser Stelle kurz unterbrechen, um in der Aussprache zur Sache selbst zu reden.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kollege, für die Einbringung des Gesetzentwurfs.

Verabredungsgemäß werden jetzt die Fraktionen nach ihrer Stärke das Wort ergreifen. Herr Kollege Milde, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion. Es ist eine Redezeit von zehn Minuten verabredet.

**Gottfried Milde (Griesheim) (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben es in der Tat mit einer Sondersituation zu tun. Ich denke, uns allen muss daran gelegen sein, dass wir dieses auch in der Öffentlichkeit deutlich machen.

Ich möchte eingangs Folgendes sagen. Ich bin schon verwundert, dass die Fraktion DIE LINKE heute einen Änderungsantrag eingebracht hat, obwohl die Fraktionsvorsitzenden und die finanzpolitischen Sprecher am Freitag, am Montagvormittag und am Montagnachmittag zusammensaßen und sich darauf verständigt haben, diesen Gesetzentwurf gemeinsam einzubringen. Die LINKE hat damit die Absprachen durcheinandergebracht und zeigt noch einmal, dass bei ihr offensichtlich keine Verlässlichkeit gegeben ist. Es wäre in dieser Situation aber angebracht gewesen, Verlässlichkeit zu beweisen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Jetzt noch ein Wort zum FDP-Antrag!)

– Ich sage an dieser Stelle gerne auch etwas zum FDP-Antrag. – Wir haben uns am Montagmorgen und am Montagnachmittag unter den finanzpolitischen Sprechern auch über die Bedingungen unterhalten, unter denen eine Garantie oder eine Bürgschaft gegeben werden kann. Wir haben eigentlich alle Punkte, die in dem FDP-Antrag enthalten sind, gemeinsam formuliert. Daran waren alle Fraktionen und die Landesregierung beteiligt.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir waren uns einig, dass im Anschluss daran keine einzelne Fraktion mit einem Antrag vorpreschen und die Bedingungen, die wir gemeinsam formuliert hatten, als die ihrigen in einen Antrag gießen und hier einbringen würde. Das muss man an der Stelle sagen, weil es zur Fairness gehört hätte, nicht in einer Pressemitteilung öffentlich darum zu werben, dass die anderen Fraktionen dem zustimmen mögen, was wir morgens gemeinsam beschlossen hatten.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ausschließlich aus diesem Grund haben wir den FDP-Antrag nicht mit unterschrieben. In der Sache selbst sind wir uns aber einig.

Ich möchte zur aktuellen Situation darstellen, warum wir eine Sondersituation haben. Wir haben es in der Wirtschaft im dritten Quartal dieses Jahres erstmals mit einem Rückgang des tatsächlichen Bruttoinlandsprodukts um 0,5 % zu tun. Das zeigt, dass die weltweite Finanzkrise, die auch Deutschland ergriffen hat, zunehmend auch andere Bereiche der Wirtschaft tangiert und bei bestimmten Branchen in Form verschärfter Anforderungen an die Finanzierung durchschlägt.

In den letzten Wochen haben wir erfahren, dass diese Wirkung in der Automobilindustrie in den USA aus nachvoll-

ziehbaren Gründen besonders groß ist. Das erste wichtige Argument dabei ist natürlich, dass sich die Automobilkreditbanken nicht mehr in dem Umfang refinanzieren können, wie sie das bisher konnten. Dementsprechend können sie auch keine günstigen Kredite an die Kunden vergeben.

Daran können Sie also erkennen, dass wir nicht einzelne große Unternehmen retten wollen, sondern dass es uns am Ende wirklich darum geht, den Bürgern zu helfen. Wir wollen den kleinen und mittleren Betrieben in Deutschland und speziell in Hessen helfen.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vielleicht sollte ich an dieser Stelle ganz klar erklären, dass der bisherige Bürgschaftsrahmen von 300 Millionen €, den wir in Hessen mit dem Haushalt beschlossen haben, auch immer in vollem Umfang durch die Landesregierung genutzt wurde. Die Bürgschaften wurden ausschließlich kleinen und mittleren, also mittelständischen, Betrieben zur Verfügung gestellt. Über die Bürgschaftsbank Hessen sind im Moment, also aktuell, über 500 Millionen € an Bürgschaften an kleine und mittlere Unternehmen in Hessen ausgelegt.

Damit man einmal sieht, unter welchen Bedingungen das stattfindet, will ich Folgendes sagen: Bei den 550 Millionen €, die aktuell an Bürgschaften ausgelegt sind, kam es – das ist Stand 31. Oktober 2008 – zu 2,2 Millionen € Ausfälle. Das heißt, in unter 1 % der Bürgschaften kommt es tatsächlich zum Ausfall.

Natürlich ist es so – machen wir uns doch nichts vor, natürlich reden wir heute auch ein Stück weit über Opel –, dass das, was die kleinen und mittleren Betriebe an Bedingungen vorfinden, dann auch für die großen Unternehmen gilt. Das muss dann auch für die großen Unternehmen gelten dürfen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Logischerweise hängen an einem großen Betrieb viele kleine Zuliefererbetriebe, die von diesem abhängig sind. Allein dafür würde der Bürgschaftsrahmen, den wir bisher hatten und der in diesem Jahr noch nicht voll, aber fast ausgeschöpft ist, nicht mehr ausreichen. Er würde schon gar nicht mehr ausreichen, wenn es zu einer Bürgschaft in großem Umfang für ein großes deutsches Unternehmen kommen wird.

Ich halte es auch für selbstverständlich, dass sich das Land Hessen im Interesse der Arbeitsplätze, die es in Hessen gibt, an einer Gesamtbürgschaft beteiligt, die der Bund auszustellen hat. Sie wissen es: Bei solchen großen Bürgschaften gibt es üblicherweise einen Anteil, den der Bund trägt. Das sind 60 %. – Wenn wir über eine Bürgschaft in Höhe von 1 Milliarde € reden, bliebe dann noch ein Betrag von 400 Millionen € übrig. Das muss dann auf die Bundesländer aufgeteilt werden, in denen Opel Standorte hat. Wenn man das auf die Verteilung der Arbeitsplätze in den Ländern herunterbricht, ist Hessen mit einem Betrag von rund 200 Millionen € beteiligt. Das kann etwas mehr oder etwas weniger sein.

Wir machen heute nichts anderes – wir beschließen keine Bürgschaft für Opel –,

(Axel Wintermeyer (CDU): Das ist richtig! So ist es!)

als die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Landesregierung dann in der Lage ist, wem auch immer eine Bürgschaft zu geben. Das kann den kleinen Zulieferbetrieb, den kleinen Handwerksbetrieb oder ein Großunternehmen betreffen, das durch die Krise unverschuldet in Not geraten ist und es durch diese Bürgschaft aus eigener Kraft schafft, wieder konkurrenzfähig und überlebensfähig zu werden. Mithilfe der Landesregierung und der Bürgschaft kommt es durch diese Krise hindurch. Das gilt für die Kleinen wie für die Großen.

(Beifall bei der CDU)

Dabei ist es doch selbstverständlich, dass wir einer Garantie nur zustimmen werden, wenn sichergestellt ist, dass das Geld auch in Deutschland bleibt und nicht, wie es einige vermutet haben, aufgrund der speziellen Konzernstruktur von General Motors am Ende nach Amerika fließt. Es muss die Arbeitsplätze in Deutschland sichern. Das ist eine Grundbedingung, die wir selbstverständlich an eine solche Bürgschaft knüpfen werden. Nur wenn das gewährleistet ist, wird es auch eine Bürgschaft geben.

(Beifall bei der CDU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich muss damit eine Arbeitsplatzgarantie verbunden sein. Denn die Arbeitsplatzgarantie, die uns von General Motors oder Opel gegeben werden muss, ist die grundsätzliche Voraussetzung dafür, dass wir im Landtag einer Bürgschaft zustimmen werden.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Das ist völlig richtig!)

Ich komme jetzt zu folgendem Punkt: Wir haben in den Vorgesprächen mit der Landesregierung, die uns bei der Vorbereitung dieses Gesetzentwurfs unterstützt hat – es handelt sich um einen Gesetzentwurf, den die Fraktionen eingebracht haben –, vereinbart, dass der Landtag bei großen Bürgschaften ab 25 Millionen € beteiligt wird. Das gilt auch für die Phase, nachdem sich der Landtag aufgelöst hat. Dementsprechend muss dann in dieser Phase der Hauptausschuss agieren.

Sollte also eine große Bürgschaft notwendig werden, dann würde dieses Haus über den Hauptausschuss eingebunden sein. Das ist übrigens sonst normalerweise nicht üblich. Denn das normale Tagesgeschäft macht die Landesregierung aufgrund der Ermächtigung durch das Haushaltsgesetz selbst.

In den Gesprächen der finanzpolitischen Sprecher wurde auch vereinbart, dass das natürlich nur so lange gilt, bis der neue Landtag zusammengetreten ist und es wieder einen Haushaltsausschuss gibt. Denn dann sollte man doch die Kompetenz des Haushaltsausschusses nutzen – so selbstbewusst sind wir – und dort über die Bürgschaften reden.

Das Gesetz soll endgültig auslaufen, wenn der neue Landtag einen Haushalt beschlossen hat. Wie groß dann der Bürgschaftsrahmen sein wird, das werden die nächsten Wochen und Monate zeigen. Denn es ist zu Irritationen über die Größenordnung des Bürgschaftsrahmens gekommen.

Ich sagte es bereits: Aktuell haben wir dafür 300 Millionen € im Haushalt vorgesehen. Wir wollen heute einen Gesetzentwurf verabschieden, der als Gesetz ab heute bis zur Annahme eines neuen Haushalts gilt. Auf diesen Zeitraum befristet soll es einen Bürgschaftsrahmen in Höhe von 500 Millionen € geben. Dazu kann man noch das ver-

wenden, was aus diesem Jahr übrig ist. Es ist aber nicht so, dass wir jetzt wegen eines Einzelfalls den Bürgschaftsrahmen von 500 Millionen € beschließen werden.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich Ihnen Folgendes sagen: Allein schon aus ordnungspolitischen Gründen müssen wir bei Bürgschaften sehr sorgfältig prüfen, ob ein Unternehmen am Ende tatsächlich auch gewährleisten kann, zu überleben. Möglicherweise geht so etwas auch in Form von Sicherheiten. Das würde dazu führen, dass Anteile an dem Unternehmen als Sicherheit zur Verfügung gestellt werden. Eines sollten wir uns aber gut überlegen: Das ist die Frage der Verstaatlichung.

Abschließend möchte ich Ihnen dazu Folgendes sagen: Schauen Sie sich doch einfach einmal die letzten 60 Jahre der deutschen Geschichte an. Schauen Sie sich doch einmal an, ob nach 40 Jahren deutscher Geschichte der Trabbi oder der Opel überlebt hat. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Milde, danke sehr. – Für die SPD-Fraktion darf ich nun Herrn Schäfer-Gümbel das Wort erteilen.

### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Besondere Zeiten erfordern besondere Antworten. Ich glaube, wir haben es heute bei dem Dringlichen Gesetzentwurf, der gemeinsamen von den Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE eingebracht wurde, für ein Gesetz zur Übernahme von Garantien und Bürgschaften zur Stabilisierung von Unternehmen mit einem solchen besonderen Ereignis zu tun.

Es gibt zwei Situationen, die zu diesem Gesetzentwurf führten.

Erstens. Dazu werden wir heute noch ausführlicher zu reden haben. Ich meine die anstehende Auflösung des Hessischen Landtags und die Frage, wie handlungsfähig danach die geschäftsführende Landesregierung sein wird, wenn sie mit konkreten Krisen von Unternehmen umzugehen hat.

Ich sage Ihnen gleich zu Beginn: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion hat heute in ihrer Fraktionssitzung einstimmig beschlossen, diesen Gesetzentwurf nicht nur mit einzubringen, sondern ihn auch mitzutragen und offensiv mit zu vertreten. Denn es geht um die Frage der Verantwortung für das, was in den nächsten Wochen ansteht.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte jetzt auf die zweite besondere Situation zu sprechen kommen. Dabei möchte ich einen kleinen Akzent anders setzen, als es Herr Kollege Milde eben getan hat. Der Gesetzentwurf ist natürlich aus Anlass der Debatte um Opel entstanden. Es handelt sich aber nicht um ein Opel-Gesetz. Das will ich ausdrücklich sagen. Aber natürlich geschah dies aus Anlass der Sorge hinsichtlich der Fragen, ob der Konzernzentrale in den Vereinigten Staaten die Insolvenz droht – ja oder nein – und welche Konsequenzen das für Opel, aber nicht nur für Opel, sondern vor allem auch für die ganzen Zulieferer hat.

Wir reden dabei in der Bundesrepublik insgesamt über immerhin etwa 75.000 bis 80.000 Arbeitsplätze. Die Politik kann nicht zusehen, wenn es um so viele Menschen, um so viele Betriebe, um so viele Strukturen mit den entsprechenden Familien dahinter geht.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben, nachdem wir in der vergangenen Woche – am Donnerstag im Rahmen von Telefongesprächen – erstmals damit konfrontiert wurden, ausdrücklich unsere Zustimmung zu einem solchen Weg signalisiert. Ich habe eben gesagt: Es ist Ausdruck auch unserer Verantwortung für das, was in den nächsten Wochen und Monaten zu passieren hat. – Wir haben letzte Woche ausdrücklich signalisiert, dass wir uns das als einen gemeinsamen Weg vorstellen.

Gemeinsam heißt eben auch, dass wir gemeinsam die Verantwortung für die Entstehung des Gesetzes – ich will mich ausdrücklich beim Finanzministerium für die Vorarbeiten bedanken –, aber auch für die Öffentlichkeitsarbeit haben, weil wir erst gar nicht den Eindruck erwecken dürfen, dass dieses Thema jetzt sozusagen ein Spielball in einem anstehenden Landtagswahlkampf ist, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich hier klar sagen: Herr Koch, wir waren über Ihre Pressearbeit am vergangenen Donnerstag schon sehr irritiert. Wir waren sehr irritiert über den Antrag der FDP – nicht wegen des Inhalts, sondern wegen der Methode.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Wir sind auch ausdrücklich irritiert über den Änderungsantrag der LINKEN.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Wortmeldung des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Hahn, bemühen Sie sich jetzt nicht. Wir haben nur zehn Minuten. Sie können anschließend direkt auf mich antworten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schade! Waren Sie gestern in Rüsselsheim?)

– Ja, natürlich war ich gestern auf Einladung der Betriebsräte in Rüsselsheim, nachdem hier sozusagen jeder meint, sich dazu zu äußern. Ich sage das deswegen, weil am letzten Freitag ein Problem entstanden ist, auf das ich jetzt im Wesentlichen eingehen will, weil die Debatte in den letzten drei Tagen leider eine Schiefelage erlitten hat, die ein paar Probleme verschärfen könnte. Seit Freitag letzter Woche ist zu bedenken – das hat sehr viel mit Wortwahl zu tun –, dass es sich im konkreten Fall um eine Frage von Sanierung handeln könnte.

Sie alle wissen, dass Sanierungsbürgschaften sofort europarechtlich ganz andere Konsequenzen auslösen, wo wir sozusagen politisch viel „Spaß“ mit den Fragen hätten: Was heißt das für die Beschäftigtensicherung? Was heißt das für die Standortsicherung? Was heißt das für die Sicherung von Investitionen mit allen Sanierungsplänen, die hintendran kommen?

Deswegen haben wir mit den Betriebsräten sehr präzise unsere Sprachregelung definiert, die sich an den realen Problemen orientiert. Was ist das reale Problem bei Opel? – Das reale Problem bei Opel ist, dass Opel nicht eigen-

ständig am Kreditmarkt agieren kann. Das hat etwas mit der Konzernstruktur und der Frage zu tun, wie viele Verbindlichkeiten Opel innerhalb des Konzerns gegenüber der Zentrale hat und was passiert, wenn die Konzernzentrale in die Insolvenz geht, also ein Verfahren nach Chapter 11 des Bankruptcy Code in den USA eröffnet wird, und dies automatisch dazu führt, dass bestimmte Forderungen, die die Adam Opel AG gegenüber der Konzernzentrale hat, landestechisch anders verbucht werden müssen, mit allen Konsequenzen.

Genau für diese Situation – nämlich um die Frage der Vorsorge, wie wir die Zukunftsinvestition eines ansonsten gut aufgestellten Unternehmens bekommen, die Adam Opel AG hat ja nach vielen, vielen Krisen ihre Hausaufgaben in den letzten Jahren gemacht – haben wir gesagt: Das ist ein richtiger Weg. Das, was die Frage der Europatauglichkeit angeht, ist eine völlig andere Thematik. Ich sage das deswegen auch so klar, weil, was Herr Milde zu Recht angesprochen hat, nicht jeder kommen und glauben kann, dass der Staat einspringt, wenn es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten schwierig wird, und das sozusagen ein Generalweg für alle ist.

Genau darum geht es nicht. Das ist der entscheidende Punkt. Ich weiß, dass das in der öffentlichen Debatte außerordentlich schwierig zu transportieren ist. Aber ich glaube, wir sind alle gut beraten, genau diesen Unterschied sehr deutlich zu machen, weil ansonsten Türen geöffnet werden, die wir nicht öffnen wollen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage das auch vor dem Hintergrund der eben sehr polemisch angesprochenen Variante der Verstaatlichung. Herr Milde, mich hat die gestrige Botschaft auch sehr verwundert; denn um Verstaatlichung kann es ganz sicherlich nicht gehen, wobei wir zur Frage, ob sozusagen der Trabi in der DDR überlebt oder GM in den USA, einmal abwarten, wie das Ende des Jahres aussieht.

(Zustimmung bei der SPD – Zurufe des Abg. Florian Rentsch (FDP) und von der CDU)

Beim Trabi wissen wir es; das ist empirisch belegt. Herr Milde, der entscheidende Punkt ist ein völlig anderer. Wir haben überhaupt kein Interesse daran und können auch gar keines haben, über Verstaatlichungsvarianten nachzudenken. Worüber wir aber sehr wohl ein Interesse haben nachzudenken, ist, dass, wenn öffentliche Mittel für Bürgschaften verwendet werden, anschließend auch die öffentliche Hand – Parlament und Regierungen – Einfluss und Einsicht in das bekommen, was in den Konzernen stattfindet, die wir abgesichert haben, einschließlich der Zulieferer, die dahinter sind. Genau darum geht es.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das ist der Punkt, warum wir hier über verschiedene Kriterien geredet haben. Ich will ausdrücklich sagen: Wir stimmen dieser Ausweitung, diesem Gesetz zu, weil es um Standortsicherung gehen muss. Es muss um Beschäftigtensicherung gehen, und es geht um Investitionssicherung. Es muss natürlich sichergestellt werden und wird keine ganz einfache Aufgabe sein, dass kein Geld der hessischen oder der bundesdeutschen Steuerzahler – weil die Priorität, dass der Bund Vorgaben machen muss, klar ist – in die Konzernzentrale in den USA abfließt.

Genau unter diesen Voraussetzungen, das haben wir gesagt, werden wir diesen Weg im Wissen mitgehen, dass es

keine Lex Opel ist, die wir hier heute beschließen – keine Lex Opel, sondern es geht um die Ausweitung des Bürgschaftsrahmens, im Übrigen eines Bürgschaftsrahmens, der im Vergleich aller Bundesländer sehr gering ist. Er ist deutlich niedriger als bei vielen anderen Bundesländern. Man wird sicherlich irgendwann sehr grundsätzlich darüber zu reden haben, ob wir vielleicht zukünftig eine Schippe drauflegen müssen.

Lassen Sie mich abschließend zu den Anträgen etwas sagen. Wir werden dem Gesetzentwurf zustimmen. Wir werden den Änderungsantrag der LINKEN ablehnen – nicht, weil das alles falsch ist, was darin steht, sondern weil die Fragen, die aufgeworfen sind, Gegenstand interfraktioneller Gespräche waren und im Einzelfall geprüft werden müssen. Sie müssen im konkreten Einzelfall geprüft werden. Dann gibt es die Situation, dass wir ab einer bestimmten Größe das Notparlament einsetzen, danach den Haushaltsausschuss. Das ist ganz sicherlich auch ein Ergebnis der besonderen Situation, in der wir uns befinden.

Herr Hahn, den Antrag der FDP werden wir in den zuständigen Ausschuss schieben. Ich glaube, da gehört er hin.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, wir sollten alle unseren Beitrag dazu leisten – ich weiß, dass das in den nächsten Wochen nicht so einfach wird –, sehr solide und sehr klar über das zu reden, um was es eigentlich geht, und möglichst den Versuch eindämmen, was nicht allen und auch mir nicht gelingen wird, den Bereich der politischen Profilierung ein bisschen zurückzufahren. Denn das Thema Opel eignet sich nicht, sich über Krisengerede anschließend zu einem neuen Arbeiterführer zu machen. Den haben wir schon in NRW. Die Kopie in Hessen wird nicht funktionieren. – Herzlich Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Schäfer-Gümbel. – Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Posch zu Wort gemeldet. Herr Posch, bitte.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Uns Liberalen fällt es immer schwer, gesetzliche Regelungen zu beschließen, wenn es um das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft geht, insbesondere dann, wenn es über den selbstverständlich notwendigen Ordnungsrahmen hinausgeht.

Das, was wir heute hier diskutieren, wird wohl unstrittig über den normalerweise notwendigen Ordnungsrahmen zur Gestaltung einer sozialen Marktwirtschaft hinausgehen. Das erklärt sich bereits daraus – die Vorredner haben es bereits gesagt –, dass wir es hier in Hessen und in Deutschland heute mit einer besonderen Situation zu tun haben.

(Beifall bei der FDP)

Meine Kolleginnen und Kollegen, wir tun uns insbesondere dann schwer – deswegen will ich auf die beiden Wortbeiträge von eben eingehen –, wenn der Staat regelnd,

intervenierend oder unterstützend in Abläufe des Marktgeschehens eingreift.

Meine Damen und Herren, auch wenn wir mit dieser Bürgschaft noch kein reales Geld – und zwar das Geld der Steuerzahler – in die Hand nehmen bzw. noch kein Geld fließt, so kann nach diesem Gesetzentwurf doch unter sehr unbestimmten Voraussetzungen einem Unternehmen geholfen werden.

Hier weise ich darauf hin: Das, was in diesem Gesetzentwurf steht, entspricht nicht der bisherigen Praxis der Bürgschaftsgewährung. Denn § 1 sagt:

Das Ministerium der Finanzen wird ermächtigt, in dringenden volkswirtschaftlich gerechtfertigten Fällen, insbesondere zur Stabilisierung von infolge der Finanzmarktkrise besonders betroffenen Unternehmen, ... Bürgschaften ... zu übernehmen.

Meine Damen und Herren, ich sage das mit allem Ernst. Hier handelt es sich um Formulierungen, die der Interpretation bedürfen.

Ich bestehe darauf, dass wir bei der Diskussion im Hauptausschuss, wenn das genannte Volumen überschritten wird und die Zuständigkeit des Hauptausschusses gegeben ist, genau die bisherigen Kriterien, die wir bei der Bürgschaftsgewährung mitberücksichtigt haben, in diesen Diskussionsprozess einspeisen müssen. Es geht um Steuergeld.

Was ist denn unter dieser besonderen Situation der Generalklausel nach § 1 zu verstehen?

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich weiß sehr wohl, dass die Bürgschaftspraxis des Landes Hessen sehr restriktiv ist. Sie hat immer sehr genau auf die Liquidität eines Unternehmens geachtet, auf dessen Produktpalette und auf deren Marktchancen.

Meine Damen und Herren, das ist aber zunächst eine betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise, keine ausschließlich volkswirtschaftliche, wie wir sie jetzt mit diesem Gesetz erstmals bei der Bürgschaftsgewährung einführen. Das ist der Grund, warum wir uns damit schwer tun.

Ich nenne noch einen dritten Punkt. Uns fällt die Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf noch schwerer – aber wir haben das mit unterschrieben –, weil der Landtag heute aufgelöst wird und die Landesregierung, wie ich eben ausgeführt habe, sehr weitgehende Befugnisse erhalten soll: bis 25 Millionen €; bei einem größeren Betrag müssen wir eingreifen.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen, da bitte ich einfach um Verständnis: Dieser Umstand erklärt auch, warum die FDP-Fraktion einen Begleitantrag eingebracht hat, in dem sie ihre Erwartungen zur Anwendung dieses Gesetzes formuliert hat. Man kann jetzt darüber streiten, ob das sinnvoll ist. Uns geht es aber darum, in öffentlicher Debatte auf diese Kriterien hinzuweisen, damit wir uns dieser besonderen Situation bewusst sind.

(Beifall bei der FDP)

Wenn das in den Vordiskussionen alles unstrittig war – aber damit möchte ich es auch bewenden lassen –, so war es Ihnen unbenommen, diesen Begleitantrag mit uns gemeinsam einzubringen.

(Beifall bei der FDP)



Wenn das unstreitig ist, dann werden wir nach Möglichkeit so verfahren, wie Sie das vorhaben. Für die FDP-Fraktion aber kann ich sagen: Diese Kriterien, die wir in unserem Begleitantrag formuliert und vorgeschlagen haben, werden natürlich bei der konkreten Beratung mit der Landesregierung eine entscheidende Rolle spielen. Darauf werde ich noch zurückkommen.

(Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war auch vor Ihrem Antrag klar! – Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch etwas zur Situation in Deutschland, bezogen auf Opel, sagen.

Wenn wir ehrlich sind, werden wir zugeben, dass niemand in diesem Raum abschließend die Situation Opel, noch besser gesagt: die Situation von General Motors in Amerika, beurteilen kann. Bislang ist das ein Stochern im Nebel. Seien wir wenigstens so ehrlich.

(Beifall bei der FDP)

Wahrscheinlich übereinstimmend gehen wir heute davon aus, dass es letztendlich das Versagen von General Motors war, sich in einem globalisierten Markt nicht richtig aufgestellt zu haben und Automobile zu produzieren, für die man – heute sage ich: berechtigterweise – auf dem Weltmarkt keine Abnehmer mehr findet.

Meine Damen und Herren, wenn es so ist, dass diese Fehlentwicklung dazu führt, dass das Auswirkungen auf ein traditionsreiches deutsches innovatives Unternehmen hat, dann haben wir die Ausnahmesituation, die es möglicherweise erlaubt, interpretierend die Begriffe des § 1 dieses Gesetzentwurfs heranzuziehen und eine solche Bürgerschaft wirklich zu gewähren. Aber das muss im Detail diskutiert werden.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir also schweren Herzens Ja sagen, dann deshalb, weil es sich nach dem jetzigen Kenntnisstand nicht um eine von Opel selbst verschuldete Situation handelt, sondern um eine angestrebte Vorsorgemaßnahme für den Worst Case, wie er eben schon beschrieben worden ist, und zwar im Verhältnis zwischen Opel und General Motors.

Allgemein taucht jetzt die Diskussion auf, jetzt müsse man das überall tun. Dazu sage ich Nein. Es bedarf der genauen Untersuchung jedes Einzelfalles, um zu klären, ob dies möglich ist oder nicht.

Ich sage das in aller Deutlichkeit. Denn man führt die Diskussion um die Schirme. Dazu sage ich: Unter einen Schirm passen viele, unter viele Schirme auf einmal passen alle. Meine Damen und Herren, aber viele Schirme, unter denen sich alle befinden, das ist die Staatswirtschaft. Die aber wollen wir beim besten Willen nicht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Für diejenigen, die noch nicht so lange in diesem Hause sind: Wir haben schon einmal über Bürgschaften diskutiert, in den Jahren 1999 und 2003. Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis: Damals gab es Politiker, die hier im Raum anwesend sind und die sehr schnell bei Holzmann waren. Damals haben wir gesagt: Bitte nein, hier handelt es sich um einen schmerzhaften Prozess, Überkapazitäten abzubauen.

Meine Damen und Herren, bei aller Diskussion über die Ausnahmesituation bei Opel müssen wir auch hier zur

Kenntnis nehmen: In Zukunft wird das Problem der Überkapazität in der Automobilindustrie auch eine Rolle spielen.

Wahrscheinlich stimmt es, dass GM die deutsche Tochter lange Zeit falsch gesteuert hat, aus einem geringen Verständnis für den europäischen Markt. Es stimmt auch, dass die Mutter allzu gerne auf Entwicklungsleistungen der deutschen Tochter Zugriff genommen hat, deren Bezahlung jetzt zu stottern droht. Sie und wir haben diese Gespräche geführt. Nach dem jetzigen Stand wird noch gezahlt. Aber wir wissen nicht und auch Opel weiß nicht, welche Situation zum Jahresende eintreten wird.

Deswegen geht es uns darum, genau diese Situation im Auge zu behalten und dann eine Absicherung zu ermöglichen – in einem doppelten Interesse: im Interesse der kurzfristigen Absicherung der Arbeitsplätze wie auch, und das ist noch viel wichtiger, um bei Opel auch weitere Entwicklungsstufen zu gewährleisten, damit auch künftig zukunftsträchtige Arbeitsplätze bei Opel tatsächlich sichergestellt werden. Das ist die Intention unseres Antrags.

(Beifall bei der FDP)

Lassen Sie mich hier noch eines sagen. Wenn wir über Überkapazitäten reden, dann kann man einerseits sagen, es wird zu viel produziert; aber man kann andererseits auch sagen, es wird zu wenig gekauft.

Wenn ich das sage, dann muss ich auch fragen, warum zu wenig gekauft wird. Stellt sich in diesem Zusammenhang nicht auch die Frage einer anderen Steuergesetzgebung,

(Lachen des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

die das dem Einzelnen tatsächlich ermöglicht?

(Beifall bei der FDP)

Herr Al-Wazir, fällt Ihnen nichts anderes ein, als an dieser Situation herumzumäkeln und nicht zur Kenntnis zu nehmen, dass das ein Aspekt eines Gesamtproblems ist?

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich habe nicht gesagt, dies sei der ausschließliche Grund. Aber das ist ein Aspekt, der auch in dieser Diskussion nicht unterbleiben darf.

(Beifall bei der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Posch, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### **Dieter Posch (FDP):**

Meine Damen und Herren, ich will nur ganz kurz die Punkte skizzieren, die in den Punkten 1 bis 5 unseres Dringlichen Antrags genannt sind. Es wird die Frage diskutiert werden müssen, wer überhaupt Empfänger einer Bürgschaft sein kann. Deswegen haben wir dies in Punkt 4 unseres Antrags in den Mittelpunkt gestellt. Denn wir wollen auf rechtlich saubere Weise absichern, dass das, was wir als Landtag bzw. als Landesregierung tatsächlich zu tun bereit sind, denen zugutekommt, die jetzt von einer Entwicklung getroffen werden, die sie nicht selbst zu vertreten haben. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Posch. – Herr Al-Wazir, ich darf Ihnen für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich gerade gefragt, was denn eigentlich der Wirtschaftsminister Posch zur Rede des Abg. Posch gesagt hätte. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich bin mir sehr sicher, dass Sie am Ende auch auf die Idee kommen werden, dass man den Klimawandel durch Steuererleichterungen bekämpfen könnte – aber bitte sehr.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worum geht es? – Wir müssen hier ein Grundproblem lösen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war ein guter Einstieg, Herr Kollege!)

Die Landesregierung hat die Arbeiten am Haushaltsentwurf 2009 verschoben. Der Finanzminister hat Anfang Oktober die Arbeit am Haushaltsentwurf sogar mutwillig eingestellt, obwohl er im Amt war.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ist!)

Das ist in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sicherlich ein einmaliger Vorgang. Wir haben nun die Situation, dass es am 01.01.2009 keinen Landeshaushalt geben wird. Damit kann die Landesregierung ab dem 01.01.2009 keine Bürgschaften mehr vergeben, und zwar für niemanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da geht es nicht nur um Opel. Da geht es generell um die Frage: Kann die Landesregierung weiterhin Bürgschaften vergeben? – Daher kann man sagen: Opel rettet Weimar, nicht andersherum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen gibt es jetzt einen Gesetzentwurf von allen Fraktionen dieses Hauses, die sagen, dass man in der Phase zwischen dem heutigen Tage und dem Beschluss eines neuen Landeshaushalts einen Bürgschaftsrahmen gewähren muss, der es ermöglicht, dass das Land Hessen überhaupt noch das sinnvolle Instrument von staatlichen Bürgschaften benutzen kann. Das macht Sinn, weil kurzfristig auftretende Liquiditätengpässe bei allen Firmen zum Problem werden können – nicht nur bei Opel, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir reden natürlich über die Tatsache, dass die Situation bei GM auf die 100-prozentige Tochter, die Adam Opel GmbH, Auswirkungen haben kann. Ich sage daher ausdrücklich:

Erstens. Aus unserer Sicht muss sichergestellt sein, dass Bürgschaften, die an Unternehmen gegeben werden – damit auch an Opel –, bei der Firma, an die die Bürgschaft vergeben wird, verbleiben. Das heißt in diesem konkreten Fall: Wir können auf keinen Fall zulassen, dass hessische Steuergelder – oder auch nur hessische Bürgschaften und damit die Übernahme eines Risikos – in letzter Konsequenz in den schwarzen Löchern von GM in Detroit verschwinden können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Es gilt für jede Gewährung einer Bürgschaft, dass die Firma die Bücher aufmachen muss. Das bedeutet, dass wir sichergestellt haben wollen, dass man nicht eine völlig kranke Struktur künstlich am Leben erhält, sondern dass es um einen kurzfristigen Liquiditätengpass geht, um eine im Kern gesunde Struktur zu erhalten.

Drittens. Wir sind der Auffassung, dass man an dem Beispiel GM und Opel sehr deutlich machen kann, dass die Krise von GM eine Krise der großen, Sprit fressenden und unökologischen Fahrzeuge ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Wir hätten diese Probleme nicht – auch die Firma Opel hätte diese Probleme nicht –, wenn man in den USA eine bessere Modellpolitik gemacht hätte. Die Firma Opel ist in den letzten Jahren, nachdem sie sich von Leuten, die neoliberales Gedankengut vertreten haben, wie beispielsweise Herr López, erholt hat, auf einem ganz guten Weg. Wir stellen als GRÜNE fest: Die Firma Opel ist der deutsche Hersteller, der den geringsten Flottenverbrauch hat. Wir sagen allerdings auch, dass auf diesem Weg weitergegangen werden muss; denn wer sich in diesem Jahr die Zulassungszahlen anschaut, muss einfach sehen, dass momentan Autos produziert werden, die niemand kauft, und das ist auch ein Teil des Problems.

Deswegen sagen wir ausdrücklich, dass auf dem Weg einer Ökologisierung der Fahrzeugflotten in der gesamten deutschen Autoindustrie weiter vorangeschritten werden muss.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sagen auch: Wenn es um Opel geht, dann muss man im Zweifel als Landesregierung oder auch als Bundesregierung für den Fall, dass GM wirklich in die Insolvenz gehen sollte, was wir nicht wissen, prüfen, ob die Eigenständigkeit von Opel – 79 Jahre nach dem Kauf durch GM – wiederhergestellt werden könnte.

Es ist mir klar, dass in Rüsselsheim ungefähr genauso viele Leute für GM Autos entwickeln, wie dort Menschen Autos bauen. Andererseits ist es natürlich so, dass ein großer Teil des Problems dadurch entstanden ist, dass Opel Leistungen für GM erbracht hat, die GM dann nicht bezahlt hat. Daher stellt sich schon die Frage, ob man aus der Krise nicht auch eine langfristige Chance machen kann. Wann – wenn nicht in der großen Krise – soll denn ein solcher Schritt sonst möglich sein?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus unserer Sicht ist es auch ganz wichtig, dass wir in diesem Gesetzentwurf sichergestellt haben, dass es bei der Gewährung von großen Bürgschaften während der parlamentslosen Zeit einen Vorbehalt des Hauptausschusses gibt.

Lieber Herr Kollege Hahn, da können Sie alle Ihre Bedingungen vorbringen und prüfen, ob Ihre Bedingungen, die in Teilen auch Bedingungen von anderen sind, erfüllt sind. Dann müssen Sie sich auch entscheiden, ob Sie Ja oder Nein sagen. So ist der Weg, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Ich sage an den Wirtschaftsminister, den Finanzminister und den Ministerpräsidenten gerichtet: Sollten Sie am Ende mit Bürgschaftszusagen kommen, die diesen Bedin-

ungen nicht entsprechen, dann müssen Sie sich der Gefahr bewusst sein, dass der Hauptausschuss sagt: Bestimmte Risiken werden hier nicht übernommen. – Deswegen kann ich der geschäftsführenden Landesregierung nur raten, sich die Debatten hier im Plenum und die interfraktionellen Gespräche sehr zu Herzen zu nehmen, wenn es um die Bedingungen einer Bürgerschaft geht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen haben wir diesen Gesetzentwurf mit eingebracht; und deswegen werden wir diesen auch beschließen. Das ist auch der Grund – Stichwort: Bedingungen –, warum wir den Änderungsantrag der Linkspartei ablehnen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, was Sie in der letzten Woche gemacht haben, hat mich wirklich geärgert.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh!)

– Herr Hahn, sagen Sie nicht: „Oh“. – Am Dienstagabend haben Sie im „Stadtgespräch“ auf die Frage, ob für Opel staatliches Geld gegeben werden soll, gesagt: „Die FDP wird niemals staatliches Geld für einen Autokonzern zur Verfügung stellen“. Am Mittwochnachmittag haben Sie in einer Telefonkonferenz der Fraktionsvorsitzenden gesagt: „Die FDP ist dabei“. Am Freitag haben Sie eine Presseerklärung gegeben, in der steht – passen Sie auf –:

In dieser durchaus als „nationale Herausforderung“ zu bezeichnenden Situation werden wir Liberale alle Anstrengungen unternehmen, um der Automobilindustrie, dem Rückgrat der deutschen Wirtschaft, unterstützend zur Seite zu stehen.

Zusätzlich haben Sie etwas gesagt, das ich ganz toll fand: „GM handelt als ‚miese Heuschrecke‘.“ Das sagt Herr Hahn.

Ich könnte Ihnen vorlesen, was Herr Westerwelle Herrn Müntefering gesagt hat, als dieser den Begriff „Heuschrecke“ in die Debatte eingeführt hat. Lieber Herr Hahn, das wollen Sie lieber nicht hören.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Aber eine Firma, die die Adam Opel AG, später Adam Opel GmbH, 79 Jahre lang hält, ist nun wahrlich keine „Heuschrecke“, auch wenn sie in den letzten Jahren alles falsch gemacht hat, lieber Herr Kollege Hahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist eine Definitionsfrage!)

Am Montag haben Sie dann gemerkt, dass Sie irgendwie nicht mehr dabei sein wollen, und haben irgendwelche Bedingungen aufgestellt. Am Dienstag haben Sie Ihren Antrag eingebracht, und heute Morgen haben Sie den Gesetzentwurf für die Bürgerschaft unterschrieben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist die Gradlinigkeit eines Brummkreisels.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen geht Ihr Antrag an den Ausschuss. Das ist noch das Beste, was wir ihm antun können.

Zur Wirtschaftskompetenz der FDP möchte ich Ihnen einen Satz aus Ihrem Bundestagswahlprogramm 2005, Stichwort: Finanzmarktkrise, vorlesen. Diese haben wir

jetzt. Das ist ein Teil des Problems. Was sagt die FDP im Jahre 2005 dazu?

Ferner muss der politische Einfluss im Bankensektor reduziert werden. Das vergrößert die Chancen des Bankenstandorts Deutschland.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich frage mich, wie irgendjemand in diesem Land der Meinung sein kann, dass die FDP Wirtschaftskompetenz besitzt. Dass sie das nicht hat, ist in der letzten Woche sehr deutlich geworden. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei der SPD)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Für die Fraktion DIE LINKE hat nunmehr Herr van Ooyen das Wort.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wundere mich auch darüber, wie schnell die FDP die Seiten wechselt. In den vergangenen Monaten und Jahren waren Sie es, die uns immer wieder gepredigt haben, dass man alles Geld, das man besitzt, einschließlich der Riester-Rente, auf die Banken tragen sollte. Diejenigen, die das gemacht haben, wissen, wo das geendet hat. Das muss man einfach als politische Tatsache hinnehmen.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Von daher war ich sehr angetan von dieser Stellungswechselposition –

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): „Stellungswechselposition“: ein Widerspruch in sich!)

von dem Stellungswechsel der FDP.

Ich will noch einmal klarstellen, dass DIE LINKE dann, wenn Arbeitsplätze bedroht sind, selbstverständlich für eine Zustimmung zur Finanzierung zur Verfügung steht. Allerdings greift eine Rettungsaktion, die darauf abzielt, einzelnen Konzernen zusätzlich Geld aus Steuermitteln zur Verfügung zu stellen, viel zu kurz. Die Politik muss Einfluss auf die Investitions- und Beschäftigungspolitik bekommen. Eine Lohndumpingstrategie lehnen wir ab. Hilfe darf es ohne Gegenleistung nicht geben.

(Beifall bei der LINKEN)

Zukunftsweisend wäre ein bundesweites Gesetz für alle Automobilkonzerne analog zum beschlossenen VW-Gesetz. Auch eine Beteiligung von Bund und Land an Opel gehörte auf die Tagesordnung. Beides zusammen wäre ein Beitrag zur Arbeitsplatzsicherheit.

(Frank Gotthardt (CDU): Interessanter Ansatz!)

Notwendig ist ein internationales Konzept, um ökologische und sozial verträgliche Automobile, aber insbesondere auch andere Verkehrsmittel zu produzieren. Die Automobilindustrie – das wissen wir – befindet sich weltweit in einem verschärften Konkurrenzkampf. An dessen Ende werden Konzerne auf der Strecke bleiben, möglicherweise auch General Motors. Für die Umsetzung eines vernünftigen Planes ist es deshalb von zentraler Bedeutung, dass der Einfluss der Politik auf die Automobilkonzerne erhöht wird und diese stärker demokratisch kontrolliert werden.

Bei der Vergabe von Finanzmitteln muss eine langfristige Sicherung der Arbeitsplätze zugesichert werden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, DIE LINKE schlägt vor, für die Rettung der Arbeitsplätze das von der Bundesregierung aufgelegte Finanzmarktstabilisierungsgesetz in Analogie zu dem zu nutzen, was Obama politisch in den USA vorhat. Von den 400 Milliarden € für Banken- und Finanzkonglomerate ließen sich 1 Milliarde € für die Rettung der Arbeitsplätze bei Opel und der mittelständischen Zuliefererindustrie in den betroffenen Bundesländern Nordrhein-Westfalen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Hessen nutzen. Ein solches Konglomerat könnte über die Landesbanken gebildet werden und als Kontrollinstrument fungieren. Die Ursache für die Krise in der Automobilindustrie sind aber die einbrechenden Verkaufszahlen.

(Florian Rentsch (FDP): Weil Sie keinen Opel fahren, im Gegensatz zu mir!)

– Ich bin Franzose. Deshalb fahre ich Renault.

(Zurufe von der CDU und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aha!)

Wer Menschen immer wieder Reallohnkürzungen zumutet bzw. diese durch politische Weichenstellung begünstigt, ist maßgeblich für die jetzt beklagte Entwicklung mitverantwortlich. Das gilt nicht zuletzt mit Blick auf die Politik des geschäftsführenden Ministerpräsidenten und, was den Kasinokapitalismus betrifft, der FDP.

Aus Sicht der LINKEN – deshalb haben wir diesen Änderungsantrag eingebracht – ist die Übernahme von Bürgschaften und Garantien von der Einhaltung von Bedingungen durch die begünstigten Unternehmen abhängig zu machen und mit Auflagen an die begünstigten Unternehmen zu verbinden. Damit soll sichergestellt sein, dass öffentliche Gelder nur für Investitionen und Betriebsausgaben im Land Hessen verwendet werden dürfen. Wir haben gefordert, dass die Bezüge der Manager angemessen zu begrenzen sind, betriebsbedingte Kündigungen nicht ausgesprochen werden dürfen. Weiter halten wir es für zwingend geboten, in den begünstigten Unternehmen keinen Abbau der betrieblichen Mitbestimmung zuzulassen. Wir brauchen Anpassungsmaßnahmen und einen Zeitplan, um eine solche Investition verbindlich umsetzen zu können.

Als Sicherheitsleistung ist dem Land Hessen eine Unternehmensbeteiligung in entsprechender Höhe einzuräumen. Die Vergabe von Garantien und Bürgschaften ist von weiteren Auflagen oder Bedingungen abhängig zu machen. Das haben wir in unserem Änderungsantrag noch einmal deutlich formuliert. Garantien und Bürgschaften alleine sind keine ausreichenden Wege aus der aufziehenden Wirtschaftskrise. Sie können nur eine erste Hilfe sein, um akut bedrohte Arbeitsplätze und Unternehmen zu retten.

Diese Krise zeigt deutlich, dass die Wirtschaft nicht in hinreichendem Maße zur Selbstregulierung fähig ist. Deshalb bedarf es lenkender staatlicher Interventionen in wirtschaftliche Abläufe. Nur durch diese lassen sich weniger krisenanfällige wirtschaftliche Verhältnisse schaffen. Solche Interventionen müssen vor allem auf Unternehmensebene erfolgen. In den Unternehmen müssen Maßnahmen durchgesetzt werden, die die notwendigen Anpassungen betrieblicher und gesamtwirtschaftlicher Strukturen an die geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in die Wege leiten. Das macht Auflagen und Bedin-

gungen für die Vergabe von Garantien und Bürgschaften durch das Land Hessen zwingend erforderlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Insbesondere Unternehmensbeteiligungen dienen nicht nur der Sicherung der Rückzahlung verauslagter Bürgschaftszahlungen. Zudem ermöglichen sie es dem Land Hessen, als Anteilseigner auf Fehlentwicklungen in den begünstigten Unternehmen rechtzeitig zu reagieren. Die Einhaltung von Auflagen und Bedingungen ist zu kontrollieren und durchzusetzen, und konkrete Schritte zur betrieblichen Umsetzung von Auflagen sind mitzugestalten.

Meine Damen und Herren, wir haben hierzu weitergehende Vorstellungen, weil auch diejenigen, die für diese Krisensituation verantwortlich sind, mit zur Verantwortung gezogen werden sollen. Wir sind der Auffassung, dass deutsche Manager mit einer Sondersteuer belegt werden sollen und somit an den Kosten der Finanzmarktkrise zu beteiligen sind.

(Florian Rentsch (FDP): Großartiger Vorschlag!)

Die Fraktion der LINKEN hat im Bundestag eine zunächst auf zwei Jahre begrenzte Sonderabgabe für steuerpflichtige Einkünfte gefordert. Steuerpflichtige Einkünfte in einer Größenordnung über 600.000 € sollen mit 80 % versteuert werden. Es wäre ein wichtiges Signal, dass auch diejenigen, die für diesen Prozess mitverantwortlich sind, zur Kasse gebeten werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Vorstände und Manager der Finanzbranche, aber auch in anderen Bereichen

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Lafontaine!)

– wahrscheinlich auch die FDP – sind in besonderer Weise für das Entstehen der Finanzkrise und für die damit verbundenen gesellschaftlichen Kosten verantwortlich. Dies müsste sonst alles vom Steuerzahler bezahlt werden. Inzwischen hat sich gezeigt, dass Manager aus der Finanzbranche mit allen Kräften die Inanspruchnahme des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes hintanstellen. Lieber gehen sie das Risiko der Insolvenz ein, statt sich für eine Form der Mitverantwortung für die entstandene Situation zu entscheiden. Mit unserem Vorschlag wird dafür gesorgt, dass alle Manager dieser Branche eine Sonderabgabe zu zahlen haben und damit auch die Mitverursacher der Krise für die eingetretenen Folgen herangezogen werden.

Wir werden unserem Änderungsantrag zustimmen. Wir haben in der Debatte um den Dringlichen Antrag aber auch gesagt, dass wir in jedem Fall wollen – das hat Eingang in die Debatte um die jetzt als Gesetz zu verabschiedende Initiative gefunden –, dass der Hauptausschuss wirklich Kontrollinstanz ist und Auflagen und Bedingungen formulieren kann. Ich bitte Sie dennoch, auch unserem Antrag, der das Anliegen konkretisiert, zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank Herr van Ooyen. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Ministerpräsident Roland Koch das Wort.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst für die Landesregierung, insbesondere für meine Kollegen Alois Rhiel und Karlheinz Weimar, die in diesen Tagen sehr unmittelbar mit diesen Fragen befasst sind, bei allen Parlamentsfraktionen dafür bedanken, dass wir nicht nur im Verlauf dieser Debatte, sondern auch in der Vorbereitung die Möglichkeiten hatten, Gespräche zu führen. Somit haben wir die Chance, dass sich die hessische Sondersituation, die sich aus dem übrigen Verlauf des Tages ergibt, nicht zu einer besonderen Risikosituation für Unternehmen in Hessen entwickelt.

Unabhängig von der Frage des normalen Bürgschaftsrahmens – der in Hessen in der Tat seit Jahrzehnten traditionell sehr viel niedriger ist als in anderen Bundesländern, obwohl der wirtschaftliche Erfolg dieses Landes sehr viel höher ist als der anderer Bundesländer; das ist eine Erfahrung, die wir immer im Auge behalten müssen – wäre die Grenze unserer normalen wirtschaftlichen Tätigkeit zu niedrig, um einem großen Unternehmen helfen zu können. Wir sind außerdem am Ende eines Jahres, und von den regelmäßigen Bürgschaftsvolumina in Höhe von 300 Millionen € ist der überwiegende Teil, bis auf einen Restbetrag von 50 bis 60 Millionen €, bereits ausgelegt. Mit diesem Restbetrag hätte man möglicherweise die Herausforderungen, die in diesem Jahr in der Automobilindustrie noch auf uns zukommen, erfassen können. Das wäre allerdings eine knappe Sache geworden. Insofern war es richtig, dass wir miteinander gesprochen haben und hiermit einen Bürgschaftsrahmen definieren, von dem ich ausdrücklich sage, er ist aus unserer Sicht eine Obergrenze und nicht eine Absicht der Verausgabung.

Dieser Bürgschaftsrahmen muss dann angewandt werden, wenn nicht nur der Wunsch danach geäußert wird, sondern auch die Bedingungen stimmen. Er soll sicherstellen, dass alle wissen, mit einer Bürgschaft als dem niedrigsten Hilfsmittel, der zurückhaltendsten Form der Subvention – nämlich zunächst einmal nur der Gewährung von Sicherheit, ohne dass damit jemandem erspart wird, den Kredit aufzunehmen, und ohne dass es eine Bank geben müsste, die bereit ist, als Hausbank dafür zu fungieren und das zu prüfen, und ohne all die anderen Fragen bis dahin, ob es eine Gebühr gibt, um diese Bürgschaft zu bezahlen – muss niemand in eine Krise geraten, weil er nicht die Chance hat, diese Frage zu stellen.

Das gilt natürlich für den Sonderfall Opel. Wir sollten aber nicht unterschlagen, dass wir es in unserem Bundesland mit einer sehr speziellen Struktur der Automobilindustrie zu tun haben. Wir sind nicht das Land, das allein von den großen Produktionsstandorten der Automobilkonzerne lebt. Wir haben einen sehr viel höheren Anteil von Automobilzulieferern in unserem Land, als es anderen Bundesländern in der klassischen Automobilindustrie der Fall ist.

Mit den 1.600 Zuliefererbetrieben, die sich uns in Hessen zu erkennen geben und die wir aus der Statistik haben, leben ungefähr 50.000 Menschen unmittelbar von dieser Aufgabe. Es gibt eine Reihe von Betrieben, die fast 50 % ihres Umsatzes mit Automobilunternehmen machen, sodass wir in Hessen zwischen 60.000 und 70.000 Menschen haben, die unmittelbar davon abhängen. Das sind 6,3 % aller Beschäftigten, die in Deutschland mit der Automobilindustrie zu tun haben.

Es gibt zwei Besonderheiten. Die eine Besonderheit ist, der überwiegende Teil, über 60 %, dieser Mitarbeiter arbeitet in dem Bereich der Zulieferer und nicht der Automobilkonzerne selbst. Zweitens, das, was bei uns hergestellt wird, mit einem Umsatzwert von ca. 15 Milliarden €, wird zu mehr als 60 % exportiert. Das bedeutet, unsere Industrie lebt von zwei wichtigen Quellen, zum einen von der Frage, wem man im Ausland was verkaufen kann, zum anderen davon, dass die großen Automobilkonzerne in ihrer Gesamtheit leben.

Viele in den Wahlkreisen – das sehen in diesen Tagen alle kleinen und mittleren Unternehmen mit 80, 100 oder 200 Mitarbeitern; nur 25 % aller Unternehmen, über die wir sprechen, haben mehr als 250 Mitarbeiter – bekommen mitgeteilt, das Werk ist für die nächsten fünf Wochen stillgelegt. Die Tatsache, dass der Dezember und der Januar in Deutschland eine Zeit der fast stillliegenden Autoproduktion sein wird, führt die Unternehmen in Schwierigkeiten. Davon sind aber nicht nur große Konzerne, die das in ihrer Gesamtplanung durchaus berücksichtigen, sondern auch Unternehmen, die davon abhängig sind – unter Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld und anderen Dingen –, betroffen. Diese Unternehmen brauchen einen höheren Kontokorrentkredit.

Es handelt sich dabei nicht um die vielen Millionen, über die wir reden. Die meisten Bürgschaften, die wir vergeben, laufen über 500.000 € bis 1,5 Millionen €. Sie sind also unterhalb der europäischen Grenzen. Genau an diesen Stellen kommt jetzt die Finanzkrise als Partner des Problems hinzu. Die Kreditinstitute sind im Moment außerordentlich zurückhaltend bei der Ausweitung vorhandener Engagements. Sie wollen, dass der Kreditbetrag pro Kunde reduziert wird und nicht bei dieser konjunkturellen Entwicklung auch noch ausgeweitet wird. Das nennt man dann so schön „Deleveraging“. Das ist dieser Tage sozusagen das Mantra all derjenigen, die in Banken und Finanzinstitutionen tätig sind.

Diese Kombination beißt kleine und mittelständische Unternehmen, die Weltmarktführer sind, kleine und mittelständische Unternehmen, die in den letzten Jahren gigantische Erfolge und Innovationen in der Materialtechnik, in der Abgastechnik, in der Energieführung und in vielen anderen Bereichen verzeichnet haben. Sie sind nicht schlecht, sie sind keine Dinosaurier. Das sind Unternehmen, die mit aller Kraft und Fähigkeit deutscher Tradition von Automobilbau Zulieferer in der ganzen Welt geworden sind – 60 % Export –, die deshalb jetzt kaputtgehen könnten, weil wir eine Kombination von wochenlangen Werksstilllegungen plus einem fast verstopften Kreditmarkt haben.

An dieser Stelle gilt aus meiner Sicht das Wort „Schirm“ durchaus richtig. Wenn Sie einen Ausflug in 30 Sekunden Banalökonomie erlauben: Es gibt einen grundlegenden Unterschied zwischen einem Schirm und einer Trocknermaschine. Wenn man einen Schirm richtig nutzt, wird man nicht nass. Wenn man einen Trockner braucht, ist man schon ziemlich nass und wird anschließend geschleudert.

(Allgemeine Heiterkeit – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Waschmaschinen schleudern, Trockner nicht!)

Das Ziel, das wir mit diesen leistungsfähigen mittelständischen Unternehmen haben, ist, ihnen über die Liquiditätschancen, die wir ihnen verschaffen können, eine Möglichkeit zu geben, dass sie überhaupt nicht in eine Krise kommen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, deshalb ist der Schritt, den wir hier heute anwenden, richtig. Er beschränkt uns durchaus in einer bestimmten Größenordnung, das ist auch gut so – obwohl ich ausdrücklich sagen will, dass ich dem Bundeswirtschaftsminister sehr dankbar dafür bin, dass er entschieden hat, mit der Europäischen Kommission darüber zu verhandeln, dass diese De-Minimis-Regel, also das, was wir außerhalb der europäischen Regeln machen dürfen, in diesen Monaten aufgrund der aktuellen Situation verdoppelt wird.

Lassen Sie mich eine Bemerkung zu Opel machen. Es ist vieles Richtiges, das wir gemeinsam teilen, gesagt worden. Ich will ausdrücklich sagen, mit dem Antrag der FDP-Fraktion haben ich und die Mitglieder der Landesregierung keine Probleme. Das ist Gesprächsgegenstand zwischen uns allen gewesen. Ich will der Fraktion der LINKEN in aller Deutlichkeit sagen: Das, was Sie formuliert haben, wird die Landesregierung nicht anwenden. Dafür müssten Sie eine Mehrheit im Hauptausschuss bekommen, auch im Fall von Opel.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Die Gemeinsamkeit, die wir hier erreicht haben, ist eine gute Grundlage, um den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und der Geschäftsleitung von Opel zu sagen: Wenn sie den Antrag stellt, werden wir handlungsfähig sein. – Wenn wir handlungsfähig sein wollen, bedeutet das, wir müssen jetzt darüber sprechen, was für diesen Fall die Bedingungen wären. Die Frage, ob es im amerikanischen Senat eine Mehrheit für die Rettung gibt, werden wir hier nicht durch Spekulationen ersetzen können. Wir müssen in der Lage sein, auch kurzfristig zu handeln. Dazu gehört das, was wir hier machen. Dazu gehört auch, dass das Unternehmen seine Hausaufgaben macht. Es muss die Antworten geben, die man braucht, um so etwas auf der nationalen und der europäischen Ebene zu beschließen.

Der Kollege Schäfer-Gümbel hat eine durchaus nicht unspannende Frage dazu gestellt, indem er das Wort der Saniierung angesprochen hat. In der Tat ist die Definition, wie der Antrag auf eine Bürgschaft gestellt wird von durchaus beachtlicher Bedeutung und ermöglicht, das eine oder andere zu tun oder nicht zu tun. Zum anderen geht es auch um die Frage der Sicherheit. Es kann nicht sein, dass Betriebs- und Grundvermögen amerikanischen Unternehmensmüttern gehört und die Bürgschaft für den Betrieb von deutschen Steuerzahlern finanziert wird.

(Beifall bei der CDU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort muss es auch Kombinationen geben, die am Ende unter dem Stichwort eingebracht werden, wie die Sicherheiten gewährleistet werden. Wir werden keinen Rechnungsführer in das Haus schicken können, um überprüfen zu lassen, wie jede einzelne Überweisung getätigt wird. Wir werden es so machen, wie bei allen anderen Unternehmen auch, mit denen wir in solchen Schwierigkeiten in der Geschichte der Bundesrepublik gesprochen haben.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss betonen: Die Entscheidung, die wir getroffen haben, Sie zu bitten, einen solchen Rahmen zu entwickeln und uns als geschäftsführender Landesregierung zu übergeben, ist dadurch bedingt, dass wir in dieser Krise eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern haben. Die Tatsache, dass wir das gemeinsam lösen, ist ein wichtiges Signal für die Bürger, gerade in einer Situation, wie wir sie heute im Landtag ha-

ben. Die Tatsache, dass wir eine Verabredung getroffen haben, wie das Parlament an der großen Frage beteiligt ist, ist sicherlich auch ein Zeichen dafür, dass wir das in großer Gemeinsamkeit tun.

Es wird immer eine ganze Menge Menschen geben, die uns fragen – ich sehe das an den Zuschriften –: „Muss das sein? Darf der Staat das?“ Es gibt auch in der politischen Partei, der ich angehöre, durchaus manche, die fragen: „Ist das ordnungspolitisch richtig oder falsch?“ Deshalb will ich am Schluss Herrn Hüther, den Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft, zitieren, weil der völlig unverdächtig ist, in der ordnungspolitischen Debatte der Politik Kredit zu geben. Er achtet sehr darauf, dass die Prinzipien etwas schärfer, als wir als Politiker dazu in der Lage sind, angewendet werden. Er sagte heute:

Opel ist nicht wegen eines falschen Geschäftsmodells, mangelnder Innovation oder verfehlter Produktpolitik in diese Lage gekommen, sondern wegen einer gefährdeten Forderung an die Muttergesellschaft. In Deutschland hängen 75.000 Arbeitsplätze dran. Man muss als Ökonom auch mal sagen, es ist nicht alles schwarz oder weiß. In Ausnahmesituationen wie dieser mit weltweit sich verstärkenden rezessiven Tendenzen muss die Politik nicht nur nach der reinen Lehre entscheiden, sondern die Kosten bedenken. Dies führt zu einer Abwägung mit Bauchschmerzen und letztlich zu der Antwort: Ja.

Ich glaube, das ist eine Position, hinter der sich mit gutem Gewissen eine große Mehrheit dieses Parlaments versammeln kann. – Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Herr Kollege Hahn hat sich zu Wort gemeldet. Herr Hahn, fünf Minuten Redezeit stehen Ihnen zur Verfügung.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe eben die Zeit für das Herunterfahren des Mikrofons genutzt, um den Ministerpräsidenten darauf aufmerksam zu machen, dass viele hier im Raum ein Problem mit seinem Technikbeispiel haben. Es ist sicherlich richtig, dass man unter einem Schirm nicht nass wird. Aber, Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade gesagt, in einem Trockner wird man geschleudert. – Wir haben jetzt eine parteiübergreifende Technischule gemacht und sind zu der Auffassung gelangt: Egal ob Kondentrockner oder Ablufttrockner, meist ist darin heiße Luft und keine Schleuder. Das wollte ich für das technische Verständnis all derjenigen, die sich mit diesem Thema beschäftigen, einmal sagen.

(Beifall bei der FDP – Michael Boddenberg (CDU): Wen haben Sie da um Rat gefragt, Herr Kollege? – Minister Stefan Grüttner: Das haben Leute gesagt, die noch nie solch ein Haushaltsgerät bedient haben! – Weitere Zurufe)

– Ich merke, dass es hier viele Fachleute und Kolleginnen und Kollegen gibt, die sich mit dem Thema Trockner und Schleuder auseinandersetzen.

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus)  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, nun eine kleine Frage an all diejenigen, die gesagt haben, dass sie den Antrag der FDP-Fraktion nicht unterstützen. Ich gehe doch recht in der Annahme – ich mache es bewusst positiv, Herr Kollege Al-Wazir –, dass die Fraktion der GRÜNEN genauso wie die Fraktion der Sozialdemokraten dafür ist, dass die Finanzhilfe ausschließlich dafür eingesetzt wird, dass ein langfristiger Erhalt hessischer Arbeitsplätze ermöglicht wird.

Zweitens. Herr Kollege Al-Wazir, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, ich stimme sicherlich mit Ihnen überein, dass Sie sicherstellen wollen, dass diese Mittel, wenn es irgend geht, in Hessen, jedenfalls in Deutschland verbleiben.

Ich glaube zum Dritten, dass vollkommener Konsens in diesem Haus ist, dass wir wissen: Dies kann man nur erreichen, wenn die Opel GmbH, die keine Adam Opel AG ist, aus dem Cashpool des Konzerns General Motors herausgeholt wird. Das ist die Forderung Nummer drei.

Zum Vierten – insbesondere Herr Kollege Schäfer-Gümbel hat darauf hingewiesen – muss es in diesem Haus Konsens sein, dass auf alle Fälle die Bürgschaft nur dann gegeben werden darf, wenn sie europarechtskonform ist.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der fünfte Punkt ist auch unstrittig, und jeder von Ihnen hat ihn angesprochen: dass eine Bürgschaft nur dann gegeben werden darf, wenn ein Ausnahmecharakter besteht.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts anderes hat die FDP-Fraktion in diesem Haus in diesem Antrag zusammengefasst. Ich sage Ihnen eines: Wir haben es deshalb getan, weil wir heute die letzte Sitzung des Hessischen Landtags haben. Wir haben es deshalb getan, weil wir offensichtlich im Gegensatz zu Sozialdemokraten, zu den GRÜNEN und zu den ganz Linken nicht wollen, dass die geschäftsführende Landesregierung ohne eine politische Vorgabe dieses Parlaments in die parlamentsfreie Zeit hineingeht.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Janine Wissler  
(DIE LINKE))

Es ist zu greifen. Sie haben in den letzten neun Monaten so viele Beschlüsse in diesem Hause gefasst, bei denen es um viel weniger als 500 Millionen € gegangen ist und bei denen Sie der geschäftsführenden Landesregierung Vorschriften machen wollten. Aber jetzt wollen Sie sich einen schlanken Fuß machen, wenn es darum geht, dass sie bis zu 500 Millionen € Staatsgelder in die Hand nimmt. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der FDP)

Wenn der Kollege Al-Wazir meint – das war schon zeitlich falsch, da die Telefonkonferenz am Donnerstag stattgefunden hat; insofern kann der Zeitplan nicht stimmen, den er vorgetragen hat –, eine Erklärung zum Thema Hedgefonds missverstehen zu müssen, so darf ich daran erinnern, dass es vollkommen egal ist, ob es 79 Jahre oder ein halbes Jahr sind. Hedgefonds zeichnen sich dadurch negativ aus, dass sie ihre Finanzierungskosten der Tochter auferlegen. Nichts anderes macht derzeit General Motors. Ihre Finanzierungskosten drücken sie der Opel GmbH auf.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat dazu geführt, dass wir sie in dem Punkt vergleichen, da wir denselben Sachverhalt sehen.

Eine vorletzte Bemerkung. Herr Kollege Al-Wazir hat eben genau begründet, warum er sich so verhält. Er hat erklärt, er sei verärgert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, Ärger ist ein ganz schlechter Politikberater, gerade wenn es um Steuer Gelder in Höhe von 500 Millionen € aus Hessen geht.

(Beifall bei der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Hahn, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Deshalb beantrage ich für die FDP-Fraktion, dass dieser Antrag zur weiteren Beratung und Entscheidung dem Hauptausschuss des Hessischen Landtags überwiesen wird. Ich weise alle, die jetzt meinen, dass die Geschäftsordnung dem entgegenstehe, darauf hin, dass es keine Regelung unserer Geschäftsordnung zu dem Thema gibt, wie ein aufgelöster oder aufzulösender Landtag mit dem Notparlament umgeht.

Die Logik gebietet, alles das, was wir jetzt nicht klären können, was fachlich sowieso dorthin gehört, dorthin zu überweisen. Dann gehört auch der Begleit Antrag dorthin.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn es Ihnen wirklich um den sinnvollen Einsatz von Steuergeldern geht, dann sollten wir aufhören, hier nach dem Motto zu spielen: In meinem kleinen Garten ist das mein Förmchen. – Nein, es ist das Geld unserer Bürgerinnen und Bürger, und das müssen wir mit Bedingungen versehen in Bürgschaften bringen. Wir dürfen nicht verärgert reagieren. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als nächster Redner hat Herr Al-Wazir für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Auch Ihnen stehen, wie Sie wissen, fünf Minuten Redezeit zur Verfügung.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielen Dank, Herr Präsident. Die werde ich nicht brauchen.

Herr Kollege Hahn, wir wollen uns weder einen schlanken Fuß noch sonst irgendetwas Schlankes machen, sondern ich weise darauf hin, dass wir in der Telefonkonferenz am Donnerstag ausdrücklich darauf bestanden haben, dass der Hauptausschuss bei jeder Bürgschaft über eine bestimmte Summe Ja sagen muss. Das ist unsere Bedingung.

Zweitens weise ich darauf hin, dass das, was Sie gerade gesagt haben, nicht mit dem zusammenpasst, was Sie tun. Wenn Sie darauf hinweisen, dass es europarechtliche Probleme geben könnte, dann ist das Dummste, was wir heute machen könnten, zeitgleich zu einem Gesetz einen Antrag

zu beschließen, in dem eine Firma explizit genannt wird. Wir können keine Lex Opel machen, Herr Kollege Hahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist definitiv falsch!)

Wir können weder Auflagen für einen Bürgschaftsantrag beschließen, den es noch gar nicht gibt, lieber Herr Kollege Hahn; noch können wir explizit eine Firma nennen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Doch!)

Deswegen ist es das Beste, was wir für die Beschäftigten der Firma Opel tun können – um die es eigentlich gehen sollte, nicht um den Wahlkampf der FDP –,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

dass wir diesen Antrag schön in den Ausschuss geben. Dann werden wir sehen, was damit passiert. Aus meiner Sicht hat er aus guten Gründen mit dem Gesetz, das wir jetzt beschließen werden, nichts zu tun. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Al-Wazir. – Herr Kollege Kahl hat sich für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In aller Sachlichkeit: Der Gesetzentwurf, den wir heute beschließen wollen, geht davon aus, den Bürgschaftsrahmen auszuweiten, „insbesondere zur Stabilisierung von infolge der Finanzmarktkrise besonders betroffenen Unternehmen“. Es geht nicht nur um Opel. Es geht auch um Opel, es geht aber auch um eine ganze Reihe anderer Firmen in dieser schwierigen Situation. Das wollen wir erst einmal als Grundsatz festhalten.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Unstreitig!)

Zweiter Punkt. Jede einzelne Entscheidung, in der es um einen Bürgschaftsrahmen geht, der oberhalb von 25 Millionen € liegt, ist eine Einzelfallentscheidung, und zwar eine Einzelfallentscheidung unter Beteiligung des Parlaments, und das heißt in der Zwischenzeit zwischen zwei Legislaturperioden, unter Beteiligung des ständigen Ausschusses, also des Hauptausschusses.

Herr Kollege Hahn, wenn Sie sich das noch einmal genau ansehen, können Sie dort eindeutig lesen: „Ein zustimmender Beschluss“, also wenn es um eine 25-Millionen-€-Bürgschaft für ein Unternehmen geht, „kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.“ Aber dies kann man nur im Einzelfall entscheiden und nicht abstrakt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen sollten wir bei dem Gesetzentwurf bleiben, ihn beschließen und dann in der konkreten Situation das als Auflagen beschließen, was notwendig und richtig ist – und nicht Ihren Antrag, der wegen mir an den Hauptausschuss überwiesen werden kann. Nur, der Hauptausschuss ist

heute Nachmittag, wenn der Landtag aufgelöst wird, als Hauptausschuss nicht mehr vorhanden.

(Florian Rentsch (FDP): Lassen Sie die Spielchen, Herr Kahl!)

Sie können keine Anträge an den ständigen Ausschuss überweisen. Diese Anträge unterliegen der Diskontinuität. Deswegen können wir ihn gern überweisen. Aber worum es geht, ist deutlich geworden: Wir werden in jedem Einzelfall entscheiden, mit welchen Auflagen Bürgschaften gewährt werden oder nicht gewährt werden, und dabei sollten wir bleiben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kahl. – Als Nächster hat Herr Schaus für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Fraktion DIE LINKE sind wir sehr glücklich darüber, dass wir die Ersten waren, die die Beteiligung des Hauptausschusses in dieser Frage thematisiert und letztendlich auch durchgesetzt haben.

(Lachen bei der CDU – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vor 14 Tagen bereits!)

Herr Hahn, ich finde es schon interessant, wenn ich Ihren Antrag lese. Da steht etwas von „Verwerfungen am Finanzmarkt“ und „Eingriffen der öffentlichen Hand“. Da kann ich nur sagen: Herr Hahn, herzlich willkommen. Sie sind bei den Positionen angekommen, die wir als LINKE schon seit Jahren vertreten und fordern.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Gott bewahre!)

Sie sind dort angekommen, wo es darum geht, multinationale Konzerne, wie es General Motors einer ist, tatsächlich zu kontrollieren und denen nicht ohne Weiteres für ihre Globalisierungstätigkeiten Geld in den Rachen zu werfen.

(Michael Boddenberg (CDU): Prima Kontrolleure!)

Diese Kritik stammt nicht nur von uns, sondern die ist z. B. seit Jahr und Tag eine Forderung der globalisierungskritischen Organisation Attac, die sehr frühzeitig darauf hingewiesen hat, wie hier weltpolitisch gewirtschaftet wird.

Meine Damen und Herren, wenn in der Finanzwelt so verhängnisvoll von Derivaten gesprochen wird, wenn es also darum geht, dass Konzerne, auch Automobilkonzerne, in der Vergangenheit mehr Geld damit verdient haben, dass sie mit ihren Mitteln am Finanzmarkt spekuliert haben,

(Zuruf von der CDU: Tun Sie doch nicht so!)

und zwar Spekulationen auf fallende Kurse – das muss man sich sowieso einmal überlegen, was das heißt, Spekulationen mit Milliardengeldern, die von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erwirtschaftet wurden, auf fallende Börsenkurse –, und damit erst diese Blasen entstanden sind, über die wir jetzt diskutieren und wofür jetzt



Milliardengelder derjenigen investiert werden müssen, die diese Werte erwirtschaftet haben, nämlich der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dann ist das geradezu die Wirtschaft auf den Kopf gestellt, wenn wir diese Diskussion betrachten und das, was in der Folge noch an Wirtschaftskrise auf alle, nicht nur in diesem Land, zukommen wird.

Meine Damen und Herren, heute Morgen habe ich in einem Interview gehört, dass Herr Ackermann von der Deutschen Bank gesagt hat,

(Michael Boddenberg (CDU): Dem hören Sie zu?)

die Kapitalrendite, die die Bank im Jahr 2008 angestrebt hat, von 25 % sei wohl nicht zu halten. Jetzt frage ich mich: Wo kommt denn diese Erwartung von 25 % her? Sie kann doch wohl nicht aus den Produktivitätssteigerungen in den wirtschaftenden Unternehmen herkommen, sondern sie kann doch nur daher kommen, dass entsprechende Spekulationsgewinne, die jetzt nicht mehr eintreten, in großem Stil eingeplant waren. Das ist das Thema auch im Zusammenhang mit der richtigen Rettung von Arbeitsplätzen.

Die öffentliche Hand soll und muss auch dafür herhalten, dass diese Spekulationen letztendlich den Ausschlag für die Krise gaben, die sich jetzt entwickelt. Autos kaufen keine Autos. Deshalb sind wir auch dafür, dass es nach wie vor und gerade in dieser Zeit sowohl öffentliche Investitionen als auch Programme zur Sicherung der Arbeitsplätze gibt. Die müssen aber mit ganz konkreten Auflagen verbunden werden, damit diejenigen, die die Werte in diesem Land erwirtschaften, nicht letztendlich wieder die sogenannte letzte Karte gezogen haben und dafür mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes oder mit Einkommensverlusten herhalten müssen.

In diesem Sinne ist unser Änderungsantrag zu verstehen, und ich bitte, ihm zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Schaus. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte Ihnen jetzt die Beschlussfassung in fünf Schritten vorschlagen.

Erster Schritt. Wir stimmen über den Dringlichen Antrag der FDP ab. Überweisung an den Hauptausschuss war verlangt. Gibt es dagegen Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann ist so geschehen.

Im zweiten Schritt lasse ich über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucks. 17/777, zum Unternehmensstabilisierungsgesetz abstimmen. Wer diesem Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion DIE LINKE. Wer ist dagegen? – Die übrigen Fraktionen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Drittens lasse ich in erster Lesung abstimmen über den Gesetzentwurf für ein Unternehmensstabilisierungsgesetz; so nenne ich es jetzt verkürzt. Wer in erster Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Einstimmig angenommen.

Jetzt brauchen wir wieder die Zweidrittelmehrheit, um in die zweite Lesung eintreten zu können. Zunächst muss es eine Fraktion beantragen. – Das macht jetzt Herr Wintermeyer, wenn ich es richtig sehe.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Präsident, die Geschäftsordnung sieht vor: fünf Abgeordnete oder eine Fraktion. Ich darf für alle Fraktionen beantragen, dass wir ohne Ausschussüberweisung sofort in die zweite Lesung eintreten.

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Wintermeyer. – Wir brauchen jetzt mindestens eine Zweidrittelmehrheit, um in die zweite Lesung einzutreten. Wer ist dafür? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Wir treten somit in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs für ein Unternehmensstabilisierungsgesetz ein.

Ich rufe **Punkt 12 b** auf. – Eine Aussprache wird nicht gewünscht.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer möchte dem Dringlichen Gesetzentwurf in zweiter Lesung zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Somit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen und zum Gesetz erhoben.

Wir kommen jetzt zu den weiteren zweiten Lesungen, zu denen keine Aussprachen vorgesehen sind.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Vereinfachung des Fundrechts – Drucks. 17/747 zu Drucks. 17/242 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Klein. Sie haben das Wort.

#### **Hugo Klein (Freigericht), Berichtersteller:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich trage die Beschlussempfehlung und den Bericht des Rechtsausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Vereinfachung des Fundrechts, Drucks. 17/242, vor.

Der Rechtsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Rechtsausschuss in der 10. Plenarsitzung am 4. Juni 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Rechtsausschuss hat hierzu in seiner Sitzung am 10. September 2008 eine schriftliche Anhörung beschlossen.

Der Rechtsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 22. Oktober 2008 behandelt und ist einstimmig zu der eben wiedergegebenen Beschlussempfehlung gekommen.

(Beifall)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Kollege Klein.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Vereinfachung

des Fundrechts in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Somit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen und zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen – Drucks. 17/750 zu Drucks. 17/508 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Reif.

**Clemens Reif, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erstatte wie folgt Bericht. Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr in der 15. Plenarsitzung am 28. August 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr hat sich in seiner Sitzung am 23. Oktober 2008 mit dem Gesetzentwurf befasst und ist einstimmig zu dem eben genannten Votum gelangt.

(Beifall)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke schön, Herr Reif.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Staatsvertrag zwischen dem Land Hessen und dem Freistaat Thüringen zur Änderung des Staatsvertrages über die Bildung einer gemeinsamen Sparkassenorganisation Hessen-Thüringen in zweiter Lesung zustimmen möchte, der muss jetzt die Hand heben. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Beides ist nicht der Fall. Somit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen und zum Gesetz erhoben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften in den Geschäftsbereichen des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie zur Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Krankenhausgesetzes 2002 – Drucks. 17/751 zu Drucks. 17/641 –**

Berichtersteller ist Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Bericht lautet wie folgt: Der Sozialpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Sozialpolitischen Ausschuss in der 17. Plenarsitzung am 24. September 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Sozialpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 23. Oktober 2008 behandelt und ist einstimmig zu dem eben genannten Votum gelangt.

(Beifall)

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Merz. – Zur Geschäftsordnung hat Frau Schott das Wort.

**Marjana Schott (DIE LINKE):**

Wir bitten darum, dass das Krankenhausgesetz aus dem Paket herausgenommen und einzeln abgestimmt wird.

**Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich lasse über Art. 1 und Art. 2 des Gesetzentwurfs getrennt abstimmen. Wer Art. 1 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann ist Art. 1 des Gesetzentwurfs einstimmig beschlossen.

Wer Art. 2 des Gesetzentwurfs zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Die Fraktion DIE LINKE. Art. 2 ist ebenfalls angenommen, sodass der Gesetzentwurf insgesamt in zweiter Lesung seine Zustimmung gefunden hat und zum Gesetz erhoben ist.

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes – Drucks. 17/767 zu Drucks. 17/507 –**

Hierzu gibt es einen **Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/768.**

Berichtersteller ist Herr Kollege Hugo Klein.

**Hugo Klein (Freigericht), Berichterstatter:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich trage die Beschlussempfehlung und den Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes, Drucks. 17/507, und zu dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/763, vor.

Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Kulturpolitischen Ausschuss, federführend, und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, in der 15. Plenarsitzung am 28. August 2008 nach der ersten Lesung zur Vorbereitung der zweiten Lesung überwiesen worden.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/763, wurde dem beteiligten Haushaltsausschuss vom Präsidenten des Hessischen Landtags am 11. November 2008 überwiesen.

Der federführende Kulturpolitische Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 6. Sitzung am 11. September 2008 beraten und vorbehaltlich der Zustimmung des beteiligten Ausschusses mit den Stimmen der CDU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN bei

Stimmenthaltung der LINKEN den eben wiedergegebenen Beschluss gefasst.

Der beteiligte Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 10. Sitzung am 17. September 2008 beraten und beschlossen, zu dem Gesetzentwurf eine schriftliche Anhörung durchzuführen.

Der Kulturpolitische Ausschuss ist in seiner 7. Sitzung am 23. Oktober 2008 einvernehmlich übereingekommen, seinen Beschluss vom 11. September 2008 aufrechtzuerhalten.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 12. Sitzung am 12. November 2008 erneut beraten und dem federführenden Kulturpolitischen Ausschuss einstimmig – bei Stimmenthaltung der LINKEN – vorgeschlagen, dem Plenum zu empfehlen, den Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des noch ins Plenum einzubringenden Änderungsantrags – Aufhebung der Befristung – anzunehmen.

Zuvor wurde der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucks. 17/763, von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

Darunter steht: Wiesbaden, 12. November 2008.

(Beifall bei der CDU, bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Klein, vielen Dank. – Wenn Sie damit einverstanden sind, lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD abstimmen. – Ich kann so verfahren.

Ich frage somit: Wer möchte dem Änderungsantrag der Fraktion der SPD zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der LINKEN ist der Änderungsantrag somit angenommen.

Wer in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Krankenhausgesetzes – –

(Zurufe: Kirchensteuer!)

– Es geht um das Kirchensteuergesetz.

(Norbert Schmitt (SPD): Jetzt habt ihr ihn durcheinandergebracht!)

Wer also in zweiter Lesung dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes in der soeben geänderten Fassung, wie es eben also beschlossen wurde, zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei Enthaltung der LINKEN ist der Gesetzentwurf somit angenommen.

Ich muss Sie bitten, noch die Schlussabstimmung zu **Tagesordnungspunkt 4:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Aufhebung von Rechtsvorschriften in den Geschäftsbereichen des Hessischen Sozialministeriums und des Hessischen Ministeriums für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie zur Verlängerung der Geltungsdauer des Hessischen Krankenhausgesetzes 2002 – Drucks. 17/751 zu Drucks. 17/641 –**

durchzuführen, damit auch das Inkrafttreten des Gesetzes geregelt wird. Ich habe nur über die Art. 1 und 2 abstimmen lassen.

Wir kommen jetzt also zu der Gesamtabstimmung über diesen Gesetzentwurf, der auch die Krankenhäuser betrifft. Denn hier soll kein Formfehler geschehen. Trotz aller Eile, die wir haben, soll es nicht zu einem Formfehler kommen.

Wir haben jetzt also die Abstimmung insgesamt über den Gesetzentwurf, der auch das Krankenhausgesetz betrifft. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Bei Stimmenthaltung der Mitglieder der Fraktion DIE LINKE ist der Gesetzentwurf somit angenommen. Ich danke Ihnen.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 6:**

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2008 – Drucks. 17/766 zu Drucks. 17/643 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Kaufmann.

#### **Frank-Peter Kaufmann, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Haushaltsausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Haushaltsausschuss in der 18. Plenarsitzung am 25. September 2008 überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 12. November 2008 beraten und einstimmig die eingangs vorgetragene Beschlussempfehlung ausgesprochen.

Dann steht da noch: Wiesbaden, 12. November 2008. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kaufmann, vielen Dank.

Ich komme damit zur Abstimmung. Wer dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2008 in zweiter Lesung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Gesetzentwurf ist somit einstimmig angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

**Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und anderer Rechtsvorschriften – Drucks. 17/769 zu Drucks. 17/368 –**

Berichtersteller ist Herr Kollege Koch.

#### **Patrick Koch (Otzberg), Berichterstatter:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Innenausschuss empfiehlt dem Ple-

num, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 14. Plenarsitzung am 27. August 2008 überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. November 2008 behandelt und einstimmig die eingangs kundgetane Beschlussempfehlung gefasst.

Darunter steht dann: Wiesbaden, 13. November 2008.

(Beifall bei der SPD – Norbert Schmitt (SPD): Unser Koch ist der Bessere!)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Koch, vielen Dank.

Ich komme in zweiter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Änderung verwaltungsvollstreckungsrechtlicher und anderer Rechtsvorschriften. Wer möchte dem Gesetzentwurf zustimmen? – Das sind offensichtlich die Mitglieder des gesamten Hauses. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 8** auf:

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zur Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes – Drucks. 17/770 zu Drucks. 17/504 –**

Berichterstatter ist Herr Abg. Beuth.

#### **Peter Beuth, Berichterstatter:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich trage Ihnen jetzt die Beschlussempfehlung und den Bericht des Innenausschusses zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes, Drucks. 17/504, vor.

Der Innenausschuss empfiehlt dem Plenum, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung unverändert anzunehmen.

Der Gesetzentwurf war dem Innenausschuss in der 15. Plenarsitzung am 28. August 2008 überwiesen worden.

Der Innenausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner Sitzung am 13. November 2008 behandelt und einstimmig die zuvor wiedergegebene Beschlussempfehlung gefasst.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Erster Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Kollege Beuth, vielen Dank.

Ich komme in zweiter Lesung zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz zur Umsetzung des Personenstandsrechtsreformgesetzes. Wer möchte zustimmen? – Offensichtlich sind das die Mitglieder aller Fraktionen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Bevor ich zum vorläufig letzten Tagesordnungspunkt komme, möchte ich Herrn Dr. Gerhardt ganz herzlich auf der Besuchertribüne begrüßen. Seien Sie ganz herzlich im Hessischen Landtag willkommen. Herr Dr. Gerhardt ist

unser ehemaliger Kollege und Bundestagsabgeordneter der FDP.

(Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

#### **Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 17/712 –**

Wer möchte den Beschlussempfehlungen zustimmen? – Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Auch die gibt es nicht. Damit sind die Beschlussempfehlungen einstimmig angenommen.

Wir kommen damit zu der kleinen angedachten Zäsur. Herr Präsident, sollen wir eine Pause von einer Viertelstunde machen? – Wir werden uns um 14.10 Uhr hier wieder zusammenfinden. Bis dahin haben wir eine kleine Pause.

(Unterbrechung von 13.56 Uhr bis 14.12 Uhr)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir setzen die kurz unterbrochene Sitzung fort. Ich will vorab noch zu einem Geburtstag gratulieren. Herr Staatssekretär Seif ist am Wochenende 65 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute für Sie.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

#### **Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Selbstaflösung des Hessischen Landtags gemäß Art. 80 der Hessischen Verfassung – Drucks. 17/765 –**

Dazu wird eine Aussprache erfolgen. Der Hinweis sei mir gestattet, dass nach § 81 der Geschäftsordnung persönliche Bemerkungen am Schluss der Beratungen vor Eintritt in die Abstimmung zulässig sind – deswegen, weil das so kommen wird, weise ich darauf hin. Als erstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der Fraktion der CDU, Herrn Abg. Dr. Wagner, das Wort.

#### **Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 27. Januar haben die Wähler über die Zusammensetzung des Hessischen Landtags entschieden. Nicht alle Parteien haben damals das erhoffte Wahlergebnis erzielt, auch die CDU nicht. Die Wahl war für meine Partei der Ausgangspunkt eines Lernprozesses, den wir offen und selbstkritisch geführt haben. Nur wer aus Fehlern lernt, wird davor bewahrt, sie immer wieder neu zu begehen.

Die CDU hat damals ausdrücklich den drei demokratischen Parteien FDP, GRÜNE und SPD Verhandlungen angeboten und Kompromissbereitschaft signalisiert. Wir haben nicht sofort und leichtfertig nach Neuwahlen gerufen. GRÜNE und SPD haben sich verweigert, stattdessen eine rot-grüne Minderheitsregierung mit der Linkspartei als Tolerierungspartner angestrebt und damit genau das Gegenteil von dem getan, was Frau Ypsilanti vor der Wahl erklärt hat.

Dass wir heute, nach nur sieben Monaten, bereits am Ende der Wahlperiode stehen, ist das Ergebnis dieses Wortbruchs.

Vor der Wahl hat Frau Ypsilanti wörtlich gesagt: „Die Grundstruktur der hessischen LINKEN bleibt kommunistisch“. Und: „Wer Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl als Betriebsunfall des real existierenden Sozialismus beschreibt, der ist für uns kein Gesprächspartner.“

Meine Damen und Herren, dies hat Frau Ypsilanti unzählige Male wiederholt, und mit diesem Versprechen hat sie viele Wählerstimmen gewonnen.

Seit dem Wahlabend hat sich die SPD- und Fraktionsvorsitzende als Siegerin gefühlt. Sie hat ihr relativ gutes Wahlergebnis mit einem Wahlsieg verwechselt. Nach einer gewissen Ernüchterung hat Frau Ypsilanti festgestellt, dass es zusammen mit den GRÜNEN nicht reicht.

Daraufhin hat sie unter Bruch ihres Wahlversprechens zweimal den Versuch unternommen, sich in einem sogenannten Tolerierungsabkommen von den LINKEN zur Ministerpräsidentin wählen zu lassen. Zuvor hat sie auf einem SPD-Landesparteitag einen bundesweit einmaligen Abgrenzungsbeschluss zur CDU herbeigeführt und eine Zusammenarbeit mit der CDU ausdrücklich ausgeschlossen.

Meine Damen und Herren, über 50 Jahre lang galt in unserem Land, dass grundsätzlich alle demokratischen Parteien für Koalitionen untereinander offen sein müssen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Richtig!)

Es war aber auch immer klar, dass es Gemeinsamkeiten mit Extremisten nicht geben darf.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Das Verhalten der SPD ist ein beispielloser Kulturbruch im Umgang zwischen demokratischen Parteien.

Frau Ypsilanti, wir erwarten, dass Sie und Ihre Partei Ihren diesbezüglichen Parteitagbeschluss rückgängig machen.

(Beifall bei der CDU)

Die Vorsitzende der SPD-Fraktion ist an vier Mitgliedern ihrer Fraktion gescheitert, die den Wortbruch und einen Pakt mit den Kommunisten nicht mitmachen wollten. Diese vier Abgeordneten werden von Ihnen nun als „Verräter“ bezeichnet. Richtet sich dieser Begriff nicht gegen Sie selbst? Ist es nicht umgekehrt so, dass diese vier Abgeordneten das gegebene Versprechen gerade nicht ver raten wollten?

Dass Sie diese vier Abgeordneten auch noch aus Ihrer Fraktion aussperren und sie aus den Parlamentsausschüssen abgezogen haben, obwohl es gar keine Ausschusssitzungen mehr gibt, sie für eine einzige Sitzung im Plenum umsetzen und sichtbar separieren, sie aus der Partei ausschließen wollen und gleichzeitig auch noch Ihren Vorgänger im Parteivorsitz, Gerhard Bökel, zum Austritt auffordern, wird in der bundesweiten Öffentlichkeit seit Wochen kommentiert.

Es wird gefragt, ob dies der neue Politikstil sei, den Sie, Frau Ypsilanti, unzählige Male für sich reklamiert haben. Haben Sie zur Kenntnis genommen, dass 80 % der Bürger das Verhalten der vier sozialdemokratischen Abgeordneten ausdrücklich unterstützen?

Seit Wochen beklagt Frau Ypsilanti, dass sich die vier Abgeordneten nicht einer Mehrheitsentscheidung der SPD gebeugt hätten. Hat aber der evangelische Landesbischof von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein, nicht recht, wenn er am 5. November in der „FAZ“ wörtlich sagt: „Es kann

Situationen geben, in denen Fraktionsdisziplin und Gewissensfreiheit konkurrieren“? Darauf haben sich vier hessische Landtagsabgeordnete berufen.

Meine Damen und Herren, als Fraktionsvorsitzender kenne ich dieses Spannungsfeld sehr gut. Natürlich hängt die Handlungsfähigkeit einer Fraktion daran, dass eine in einer Abstimmung unterlegene Minderheit die Mehrheitsmeinung akzeptiert und diese Entscheidung im Parlament vertritt.

Aber da gibt es Grenzen. Diese Grenzen benenne nicht ich Ihnen, sondern die Verfassung. Sie gibt dem Abgeordneten ein freies Mandat.

Das freie Mandat ist kein freies mehr, wenn die Fraktionsführung Abgeordnete dazu zwingen will, wortbrüchig zu werden und eine Regierung unter Beteiligung von Kommunisten zu unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Am 8. November spricht Frau Ypsilanti auf einer Pressekonferenz erstmals von einem Fehler. Sie sagt, der Fehler sei es gewesen, „im Wahlkampf so konsequent auszuschießen, dass wir mit der Linkspartei zusammenarbeiten können“.

Frau Ypsilanti sieht ihren Fehler darin, dass sie vor der Wahl ihr Wort gegeben hat. Meine Damen und Herren, kritikwürdig aber ist nicht, dass sie ihr Wort gegeben, sondern dass sie ihr gegebenes Wort gebrochen hat – es sei denn, Frau Ypsilanti wollte schon bei ihrem Versprechen damals die Öffentlichkeit täuschen. Dann aber müsste sie sich für einen dreisten Wählerbetrug entschuldigen.

Meine Damen und Herren, Frau Ypsilanti hat nun einen neuen Spitzenkandidaten für die Landtagswahl vorgeschlagen. Sie begründete das in ihrer Pressekonferenz am 08.11. wie folgt:

Wir wollen niemandem gönnen, mit der Frage von Glaubwürdigkeit und Wortbruch die Themen zu überlagern, mit denen wir in den Wahlkampf ziehen.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

– Herr Schmitt, dies ist bereits das nächste Täuschungsmanöver.

Frau Ypsilanti erweckt den Eindruck, als ob ihr Kandidat mit dem Wortbruch nichts zu tun hätte. Er hat aber noch einen Tag vor der Landtagswahl, am 26. Januar dieses Jahres, in einer Zeitungsanzeige in Gießen Folgendes wörtlich behauptet:

Es wird auch nach der Landtagswahl keinerlei Bündnis mit der Partei DIE LINKE geben. Es ist infam, die SPD als Steigbügelhalter des Kommunismus zu diffamieren.

So weit der von Frau Ypsilanti vorgeschlagene neue Spitzenkandidat.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Frau Ypsilanti, trotz dieser klaren Aussage hat Ihr Kandidat mit Ihnen Seit' an Seit' nach dem 27. Januar die Zusammenarbeit mit den Kommunisten konsequent betrieben. Ihr Kandidat ist nicht nur nicht unbelastet von der Wortbruchdebatte, er ist vielmehr aktiver Teil des Wortbruchs.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir haben im letzten Wahlkampf und in dieser kurzen Wahlperiode immer wieder vor der SED-Nachfolgepartei DIE LINKE gewarnt. Wir haben auf die zum Teil verfassungsfeindlichen Ziele der Kommunisten im Landtag, auf deren Kooperation mit der verfassungsfeindlichen Roten Hilfe und auf die Tätigkeit van Ooyens als Einflussagent der DDR hingewiesen.

Meine Damen und Herren, wir haben darauf aufmerksam gemacht, dass die politische Programmatik der SED-Nachfolgepartei den Rechtsstaat, die pluralistische Demokratie und die soziale Marktwirtschaft lediglich als ein Übergangsstadium auf dem Weg zum Sozialismus versteht.

Wir haben es ertragen müssen, dass Mitglieder der Linksfraktion Abgeordnetenkollegen als „schießwütig“, „Schreibtischtäter“ und „hinterlistige Schweine“ bezeichnen und dem Verfassungsschutz unterstellen, mit Rechtsradikalen unter einer Decke zu stecken.

Und was macht Frau Ypsilanti? – Sie erklärt wortwörtlich:

Die sechs Abgeordneten, mit denen ich es in Hessen zu tun habe, machen auf mich nicht den schlechtesten Eindruck.

(Unruhe bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, nun aber auch ein Wort zu den GRÜNEN. Sie sind an der heute notwendig gewordenen Auflösung des Landtags nicht unschuldig. Obwohl sie wussten, dass das Projekt „Ypsilanti“ ein „Himmelfahrtskommando“ – wie es Herr Al-Wazir selbst formuliert hat – war, haben sie den Wortbruch von Anfang an unterstützt.

Wir bedauern außerdem, dass die Partei, die unter anderem auch aus Bürgerrechtlern hervorgegangen ist und in ihrem Parteinamen „BÜNDNIS 90“ führt, mit den Nachfolgern derer, die die Bürgerrechtler bekämpft und inhaftiert haben, zusammenarbeiten wollte. Es überrascht uns auch, dass sich die GRÜNEN jeglichen Kommentars zur Behandlung der vier Sozialdemokraten durch die SPD enthalten haben, wo sie in Moralfragen doch sonst schnell mit dem Wort sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Falsch!)

Meine Damen und Herren, Hessen steht vor einer Neuwahl. Ziel der CDU ist es, für Hessen wieder stabile und verlässliche Verhältnisse herzustellen. Uns geht es darum, in wirtschaftlich und finanzpolitisch schwieriger Zeit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Wir sind stolz darauf, dass Ministerpräsident Roland Koch – zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück – einen wesentlichen Beitrag zur Bewältigung der Finanzkrise in Deutschland geleistet hat und dass er gemeinsam mit der Bundesregierung alles daran setzt, die Arbeitsplätze bei Opel zu sichern.

Wenn SPD und GRÜNE mit Unterstützung der Kommunisten die Regierung in Hessen übernommen hätten, wäre das ein rotes Stoppschild für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes gewesen.

Meine Damen und Herren von SPD und GRÜNEN, das ist nicht etwa eine polemische Behauptung Ihres politischen Gegners. Im rot-grünen Koalitionsvertrag steht schwarz auf weiß, was geschehen würde, wenn SPD, GRÜNE und DIE LINKE eine Mehrheit hätten. Es würde unter anderem jahrelange Verzögerungen beim

Ausbau des Frankfurter Flughafens geben. Der „Wiesbadener Kurier“ hat vorgestern nicht übertrieben, als er wortwörtlich schrieb – ich zitiere –:

[Das] Scheitern von Ypsilanti verhindert Verzögerungen beim Ausbau des Frankfurter Flughafens.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Glatt falsch!)

Meine Damen und Herren, diese Feststellung gilt uneingeschränkt auch für den von Frau Ypsilanti vorgeschlagenen Spitzenkandidaten, weil er sich auch in diesem Politikbereich voll in der Tradition von Frau Ypsilanti befindet.

Alle Zukunftsprojekte Nordhessens, wie Kassel-Calden, die Autobahnen A 44, die A 49, A 4 und das Ferienressort Beberbeck, hätten unter Rot-Rot-Grün keine Chance gehabt. Hier steht es wortwörtlich drin, ich kann es Ihnen, wenn Sie das wollen, gern noch einmal vorlesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Glatt falsch!)

Meine Damen und Herren, dieser rot-grüne Koalitionsvertrag darf niemals das Regiebuch hessischer Politik werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden dafür kämpfen, dass der Frankfurter Flughafen zügig ausgebaut wird und zusätzliche 40.000 Arbeitsplätze entstehen. Wir verbürgen uns dafür, dass Nordhessen nicht abgehängt, sondern in seiner Infrastruktur gestärkt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Die heutige Auflösung des Landtags muss der erste Schritt zur Rückkehr zu stabilen Verhältnissen in unserem Lande sein. Stabile Verhältnisse wird es nur mit einer bürgerlichen Mehrheit im Hessischen Landtag geben, wie wir in den letzten sieben, acht oder neun Monaten erlebt haben.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, wir haben vor der Wahl vor einer Zusammenarbeit mit den LINKEN gewarnt. Die Hessen konnten sich in den letzten acht Monaten davon überzeugen, dass unser Land mit einer Mischung aus Wortbruch und Dilettantismus nicht regiert werden kann. Angesichts des Chaos, das Sie, Frau Ypsilanti, angerichtet haben, wollen über 70 % der Bürger in unserem Lande Neuwahlen. Wir respektieren ausdrücklich diesen Willen der Bevölkerung.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie 1999?)

Wir wollen die sogenannten „hessischen Verhältnisse“ beenden. Der Weg muss frei gemacht werden für die Rückgewinnung des politischen Vertrauens in unserem Lande. Deshalb beantragen wir heute die Auflösung des Hessischen Landtags. – Ich bedanke mich.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wo war jetzt der Lernprozess der CDU?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Abg. Schäfer-Gümbel für die Fraktion der SPD.

**Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag auf Selbstauflösung eines Parlaments, in diesem konkreten Fall des Hessischen Landtags, ist ganz sicherlich der weitreichendste Beschluss, den ein Parlament fassen kann. Dieser Beschluss bedeutet, dass wir – wenn ich sage: „wir“, dann heißt das: 110 Abgeordnete – den Auftrag, den uns die Wählerinnen und Wähler am 27. Januar dieses Jahres erteilt haben, eine Regierung zu bilden und Politik zu gestalten, nicht erfüllen können und zurückgeben müssen. Diese Verantwortung tragen alle 110, die einen stärker, die anderen weniger stark.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen muss in einer solchen Debatte der Blick sowohl zurück als auch nach vorne gerichtet werden. Deshalb hat mich meine Fraktion gebeten, den Blick zurück und nach vorne zu richten. Ich sage Ihnen: Es ist schon sehr verwunderlich – oder vielleicht auch der erste Punkt einer gewissen Normalität –, dass heute, am letzten Tag in der letzten Parlamentsrunde der 17. Wahlperiode zwei inhaltliche Initiativen von allen fünf Fraktionen gemeinsam gestellt werden, nämlich das Unternehmensstabilisierungsgesetz und der Antrag auf Auflösung des Hessischen Landtages. Genau das macht aber auch deutlich, mit was wir es eigentlich in den letzten Monaten hier zu tun hatten.

Natürlich ist mit dem Einzug der Linkspartei in den Hessischen Landtag etwas passiert, was sich alle Wahl- und Parteistrategen in den Zentralen vor dem 27. Januar ausdrücklich nicht gewünscht hatten. Wir sagen das ausdrücklich mit Blick auf die Fraktion DIE LINKE. Unser Wirken vor dem 27. Januar war ganz ausdrücklich, dass Sie in diesem Hause keinen Platz finden. Diesen Auftrag werden wir am 18. Januar ebenfalls wieder angehen. Wir glauben, dass das Thema soziale Gerechtigkeit bei uns besser aufgehoben ist als bei Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Blick zurück richte, will ich ausdrücklich sagen – Herr Wagner hat in seiner bemerkenswerten Art und Weise eben auch gerade versucht, das politisch zu bilanzieren –, dass es in der Tat einen Wortbruch gegeben hat. Dieser Wortbruch – vor der Wahl etwas zuzusagen, was wir nach der Wahl nicht gemacht haben – ist etwas, was in allen 42 Abgeordneten schwer gearbeitet hat. Ich kenne keinen Abgeordnetenkollegen meiner Fraktion, der dieses Thema nachlässig behandelt oder einfach übergangen hat. Wir haben Abwägungen getroffen aus einer Situation heraus, dass die hessischen Verhältnisse Lösungen verursacht haben, die sich keiner von uns gewünscht hat – zumindest wenn ich diesen Teil des Parlaments sehe.

Wir alle kamen mit klaren Botschaften in den Wahlgang des 27. Januar. Ich sage das ausdrücklich, weil die Landeshauptwahlkampfleitung der hessischen SPD klar gesagt hat: Wir werden den Beweis antreten, dass es DIE LINKEN in diesem Parlament nicht braucht, weil wir keine linkspopulistischen Antworten brauchen. – Deswegen hat es niemanden mehr geschmerzt als die hessische Sozialdemokratie, dass wir genau damit gescheitert sind.

(Minister Dr. Alois Rhiel: „Gescheitert“ ist gut!)

Das ist für uns die schlimmste Erkenntnis aus dem 27. Januar gewesen: dass wir, nachdem wir ein grandioses Ergebnis erzielt haben – Herr Koch, Sie eine grandiose Niederlage –, aber unser wichtigstes Ziel, nämlich DIE LINKEN aus dem Hessischen Landtag herauszuhalten, nicht erreicht haben.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das als wichtigstes Ziel?)

Soziale Gerechtigkeit ist eines unserer drei zentralen Ziele. Das konnte nicht erreicht werden. – Weil Frau Wissler diesen Zwischenruf macht, will ich das noch einmal ausdrücklich in den Kanon stellen. Wir sind mit drei zentralen Botschaften angetreten: Erstens. Roland Koch muss weg, weil das System Roland Koch dieses Land zugrunde gerichtet hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Weil das keine formale Diskussion mit dem Ministerpräsidenten ist, haben wir zweitens gesagt, dass wir unsere Ziele Bildungsgerechtigkeit, Organisation des Arbeitsschutzes über das Thema gute Arbeit und Organisation der Energiewende, also eine andere Politik in diesem Lande, verwirklichen wollen.

(Hans-Jürgen Irmer und Michael Boddenberg (CDU): Wo ist denn Herr Scheer?)

Drittens haben wir gesagt: Das alles erreichen wir ohne DIE LINKEN. Das war der dritte Kanon. – Herr Boddenberg, über Herrn Scheer können wir in den nächsten Wochen gerne noch häufiger diskutieren.

Danach sind hessische Verhältnisse eingetreten. Die Probleme sind nicht so einfach zu lösen, wie dies Herr Wagner eben versucht hat.

(Minister Volker Hoff: Doch!)

Es gab da unter anderem Gespräche mit der FDP. Ich weiß, warum sich die FDP sehr schwer getan hat.

(Florian Rentsch (FDP): Weil wir zu unserem Wort stehen! – Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

– Herr Rentsch, wer sich hierhin stellt und so tut, als hätte es nicht ernsthafte Versuche gegeben, der irrt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Herr Bouffier, die Frage, wie wir zu einer Großen Koalition stehen, ist in einer bestimmten Situation gestellt worden. Es wäre für uns der doppelte Wortbruch gewesen, Herrn Koch weiter im Amt zu lassen. Denn Sie haben vor uns eine Beugungserklärung ausgebreitet, die Bad-Wildung Beschlüsse, nach dem Motto: „Herr Koch soll weiter im Amt bleiben. Am Inhalt machen wir ein bisschen was anders. Ansonsten bleibt es, wie es ist.“ Zum Zweiten hätte ein Politikwechsel auch nicht stattgefunden.

(Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Das ist der Punkt, mit dem Sie versucht haben, hessische Verhältnisse zu gestalten. Der Ministerpräsident hat dann eine sehr staatstragende Rede gehalten, nach dem Motto: „Wir machen die Politik der offenen Tür.“ Wir haben sehr oft festgestellt, dass es eher eine Drehtür ist und manchmal die Tür auch vor dem Kopf gelandet ist.

(Zuruf des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Aber von einer offenen Tür, von einer anderen Form der politischen Kultur haben wir im Hessischen Landtag leider nicht sehr viel erlebt. Da gab es eine harte Rollenverteilung zwischen uns und der Regierung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE) – Zuruf des Abg. Peter Beuth (CDU) – Norbert Schmitt (SPD): Schwarzgeld! – Gegenruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Was anderes fällt Ihnen nicht mehr ein!)

In dieser Situation haben wir einen sehr schwierigen Meinungsbildungsprozess eingeleitet, der zu einem bestimmten Ergebnis geführt hat, nämlich dem Scheitern und heute zur Selbstauflösung des Hessischen Landtags.

Herr Wagner, damit will ich zu einem entscheidenden Punkt kommen, nämlich zu einer vergleichbaren Debatte des Hessischen Landtags am 25. Januar 2001. Dieser Debatte ist ein Beschluss der FDP auf einem Landesparteitag vorangegangen, der mit 184 zu 110 Stimmen gefasst wurde, und zwar nach dem größten Schwarzgeldskandal, den je eine Partei zu verantworten hatte – eine Partei, für die Herr Koch in besonderer Weise steht.

(Beifall bei der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Ziemlich billig! – Zurufe der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE) und Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Damals stand die Frage im Raum, ob Sie den Mut haben – so viel zum Thema Moral und politische Kultur –, sich vor die Wählerinnen und Wähler zu stellen und zu sagen: Bewertet das, was angerichtet ist.

(Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Warum haben Sie Ihr Wort gebrochen?)

Sie haben im Hessischen Landtag mit der Mehrheit von CDU und FDP entschieden. Ich sage das, weil ich auch schon damals FDPler kannte: Das war kein Thema, das in der FDP sehr einfach diskutiert wurde.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Da gab es Leute, die erhebliche Bedenken gegen den einen wie gegen den anderen Weg hatten. Am Ende gab es eine Mehrheitsentscheidung von 184 zu 110, die die Fraktion der FDP geschlossen umgesetzt hat.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Deswegen sage ich Ihnen: Mit dem Thema politische Kultur und Moral in der Politik sollten gerade Sie ein bisschen vorsichtiger umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das gilt erst recht für das sehr schwierige Verhältnis zwischen dem freien Mandat und dem Mehrheitsprinzip nach unserer Verfassung. Beides sind nämlich Verfassungsprinzipien. Das wollen wir nicht ganz vergessen. Dass das ein Spagat ist, dazu hat Herr Wagner wenige richtige Sätze gesagt.

Natürlich sind hier Grenzen überschritten worden. Ich sage das ausdrücklich. Hier sind auch viele Verletzungen entstanden. Das gilt für 42 sozialdemokratische Abgeordnete. Das gilt für neun grüne Abgeordnete. Das gilt für elf Liberale. Denn ich weiß, dass auch da das eine oder andere Thema diskutiert worden ist. Das gilt für sechs LINKE und für 42 Christdemokraten. Denn Gott sei Dank ist es so, dass bei den Volksparteien teilweise unter-

schiedliche Wahrnehmungen über das eine oder andere existieren, auch wenn die veröffentlichte Meinung immer sehr klar und deutlich ist.

Ich will Ihnen aber sagen: Gerade wenn wir über politische Kultur in Hessen reden, geht es auch um die Frage, wer bereit ist, sich in welcher Form zu öffnen. Wir haben die Erfahrung aus neun Jahren, in denen Sie konsequent Ihren Apparat eingesetzt haben, um alles, was auch nur nach sozial-ökologischem Fortschritt aussah, niederzumachen. Das haben wir dauerhaft erlebt. Damit müssen Sie selbstkritisch umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte jetzt viel zu den Teilmeldungen sagen: zum Landessportbund, den Feuerwehren, der Polizei, nach dem Motto, wie schwer das da alles ist und dass das alles, wenn Rot-Grün unter Linkstolerierung ist, abgeräumt wird.

(Zurufe von der CDU)

Herr Wagner hat Gott sei Dank den Koalitionsvertrag hochgehalten. Ich sage Ihnen: Das hat alles nichts mit der realen Basis des Koalitionsvertrages zu tun.

Damit will ich zu der Frage kommen, um was es am 18. Januar eigentlich geht.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen das ausdrücklich erläutern, auch mit der Charakterisierung meiner Person. Herr Wagner, ich nehme diesen Punkt gleich sehr offensiv auf, und zwar auf zwei Ebenen. Im Moment wird sehr viel über mich gesprochen, von der Brille bis zu weiß Gott was. Ich sage Ihnen, wir machen hier keinen Wettbewerb nach dem Motto: „Wer wird Germany's next Topmodel?“ Im Übrigen, diesen Wettbewerb mit Herrn Koch würde ich bestehen.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, das ist ein rein optischer Vorgang und kein verbaler Vorgang. Bitte gucken Sie sich die Kollegen an. – Das Wort hat Herr Kollege Schäfer-Gümbel.

(Zurufe von der CDU)

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Was heißt „billig“? Ich könnte Ihnen ganz viele E-Mails zeigen, in denen sich die Menschen gerade über die Brillenmodelle von Herrn Koch und mir auseinandersetzen. Das ist weder für ihn noch für mich sehr freundlich. Das ist so.

(Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Politik – das ist der eigentliche Punkt – ist deutlich mehr als Inszenierung und Unterhaltung. Politik ist, das habe ich in den letzten Tagen mehrfach gesagt, die Kunst des handlungsorientierten Kompromisses. Wir müssen heute allesamt eingestehen, dass wir genau das nicht geschafft haben.

Worum geht es am 18. Januar? Die zentralen Themen dieses Landes sind nach wie vor unbeantwortet. Das gilt für das Thema Bildungsgerechtigkeit. Gerade nach gestern ist



deutlich geworden, dass die zentrale Frage, nämlich wie wir soziale Herkunft auf der einen Seite und Bildungserfolg auf der anderen Seite organisieren, nach wie vor nicht gelöst ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht gelöst ist auch die Frage, wie wir Beschäftigung sichern. Es ist schon verwunderlich, wenn gerade die, die permanent danach geschrien und gerufen haben: „Wenig Staat und wenig Kontrolle“, sich jetzt aufführen wie der letzte Arbeiterführer. Das ist bei Herrn Rüttgers schon schiefgegangen. Herr Koch, das geht auch bei Ihnen schief. Das nimmt Ihnen niemand ab.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Das gilt auch für das Thema Energiewende. Es ist eine Frage der Generationengerechtigkeit, es ist die soziale Frage des 21. Jahrhunderts, wie wir Mobilität und Energieversorgung organisieren. Ganz sicher ist das eines der ganz großen Themen.

(Zuruf der Abg. Elisabeth Apel (CDU))

Letztlich ist natürlich die Frage, wie wir mit der Wirtschaftskrise umgehen, das vierte große Thema, über das wir zu reden haben. Wir haben heute einen gemeinsamen Punkt behandelt. Da sind auch Differenzen klar geworden. Diese Differenzen werden sicherlich auch in den nächsten Wochen klar werden. Herr Wagner, wir haben aus den hessischen Verhältnissen gelernt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Indem Sie sich alle Optionen offenlassen! – Axel Wintermeyer (CDU): Keine Versprechungen! – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Mit den Kommunisten zusammenzugehen!)

Wir werden mit diesem Neuanfang, den wir gemacht haben, vor die Wählerinnen und Wähler gehen und ihnen sagen, wo wir Fehler gemacht haben, nämlich taktische und personelle Fehler und nicht inhaltliche Fehler.

(Zurufe von der CDU)

Das werden wir sehr offen sagen. Der entscheidende Punkt ist, wenn ich mir die beiden Volksparteien anschau, dass wir dabei offensichtlich die Einzigen sind. In Bayern ist nach einer krachenden Wahlniederlage kein Stein auf dem anderen geblieben. Dort ist über die Frage diskutiert worden, was falsch gemacht wurde.

(Zuruf des Abg. Axel Wintermeyer (CDU))

Das Einzige, was wir aus der Hessen-Union dazu erfahren, ist: Alles bleibt wie immer.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Auf diese Auseinandersetzung freue ich mich, denn es geht in der Tat um Alt gegen Neu, es geht um alte Ideen gegen neue Ideen. Ich glaube, dass wir dabei sehr gut aufgestellt sind.

(Beifall bei der SPD – Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU): Versuchskandidat! – Weitere Zurufe von der CDU)

Letzter Punkt. Wir gehen sehr offen in diese Wahlauseinandersetzung. Die Themen sind nach wie vor brandaktuell und nicht gelöst.

(Zurufe von der CDU)

Ich werde mich den Debatten sehr offen stellen, und nicht nur ich, sondern die gesamte Sozialdemokratie, auch mit allen Fehlern. Ich wünsche mir, dass aus den hessischen Verhältnissen nicht nur die hessische SPD lernt, sondern alle anderen auch. Dazu sind wir jetzt aufgefordert. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der FDP-Fraktion, Herrn Abg. Hahn, das Wort.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Am 4. August 1983, 10. Wahlperiode, und am 17. Februar 1987, 11. Wahlperiode, wurde der Landtag aufgelöst.

(Minister Karlheinz Weimar: Ich war immer dabei! – Heiterkeit)

In traditioneller Anwesenheit von Karlheinz Weimar haben wir in der 17. Wahlperiode einen Auflösungsantrag und danach – so will ich prognostizieren – die vorzeitige Auflösung des Hessischen Landtags.

Alle drei Daten haben total verschiedene Vorgeschichten. Alle drei Daten sind in total verschiedenen Situationen unseres Bundeslands, der Gesellschaft und der politischen Strukturen in Deutschland geschehen. Alle drei Daten haben aber auch eines gemeinsam: Es wurde jeweils versucht, Rot-Grünes zu stricken, ohne dass die Mehrheit der Menschen in diesem Land dahintersteht. – Deshalb lösen wir auch heute diesen Landtag auf.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wir haben insgesamt zehn verlorene Monate hinter uns. Das waren keine guten Monate für das Bundesland Hessen. Das waren keine guten Monate für die Arbeitsplätze in diesem Land.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die Monate waren viel besser als vorher!)

Das waren auch keine guten Monate im Ranking mit anderen Bundesländern, wenn wir die notwendige kraftvolle Vertretung des Landes Hessen betrachten.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Hoff hat versagt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es waren zuallererst die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land, die bereits vor der Sommerpause begonnen haben, darauf hinzuweisen, dass sie ihr Souveränitätsrecht wieder zurückhaben möchten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie haben sich seit dem Ende der Sommerpause in diesem Parlament bewegt, obwohl eigentlich alle hätten wissen müssen, dass die Wählerinnen und Wähler dies nicht mehr akzeptieren.

Seit September haben wir verlässliche Zahlen darüber, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land ihr Recht, zu wählen, wieder zurückhaben wollen. Deswegen wird es höchste Zeit, dass wir das heute gemeinsam mit 110 Stimmen beschließen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – (Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich darf darauf hinweisen, dass die FDP, die Landtagsfraktion genauso wie die Landespartei, offensichtlich als Erste dieses Gefühl der Menschen in diesem Land gespürt hat und es in die politische Diskussion eingebracht hat.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP hat erstmals am 7. Juni dieses Jahres auf einem Landesparteitag in Limburg darauf hingewiesen, dass es offensichtlich die 110 Abgeordneten dieses Hauses nicht alleine schaffen. Es ist deshalb die sauberste Lösung, dass wir eingestehen: Wir schaffen es nicht, und wir geben das Recht dem zurück, der zu wählen hat, nämlich dem Souverän.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von den Roten und den GRÜNEN, es ist schon beachtlich, wie lange Sie mit verbundenen Augen durch dieses Hessenland gegangen sind, nur weil Sie unbedingt Rot-Grün in diesem Hessenland, koste es, was es wolle, installieren wollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Kollegin Ypsilanti, es stimmte nicht, jedenfalls nicht ab dem Sommer, dass die Menschen in Hessen hinter Ihnen standen und Sie sozusagen in die Staatskanzlei schubsen wollten. Spätestens seit der Sommerpause stand vielmehr die Mehrheit der Menschen zwischen Ihnen und dem Tor der Staatskanzlei, weil die Menschen nicht wollten, dass Sie in diese Staatskanzlei einziehen. Sie hatten keine Mehrheit mehr in der Bevölkerung im Lande Hessen gehabt.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Es ist schon beachtlich, dass sich zwei Parteien, die Roten und die GRÜNEN, im Oktober hinsetzen und Koalitionsverhandlungen führen, obwohl sie wissen, dass zwei Drittel der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes diese Koalition mit der Unterstützung der Kommunisten ablehnen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Tun Sie also bitte nicht so, als ob Ihre Gegner die FDP, die Union oder die Landesregierung sind.

(Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Spätestens seit der Sommerpause sind Ihre Gegner die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande; denn sie wollten das Experiment nicht haben, das Sie eingehen wollten.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Sie haben sich so gravierend gegen die Menschen gestellt. Sie haben so gravierend ignoriert, was Sie alles wussten. Sie sitzen nicht hier in diesem Raum oder in der Fraktionssitzung unter sich, sondern ich weiß, dass Sie aktive Vertreter in den Wahlkreisen sind. Sie wissen ganz genau, dass die Menschen auch in Ihren Wahlkreisen – das gilt für die Sozialdemokraten genauso wie für die GRÜNEN – spätestens seit September immer wieder gesagt haben: Hört mit dem Kram auf, lasst uns neu wählen. – Gott sei Dank entscheidet der Hessische Landtag heute darüber, dass die Wählerinnen und Wähler dieses Recht wieder bekommen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

72 % der Menschen – das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen – in unserem Bundesland wollen Neuwahlen, und dann dauert es so lange, bis Sie sich endlich bereit erklären, diesen zuerst von meiner Fraktion erkannten und übernommenen Bürgerwillen umzusetzen.

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Sie haben dazu auch Bürgeraktionen gegen sich mobilisiert. Die Bürgeraktion „Kein Wortbruch in Hessen“ hat innerhalb von nur einer Woche weit über 13.000 Bekennerworte – nicht einfach nur Klicks – bekommen. Frau Ypsilanti, merken Sie eigentlich, dass Sie in den letzten Monaten vollkommen gegen die Bürgerschaft in diesem Lande agiert haben? Ist Ihnen nicht bewusst, Herr Kollege Al-Wazir, dass es Ihnen um Ministerposten ging und nicht um die Weiterentwicklung dieses Landes mit der bürgerlichen Unterstützung?

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der LINKEN)

Herr Kollege Dr. Wagner hat vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass Wortbruch wahrlich kein positives Kulturereignis ist. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben es eben wieder versucht. Ja, ich stehe dazu: Die hessische FDP hat weder als Partei noch als Fraktion nach dem 27. Januar die Notwendigkeit gesehen, in inhaltliche Diskussionen zum Zwecke der Bildung einer Regierung mit den Sozialdemokraten im Lande einzutreten. Damit sind wir aber konsequent. Wir haben den Menschen vor der Wahl gesagt, dass wir nicht Reserverad für Rot-Grün sind. Für uns gilt die Primärtugend immer noch: Was du vor der Wahl sagst, das hältst du nach der Wahl auch ein. – Das sollte auch wieder Einzug in die Politik in Hessen halten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Siehe Jamaika!)

– Kollege Norbert Schmitt, es ist ein hilfloser Versuch, den noch nicht einmal mehr der wohlgesonnenste Journalist Ihnen abnimmt, wenn Sie jetzt ernsthaft hereinrufen, es habe etwas mit Jamaika zu tun.

(Norbert Schmitt (SPD): Das wollten Sie doch, nach der Wahl!)

Ich nehme aber natürlich als Vorsitzender der hessischen FDP und auch in Nachfolge meines Freundes und Vorgängers Wolfgang Gerhardt, der hier ist, mit Freude zur Kenntnis, dass in diesem Hause ganz offensichtlich bis auf die LINKEN alle mit der FDP koalieren wollten. Das macht erst einmal stolz. Aber wie vorhin bei Opel: Es hat immer etwas mit den Bedingungen zu tun. – Herr Kollege Wagner, Sie haben uns doch angeboten, in eine Ampel zu kommen. Oder warum schütteln Sie den Kopf?

(Zuruf des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Also, was soll das denn? Wir haben Ihnen gemeinsam mit der Union vorgeschlagen, dass wir in eine Jamaikadiskussion gehen.

(Zurufe von den GRÜNEN: Ach! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wortbruch!)

Sie haben doch keine Lust gehabt. – Ich finde das so putzig. Ich glaube, über 95 % der Bürger in diesem Lande verstehen nicht den Zusammenhang, den Sie bringen wollen. Nehmen Sie zur Kenntnis: Andrea Ypsilanti ist es in tätlicher Mithilfe von Tarek Al-Wazir gelungen, dass das Wort Wortbruch bei den Sozialdemokraten angedockt ist, und da gehört es leider hin, Frau Kollegin Ypsilanti.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie auch den Kopf geschüttelt?)

Wir sind hier im Hessischen Landtag und unterhalten uns nicht nur über die Frage, ob der Hessische Landtag aufgelöst wird oder nicht. Ich schaue vielmehr sehr bewusst zu

den Kolleginnen und Kollegen, die Sie jetzt versetzt haben. Wir reden auch über Stil und über Verfassungsrecht in diesem Hause.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Kollegin Ypsilanti, liebe Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Fraktion, wie Sie mit den vier Persönlichkeiten umgehen, das hat nichts mehr mit Stil zu tun, das ist ein Bruch des freien Mandates. Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist für eine Partei wie die Sozialdemokratische Partei schlicht unwürdig, wie Sie mit Ihren vier Parteifreundinnen und Parteifreunden umgehen.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das wird Ihnen bitter aufstoßen, weil die Menschen in diesem Lande merken, dass es Ihnen nicht um Solidarität geht. Ihnen geht es vielmehr darum, persönliche Interessen, Eitelkeiten und Ehrgeiz umzusetzen, koste es, was es wolle. Das freie Mandat in diesem Hause war Ihnen vollkommen egal. So geht man nicht mit dem Recht von Abgeordneten um.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Kollegin Ypsilanti, das hatte Methode. Ich erinnere an den 6. März, damit jeder weiß, wann das war. Ich schaue Frau Metzger an und sage: A la bonne heure, wie Sie sich geschlagen haben. Am 6. März – Frau Pauly-Bender, Sie wissen, was jetzt kommt – gab es ein Interview im HR. Ich hatte noch vor Augen, wie Sie da unten im Saal standen. Ich hatte meinen Sohn dabei und habe gefragt: Spinne ich eigentlich, dass eine Kollegin des Landtags das sagt? Das kann vielleicht jemand in der Schule sagen, der nicht weiß, wie man sich benimmt, wie man sich verfassungsrechtlich benimmt. Sie haben gesagt: „Man ist fürs Regieren gewählt und nicht dafür, sein Gewissen zu untersuchen.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche Kollegin in diesem Hause zu haben – ich kommentiere es nicht weiter, es spricht nämlich gegen die Kollegin.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Wenn wir über Stil reden, dann rufe ich von diesem Pult aus sehr laut: Wo sind eigentlich die Bündnisgrünen? Ja, Sie haben einmal eine kleine Erklärung abgegeben und haben einmal gesagt, dass Sie das nicht so besonders chic finden, wie die SPD mit den vier Kollegen umgeht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Kollege Al-Wazir, hätte die CDU Derartiges mit einem einzigen Kollegen gemacht, Sie hätten hier „Rumpelstilzchen plus“ gespielt, und das in zehn Sitzungen hintereinander. Auch das unterscheidet die Bündnisgrünen von der FDP.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie haben ausdrücklich darauf hingewiesen – nicht Sie, sondern Herr Kollege Schäfer-Gümbel –, wie die FDP in einer Krisensituation ihres Koalitionspartners gehandelt hat. Vielen Dank, Herr Kollege Schäfer-Gümbel, dass Sie zitiert haben, wie sich die Liberalen im Frühjahr des Jahres 2000, im Übrigen noch einmal im September des Jahres 2000, mit dem Koalitionspartner auseinandergesetzt haben.

Herr Kollege Al-Wazir, wenn wir Probleme bei unserem Koalitionspartner erkannt haben, haben wir sie laut und deutlich, bis hin zu unseren Parteitag, geäußert. Sie zie-

hen sich zurück und sagen nichts dazu. Sie haben das Recht, zu moralisieren, in diesem Land ebenfalls verloren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Ich freue mich, meine Parteifreunde und viele Sympathisanten und Unterstützer, die wir als hessische FDP in den letzten zehn Monaten gewonnen haben, freuen sich auf diesen Wahlkampf. Ich sage sehr deutlich: Wir werden ihn inhaltlich führen, zum einen mit Wirtschaftspolitik und Finanzpolitik. Gerade eine Krisensituation muss mit Kompetenz und Sachverstand bearbeitet werden, und dieser ist in der FDP Hessen vorhanden.

(Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Zum Zweiten müssen wir das Thema Bildung im Wahlkampf weiterhin streitig stellen. Da ist in diesem Jahr nicht viel passiert, da hat Kollege Schäfer-Gümbel vollkommen recht.

Zum Dritten – da habe ich ein bisschen die Befürchtung, dass wir derzeit noch gegen die Windmühlen aller anrennen – werden wir uns mit dem Thema Haushalt und Finanzen ernsthaft auseinandersetzen. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute Morgen ein 500-Millionen-€-Bürgerschaftsprogramm beschlossen. Alle Schulden, die wir heute machen, müssen unsere Kinder und Kindeskinde zurückzahlen. Das ist unsozial, das ist illiberal. Deshalb müssen wir zu einer soliden Haushaltspolitik in diesem Land zurückkommen. Dafür wird die FDP auch im Wahlkampf kämpfen.

(Beifall bei der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Gibt es denn mit Ihnen einen ausgeglichenen Haushalt?)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Hahn, kommen Sie bitte bald zum Ende.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, ich habe es schon gesehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich deshalb in zwei Sätzen zusammenfassen. Wir haben heute einen neuen Spitzenkandidaten der SPD erlebt. Er steht in der Tradition von Andrea Ypsilanti und anderen. Ob er in die Tradition von Gerhard Bökel kommt – lieber Kollege Thorsten Schäfer-Gümbel, ich wünsche Ihnen, dass Sie in die Tradition von Herrn Bökel kommen, der diese SPD so geführt hat, dass sie auch gesprächsbereit mit anderen Parteien in diesem Hause, außer denen, die an der linken Front sitzen, ist.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir, die FDP in diesem Lande, kämpfen dafür, dass wir im Januar eine Bestätigung für unsere These bekommen, dass nur eine stabile bürgerliche Mehrheit die zahllosen Probleme, die auf Hessen zukommen, lösen kann. Wir sind dazu bereit. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP – Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Zu einer Kurzintervention gemäß § 74a unserer Geschäftsordnung erteile ich Frau Abg. Dr. Pauly-Bender das Wort.

**Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hahn, ich suche hier nicht den großen Auftritt, aber ich denke, was recht ist, muss recht bleiben.

(Axel Wintermeyer (CDU): Na!)

Ja, ich wurde am 6. März vom Hessischen Rundfunk überrascht, anlässlich einer großen Veranstaltung zum internationalen Frauentag; das blieb in der Sendung unerwähnt. Anlässlich dieser Veranstaltung haben sehr viele Gäste aus den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen Frau Ypsilanti ermutigt, Wege zu suchen, beispielsweise die Frauenpolitik in Hessen zu einer Wende zu führen. Ich persönlich wurde dann angesprochen und sollte mich zu den Einlassungen von Frau Metzger in den Medien äußern.

Ich habe in meiner Erklärung ausdrücklich gesagt, dass ich eine Gewissensentscheidung eines anderen Kollegen nicht kommentiere. Sie können bei meinen Kollegen abfragen, ob ich das in meiner 30-jährigen politischen Tätigkeit schon jemals getan habe. Das würde ich nie tun. – Dieser halbe Satz hat nicht wiedergegeben, wie meine Position zu dem Thema Gewissen und Mandat ist. Insofern bin ich Ihnen dankbar, dass Sie es hier noch einmal angesprochen haben. Dann kann ich Ihnen das nämlich vortragen. Ich habe auch diejenigen, die über mich geschrieben haben, persönlich angesprochen und bin da auch weitergekommen. Natürlich habe ich kein Dementi bekommen.

Herr Hahn, ich kann Ihnen hier noch einmal persönlich versichern, dass das meine Haltung zu Mandat und Gewissen nicht ist. Ich habe in meiner mündlichen Einlassung, die natürlich nicht in der Breite gesendet wurde, gesagt, dass es für viele Abgeordnete eine schwere Gewissensentscheidung war, sich in dieser Lage zu verhalten. Ich persönlich bin beispielsweise von zwei Dissidenten erzogen worden, und ich habe mir meine persönliche Gewissensentscheidung nicht sehr leicht gemacht.

Ich komme aus einem Wahlkreis, in dem im Moment über 1 Milliarde € in ein großes Kohlekraftwerk investiert werden sollen. Ich persönlich hatte einen ganz klaren Schwerpunkt in meinem Wahlkampf, und zwar dieses große Kohlekraftwerk zu verhindern. Im Unterschied zu anderen Abgeordneten habe ich auf den Bürgerversammlungen Rede und Antwort gestanden und Versprechen abgegeben. Insofern habe ich in einem schwierigen Gewissenskonflikt in der Folge dieser Ereignisse in Hessen meine persönliche Gewissensentscheidung, die auch Respekt verdient, die mir auch zusteht, getroffen.

Ich möchte Sie ganz herzlich einladen, sich vielleicht nach dem heutigen Tag mit dem Thema zu befassen, in welcher Konkurrenz

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

**Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

– ich spreche den letzten Satz, Herr Präsident – eine Gewissensentscheidung zu der ebenfalls von der Verfassung geschützten Parteiendemokratie steht. Ich weiß, dass das alle Parteien umtreibt, und das muss auch unser Thema sein. Denn wir brauchen stabile Regierungsfähigkeit, um

die Interessen der Menschen zu wahren. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, wir fahren in der Debatte fort. Nächste Wortmeldung, der Fraktionsvorsitzende von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Herr Al-Wazir, Sie haben das Wort.

**Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kollege Hahn hat für die FDP in Anspruch genommen, dass sie immer alles richtig macht.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, das ist sein Markenzeichen!)

Ich sage ausdrücklich: Lieber Kollege Hahn, wenn Sie sich einmal die Mühe machen würden,

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Schauen Sie mich wenigstens an, wenn Sie mit mir reden!)

die Umfragen aus dem Januar und Februar 2000 zu betrachten, wie viele Menschen sich nach dem Schwarzgeldskandal der CDU Neuwahlen gewünscht hatten, und sich daran zu erinnern, wie Sie dann abgestimmt haben, als von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Neuwahlen beantragt wurden,

(Günter Rudolph (SPD): So ist es!)

dann kann ich Ihnen genau den Unterschied sagen. Wir haben nach dem Montag vor zwei Wochen als GRÜNE gesagt: Jetzt gibt es nur noch eine Lösung, nämlich Neuwahlen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ja, nach dem Montag!)

Das unterscheidet Sie und uns, lieber Kollege Hahn.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zurufe der Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) und Michael Boddenberg (CDU))

Zweitens. Herr Kollege Hahn, Sie haben am 17.12.2007 im Landesvorstand der FDP in Fernwald beschlossen, dass Sie niemals mit den GRÜNEN in irgendeiner Form, weder Ampel noch Jamaika, eine Koalition machen würden.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Ich habe neulich in der Zeitung gelesen, dass in Ihren Fraktionsräumen immer noch eine Jamaikafahne hängt, auf der steht: „Wir wünschen uns Jamaika hier – gern auch mit Tarek Al-Wazir.“ Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Das fällt auf Sie zurück.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das gilt nicht mehr, das ist Geschichte!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir begehen heute den Schlussakt der kürzesten Legislaturperiode in der Geschichte des Landes Hessen. Wenn wir zurückblicken: Vor einem Jahr haben wir uns alle auf eine Landtagswahl vorbereitet. Uns war klar, dass es im Vorfeld des 27. Januar eine harte Auseinandersetzung in der Sache geben würde, da nach fünf Jahren absoluter CDU-Mehrheit ein großer Teil der hessischen Bevölkerung vor allem von der Bil-

dungspolitik und der ausgrenzenden Sozialpolitik der absoluten CDU-Mehrheit die Nase voll hatte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD sowie des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Für uns GRÜNE standen mehrere Punkte im Vordergrund. Wir wollten in dieser Legislaturperiode wieder eine Umweltpolitik in Hessen erreichen, die ihren Namen verdient. Wir wollten endlich mit der Energiewende beginnen und mit der Blockade der erneuerbaren Energien Schluss machen.

(Michael Boddenberg (CDU): Erzählen Sie weiter Märchen!)

Wir wollten keine neuen ineffizienten Kohlekraftwerke bauen. Wir wollten mit der risikoreichen Atomkraft Schluss machen und endlich auch die wirtschaftlichen Chancen nutzen, die in der Energiewende liegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir traten an für eine bessere Bildungspolitik, um Schluss zu machen mit Studiengebühren und mit immer mehr, immer schlechteren sogenannten Reformen. Die „Unterrichtsgarantie plus“ und die Art und Weise der Schulzeitverkürzung waren nur die Spitze des Eisbergs.

Wir stritten im Wahlkampf für eine andere Sozial- und Gesellschaftspolitik, die nicht auf Ausgrenzung, sondern auf Teilhabe und Integration setzt – die, um es kurz zu sagen, nicht Egoismus, sondern Fairness bedeutet.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollten Schluss machen mit der Politik der Arroganz der Macht, mit der Arroganz der absoluten CDU-Mehrheit.

Der Wahlkampf ist dann eskaliert. Fast könnte man sagen, es wurde ein wirklicher Kampf, der aus dem Ruder gelaufen ist. Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN legen aber Wert auf die Feststellung, dass nicht wir es waren, die diesen Kampf aus dem Ruder laufen ließen, sondern dass diese Eskalation von Roland Koch mit Unterstützung der „Bild“-Zeitung eingeleitet wurde.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wie war das mit dem Handschlag?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Ergebnis der Wahl am 27. Januar hat alle überrascht, manche positiv, manche negativ, für manche war es eine Mischung aus beidem. Das Ergebnis war schwierig, weil keine der klassischen politischen Konstellationen, Rot-Grün oder Schwarz-Gelb, eine Mehrheit hatte.

Für uns stellte sich danach die entscheidende Frage: Was ist das unstrittige Ergebnis der Wahl am 27. Januar? Wir sagen: Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wollte einen Politikwechsel in Hessen, die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wollte Roland Koch nicht mehr als Ministerpräsidenten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben seit dem 28. Januar versucht, diesem Wählerauftrag einerseits und der schwierigen Situation andererseits gerecht zu werden. Der Landesvorstand der GRÜNEN hat bereits am 5. Februar beschlossen, mit allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche über die Frage

zu führen, wie es weitergehen soll, inhaltliche Gemeinsamkeiten und die Möglichkeit der Bildung handlungsfähiger Mehrheiten auszuloten.

Ich stelle fest, dass wir bis heute leider die Einzigen geblieben sind, die mit allen anderen Fraktionen geredet haben. Wir mussten feststellen, dass die CDU vom 27. Januar bis heute keinerlei Anstalten gemacht hat, aus dem völlig inakzeptablen Wahlkampf personelle Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Wir mussten feststellen, dass die FDP keinerlei Anstalten gemacht hat, ernsthaft über eine Koalition aus SPD, FDP und GRÜNEN zu verhandeln. Im Übrigen, Herr Kollege Hahn: Wer fünfmal am Tag erklärt, das Schlimmste, was passieren kann, sei die Beteiligung der Linkspartei, der muss irgendwann einmal sagen, was er selbst dafür getan hat, dass es nicht so weit gekommen ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Ich habe keinen Wortbruch begangen!)

Wir mussten feststellen, dass die Linkspartei von Anfang an sagte, dass jedwede formale Koalition für sie nicht infrage komme. Auch darin bestand eine der Schwierigkeiten der Situation. Ich erinnere noch einmal an den Auftrag des 27. Januar: Die Mehrheit wollte einen Politikwechsel und einen anderen Ministerpräsidenten. Das war offensichtlich weder mit der CDU noch mit der FDP zu erreichen. Deswegen haben wir uns entschieden, der SPD Verhandlungen über eine rot-grüne Minderheitsregierung anzubieten.

(Michael Boddenberg (CDU): Weil die Mehrheit das wollte?)

Die Geschichte des sogenannten ersten Anlaufs ist bekannt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die des zweiten Anlaufs auch!)

Wir GRÜNEN waren alles andere als erfreut über die im März offenbar gewordene mangelnde innerparteiliche Kommunikation in der SPD. Ich wiederhole aber hier und heute, was ich schon am 7. März gesagt habe. Ich finde die Entscheidung von Dagmar Metzger aus inhaltlichen Gründen zwar falsch, aber ich sagte und sage ausdrücklich, dass sie natürlich das Recht hatte, diese Entscheidung zu treffen.

(Minister Volker Hoff: Wie großzügig von Ihnen!)

Nach dem gescheiterten ersten Anlauf kam es dann zu der Situation der geschäftsführenden CDU-Regierung bei wechselnden Mehrheiten im Parlament. Wir als GRÜNE haben uns vorgenommen, das Beste aus der Situation zu machen – im Sinne unserer Inhalte. Wir haben dabei einiges erreicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es war richtig, dass wir beschlossen haben, dass das Land für eigene Liegenschaften in Zukunft zu 100 % Ökostrom bezieht. Es ist gut, dass wir jetzt eine richtige Härtefallkommission für Flüchtlinge haben. Es war richtig, das Bürokratiemonstrum „Unterrichtsgarantie plus“ abzuschaffen. Es war richtig, dass mehr Referendare an die Schule kamen. Es ist richtig, dass die BAT-Lehrkräfte in den Sommerferien nicht mehr zum Arbeitsamt geschickt werden. Es war richtig, dass erste Schritte zur Entschärfung der Schulzeit-

verkürzung, G 8, gegangen wurden, und es war und bleibt richtig, dass die Studiengebühren abgeschafft wurden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der LINKEN)

Ein Politikwechsel ohne Regierungswechsel muss jedoch zwangsläufig unvollständig bleiben. Ich erinnere nur an die Spielchen des geschäftsführenden Ministerpräsidenten bei dem Gesetz zur Abschaffung der Studiengebühren und an die Weigerung des Innenministers, den Landtagsbeschluss zum Wiedereintritt des Landes in die Tarifgemeinschaft der Länder auszuführen. Deswegen war für uns klar, dass diese Situation nicht ewig so weitergehen konnte.

Wir haben von der SPD vor dem zweiten Versuch zur Bildung einer Regierung Sicherungen verlangt, weil wir das, was wir im März erlebt haben, nicht noch einmal erleben wollten. Ich sage ausdrücklich: Am 30. September haben drei der vier Abgeordneten, die sich vor zwei Wochen gegen eine rot-grüne Regierung gestellt haben, in geheimen Probeabstimmungen für eine solche Regierung gestimmt. Wäre das anders gewesen, hätten wir als GRÜNE gar nicht erst mit Koalitionsverhandlungen begonnen.

(Norbert Schmitt (SPD): Wir auch nicht!)

Die Ergebnisse des Koalitionsvertrages können sich aber in der Sache auch jetzt noch sehen lassen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das kann ich aus Ihrer Sicht verstehen, Herr Al-Wazir!)

Wir haben aufgezeigt, wie der dringend nötige Aufbruch in der Bildungspolitik in Hessen aussehen könnte. Wir haben aufgezeigt, wie wir Hessen endlich aus seiner Außenseiterrolle herausführen und zum Vorreiter bei der Energiewende machen könnten. Wir haben aufgezeigt, wie eine Politik aussehen könnte, die Fairness und Gerechtigkeit zur Leitlinie hat. Um der Sache willen ist es deshalb verdammt schade, dass dieses Programm nicht seit zwei Wochen praktisch umgesetzt wird, sondern wir jetzt in eine neue Wahl gehen.

Wir wollten einen Politikwechsel, und an uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist er nicht gescheitert. Vielleicht haben wir zu lange auf andere vertraut. Vielleicht haben wir die Auswirkungen persönlicher Verletzungen und politischer Meinungsverschiedenheiten in der SPD unterschätzt. Nachher ist man immer schlauer. Ich sage aber: Die Frage, wie es bei der SPD aussieht, muss sich die SPD selbst beantworten. Ich glaube allerdings, dass sie sich besser mit der Frage beschäftigen würde, was in Hessen in den nächsten Jahren verändert werden muss und wie das geschehen kann, als dass sich ihre Mitglieder wechselseitig mit Parteiausschlussverfahren überziehen.

Wir haben uns bemüht, den kalten Krieg, der im Hessischen Landtag überlebt hatte, ein wenig zu entschärfen, vielleicht sogar zu beenden. An manchen Punkten hat auch die CDU ihr Kommunikationsverhalten verändert. Wir haben allerdings vermutet, dass das viel mit der fehlenden Mehrheit für die Regierung und weniger mit neuen Erkenntnissen zu tun hatte, Herr Ministerpräsident. Würde es einen Nachhaltigkeitsrat geben, wenn Sie Ihre Mehrheit nicht verloren hätten, Herr Koch? – Sicherlich nicht. Hätten Sie erklärt, dass Sie Hessen zum Musterland für erneuerbare Energien machen wollten? – Sicherlich nicht.

Deshalb ist dann auch die Frage, was sich in diesem Jahr an der Regierungspolitik real verändert hat: Nichts. Weiterhin wird der Bau von Windrädern durch die Regierungspräsidien blockiert, weiterhin wird eine kommunale Förderung der Solarenergie blockiert. Es gibt weiterhin kein Erneuerbare-Wärme-Gesetz, weiterhin wird der Neubau eines völlig ineffizienten großen Kohlekraftwerks am Standort Staudinger unterstützt. Die Worte, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU-Fraktion, hörten wir wohl, allein es fehlten die Taten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen will ich noch etwas zum Werben der CDU um uns GRÜNE sagen. Herr Koch, noch im Januar war ich in Ihren Augen ein Kommunistenfreund, den man stoppen muss. Dann war die CDU-Mehrheit weg, und am Valentinstag, am 14. Februar, haben Sie entdeckt, dass die GRÜNEN inhaltlich ganz vernünftig sind, und haben uns in der Folge zu einem integralen Bestandteil des bürgerlichen Lagers erklärt. Kaum haben wir angefangen, mit der SPD über eine Koalition zu verhandeln, waren wir in Ihren Augen wieder die größten Arbeitsplatzvernichter, Feinde der Wirtschaft, ein Sicherheitsrisiko – also quasi der Untergang des Abendlandes.

(Zurufe von der CDU)

Lieber Herr Koch, offensichtlich wissen Sie selbst nicht so genau, was Sie wollen, außer dem einen: Sie wollen auf der Regierungsbank sitzen bleiben. Sie wissen ganz genau, dass Sie das wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Lieber Herr Ministerpräsident, das wissen auch die Leute. Deswegen ist es aus meiner Sicht alles andere als sicher, dass Sie dort sitzen bleiben werden.

Zwei Monate vor einer Wahl in Hessen ist nur eines sicher: Man weiß nicht, wie sie ausgeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Michael Boddenberg (CDU): Das ist richtig! Das ist auch gut so!)

Warten wir also einmal ab, was am 18. Januar 2009 zwischen 8 und 18 Uhr geschieht.

Herr Koch, wenn es um die Ergebnisse des Koalitionsvertrages ging, haben Sie am allerlautesten zum Thema Flughafen geschrien. Dabei haben wir doch nichts anderes gemacht, als das hineinzuschreiben, was Sie jahrelang versprochen haben und was Fraport selbst beantragt hat, nämlich das Nachtflugverbot.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Außerdem waren wir der Meinung, dass man aus rechtsstaatlichen Gründen darauf bestehen sollte, dass vor der Schaffung irreversibler Fakten, nämlich der Rodung des Waldes, das Hauptsacheverfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof beendet ist.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Herr Boddenberg, wir GRÜNEN haben uns in der ganzen Zeit an nichts anderem als unseren Inhalten orientiert. Genau damit gehen wir auch in den Wahlkampf, der jetzt beginnt und der am 18. Januar 2009 mit der Landtagswahl enden wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bürgerinnen und Bürger bekommen jetzt wieder das Wort. Die Fragen, die

sie sich am 18. Januar 2009 stellen müssen, sind sehr einfach. Eine lautet: Braucht Hessen die Energiewende? – Wir meinen, Hessen braucht sie dringender denn je. Erst letzte Woche wurde eine Untersuchung veröffentlicht, der zufolge sich Hessen bei dem Einsatz erneuerbarer Energien auf einem beschämenden 14. Platz im Vergleich der 16 Bundesländer befindet.

(Zuruf: Das ist peinlich!)

Da frage ich: Glaubt denn irgendjemand, dass die angebliche Begeisterung der hessischen CDU für die erneuerbaren Energien anhält, falls sich am 18. Januar 2009 eine Mehrheit für die CDU und die FDP ergeben würde?

(Zuruf: Das glaubt niemand!)

Ich komme zur nächsten Frage: Braucht Hessen eine andere Bildungspolitik? – Wir meinen, Hessen braucht sie dringender denn je. Liebe Kolleginnen und Kollegen, erst gestern wurde Hessen mit den Ergebnissen der dritten PISA-Studie in Folge bescheinigt, dass es bei einem Vergleich der Bundesländer bestenfalls mittelmäßig ist. Beim Schwerpunktthema Naturwissenschaften befinden wir uns nach fast zehn Jahren Verantwortung der CDU für das Kultusministerium auf einem beschämenden 12. Platz bei 16 Bundesländern. Herr Banzer erklärt zu diesem Ergebnis, dass er sich darüber freut. Mit dieser Form der Schönrederei knüpft er langsam an seine Vorgängerin Karin Wolff an.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD sowie der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Ist denn irgendjemand der Meinung, die hessische CDU könne im Bildungssystem Reformen durchführen, sollte es mit der FDP am 18. Januar 2009 wieder zu einer Mehrheit kommen?

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss Ihrer Rede kommen.

#### **Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich komme zum Schluss meiner Rede. – Braucht Hessen mehr Fairness bei der Sozialpolitik und im gesellschaftlichen Umgang? – Wir meinen, Hessen braucht dies dringender denn je. Die brutalstmöglichen Kürzer bei den Frauenhäusern und den Schuldnerberatungsstellen werden nicht mehr auf einmal vom Saulus zum Paulus werden, wenn sie denn wieder die Mehrheit haben. Wir jedenfalls glauben nicht, dass dies der Fall sein wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, deswegen werden wir in die Auseinandersetzung um die Sache gehen. Da ist klar, dass wir, die hessischen GRÜNEN, auch weiterhin die ökologische und moderne Stimme der Vernunft sein wollen. Bei uns entscheidet der Inhalt. Wir sind auch in der Lage, das, was wir wollen, umzusetzen. Deswegen gilt auch für die Neuwahl und die nächste Legislaturperiode: Machen wir das Beste daraus. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Auch beim Beifall bekommt jeder die gleiche Zeit, unabhängig davon, wie groß die Fraktion ist.

Die nächste Wortmeldung stammt von Frau Abg. Wissler. Sie spricht für die Fraktion DIE LINKE.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! An uns wird die Abwahl Kochs nicht scheitern, das hatten wir als LINKE versprochen. Das wollten wir am 4. November 2008 auch in die Tat umsetzen.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben gezeigt, dass die Rechte in der SPD lieber ihre eigene Partei gegen die Wand fahren lässt, als auch nur einen Meter nach links zu rücken. Vier Abgeordnete der SPD waren nicht bereit, das umzusetzen, was ihre Wähler wollen,

(Michael Boddenberg (CDU): Das ist wohl die Höhe! – Weitere Zurufe von der CDU)

und ihre eigene Genossin, also nicht jemanden der LINKEN, zur Ministerpräsidentin zu wählen. Deshalb hat sich DIE LINKE für Neuwahlen ausgesprochen.

In den letzten Jahren gab es nur zwei Wahlen, die die SPD gewonnen hat. Die eine war in Rheinland-Pfalz mit Kurt Beck als Spitzenkandidat. Die andere war die in Hessen mit Andrea Ypsilanti als Spitzenkandidatin. Beide waren erfolgreich, weil sie bei vielen Menschen für eine andere SPD standen. Sie standen für eine andere SPD als die der Agenda 2010 des Herrn Schröder und des Herrn Müntefering.

Frau Ypsilanti und Herr Beck, beide wurden von den Rechten in der SPD gestürzt. Mit Herrn Steinmeier und Herrn Müntefering sind die Schröderianer zurück an die Spitze im Bund gelangt. Damit ist klar: Die SPD steht fest auf dem Boden der Agenda 2010. Sie steht für die Hartz-Gesetze, die Rente mit 67 und die Kriegseinsätze der Bundeswehr.

Ich halte es nicht für zielführend, darüber zu spekulieren, ob die vier Abweichler von irgendjemandem angestiftet oder gar bezahlt wurden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): So etwas überhaupt nur in den Raum zu stellen ist unglaublich! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Ich habe gerade eben gesagt, dass ich das nicht für sinnvoll halte.

(Zurufe von der CDU)

– Das wurde in der Öffentlichkeit so diskutiert. Ich halte das nicht für zielführend.

Viel entscheidender ist doch, wessen Interessen sie mit ihrem Handeln bedienen. Das sind eben nicht die Interessen der Menschen, die sie gewählt haben und die auf einen Politikwechsel gehofft haben. Denn deswegen hatten sie SPD gewählt. Mit ihrem Handeln betreiben sie das Geschäft der politischen Rechten und der Konzerne, allen voran der Fraport und der Energiekonzerne.

(Beifall bei der LINKEN – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Und Opel!)

Hessen hat gezeigt: Jeder Versuch, die SPD nach links zu ziehen, scheitert. Deshalb ist DIE LINKE als Alternative links von der SPD so dringend nötig.

Die Neuwahl zum Hessischen Landtag findet inmitten einer tiefen Krise des weltweiten Kapitalismus statt. Mit dieser Krise bricht das Lügengerüst des Neoliberalismus, das in den letzten Jahren aufgebaut wurde, wie ein Kartenhaus in sich zusammen. Vordenker, die an den freien Markt glauben und jahrelang die Privatisierung der Absicherung aller Lebensrisiken beschworen haben, rufen jetzt, nachdem bei ihnen aufgrund des Risikos das Schicksal zugeschlagen hat, nach Steuergeldern, damit die Verluste der Banken und der Konzerne auf die Allgemeinheit abgewälzt werden.

(Horst Klee (CDU): Ich bin für die Verlängerung der Redezeit! – Axel Wintermeyer (CDU): Mit denen wolltet ihr zusammengehen!)

Diejenigen, die die Deutschen noch vor wenigen Jahren für ihre mangelnde Risikobereitschaft gescholten haben, fordern nun staatliche Hilfen für die Banken, die das Geld ihrer Anleger verpulvert haben. Unter den Opfern befinden sich viele kleine Anleger, die durch die Aushöhlung der gesetzlichen Altersversorgung praktisch gezwungen wurden, ihr Geld an den Finanzmärkten anzulegen, um im Alter würdig leben zu können. Deren Geld ist futsch. Die rettet niemand.

Die Krise, die wir derzeit erleben, ist nicht dem Versagen einzelner Manager geschuldet. Es handelt sich um das Versagen des kapitalistischen Systems. Denn das führt immer wieder zu Spekulation und Überproduktion. Deshalb läuft das immer wieder aus dem Ruder.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sie wollen das System überwinden! Was wollen Sie dann? – Aloys Lenz (CDU): Sie wollen zurück zum Sozialismus!)

An der Krise der Automobilindustrie lässt sich dieser Irrsinn verdeutlichen. Die Konzerne verweigern jede Lohnerhöhung und wollen gleichzeitig mehr Autos verkaufen. Aber Autos kaufen keine Autos. Jeder weitere Lohnverzicht wird die Krise nur verschärfen, anstatt eine Lösung herbeizuführen. Die große Masse der Bevölkerung hat am Aufschwung der vergangenen Jahre ebenso wenig wie an der Explosion der Aktienkurse teilgehabt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Explosion!)

Die Menschen, die mit ihrer täglichen Arbeit für den Wohlstand in der Gesellschaft sorgen, müssen auch in dessen Genuss kommen. Deshalb brauchen wir endlich wieder Lohnerhöhungen. Außerdem brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 8,71 €, wie es ihn in Frankreich gibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir brauchen einen Schirm zum Schutz der Arbeitnehmer. Allen voran brauchen wir diesen für die Leiharbeiter, die zu Tausenden aus den Betrieben abgezogen werden. Wir brauchen aber keinen Schirm zum Schutz der Aktionäre.

(Zuruf von der CDU: Sprechen Sie einmal zur Sache!)

Folgende Frage muss beantwortet werden: Wer zahlt für die Verluste, die sich aus dieser Krise ergeben? – Wir denken, diejenigen, die in den letzten Jahren profitiert haben, müssen zahlen. Deshalb fordert DIE LINKE eine Abgabe für Millionäre zur Finanzierung der staatlichen Rettungspakete.

(Beifall bei der LINKEN)

Angesichts der Opel-Krise stellt sich Ministerpräsident Koch als Retter der Arbeitsplätze dar. In Wahrheit hat er aber durch seine Politik Arbeitsplätze vernichtet. Allein 10.000 Stellen sind im Land Hessen entfallen, seitdem er Hessen regiert. Gerade Herr Koch ist in den letzten Jahren als Prediger des freien Marktes aufgetreten und hat in Hessen privatisiert, was privatisiert werden konnte. Das reicht vom Universitätsklinikum bis hin zu einem Gefängnis. Welche Auswirkungen das auf die Arbeitsplätze hatte, können wir gerade feststellen.

Diese Regierung ist ein Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Herr Ministerpräsident, auch wenn Sie jetzt Kreide gefuttert haben, ist Ihr Name untrennbar mit ausländergefeindlichen Wahlkämpfen, mit dem Sozialkahl-schlag der „Operation düstere Zukunft“ und mit schwarzen Kassen verbunden. Ich weiß, das wollen Sie nicht hören. Aber man kann nicht immer laut „Law and Order“ schreien und dann selber Rechtsbruch begehen, meine Damen und Herren.

(Horst Klee (CDU): Ich bin für die Verlängerung der Redezeit für Sie! – Heiterkeit bei der CDU)

Ihr Verhalten im ersten halben Jahr spricht Bände. Sie waren kein Partner des Parlaments. Ihre Regierung hat sich geweigert, Beschlüsse des Landtags umzusetzen – beim Wiedereintritt in die Tarifgemeinschaft der Länder, beim Schulbesuch für Kinder ohne Aufenthaltsrecht oder beim Abschiebestopp für afghanische Flüchtlinge.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Jetzt erklären Sie, Studiengebühren seien für Sie kein Thema mehr.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Thema verfehlt!)

Liebe Studierende, liebe Schüler, liebe Eltern, glauben Sie Roland Koch kein Wort.

(Lachen bei der CDU)

Seine Regierung hat alles versucht, um die Abschaffung der Studiengebühren zu verhindern. Die CDU-Fraktion hätte der Abschaffung der Studiengebühren zustimmen können, hätte sie ein Einsehen gehabt. Das hat sie aber nicht getan.

(Michael Boddenberg (CDU): Wir stimmen keinen Anträgen der LINKEN zu!)

– Aber, Herr Kollege, das war gar nicht unser Antrag. – Die FDP ist ehrlicher im Vorfeld der Wahlen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Vorsicht!)

Sie sagt ehrlich, dass sie die Studiengebühren wieder auf die Tagesordnung setzen wird. Ich denke, die Abschaffung der Studiengebühren ist außerhalb dieses Parlaments erkämpft worden. Ich bin sicher, alle heutigen und auch die künftigen Studierenden werden diese Abschaffung auch verteidigen.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Bildungspolitik der Landesregierung ist gescheitert. Die aktuelle PISA-Studie hat das erneut belegt. Statt Bildungsland Nummer eins ist Hessen schlechtes Mittelmaß. Letzte Woche haben Tausende Schüler gegen Ihre Bildungspolitik gestreikt. Die Schüler haben mit ihrer Forderung nach Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und der Abschaffung von G 8 recht.

(Michael Boddenberg (CDU): Es war doch Ihre Demo!)



An die SPD. Ich habe gelesen, die SPD geht mit dem Slogan „Krise braucht Gerechtigkeit“ in den Wahlkampf. Wenn man sich die SPD-Politik der letzten Jahre betrachtet, stellt sich die Frage: Was genau heißt denn Gerechtigkeit?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Was heißt Krise?)

Meint das Mindestlohn? Meint das soziale Sicherung? Steuergerechtigkeit? Oder meint es Hartz IV, 1-€-Jobs, Mehrwertsteuererhöhung, Steuerentlastung für die Reichen, Eintritt zahlen beim Arzt, Rentenkürzung? Es ist doch gerade die Politik der rot-grünen Bundesregierung gewesen, die zu einer weiteren Verarmung und Verschärfung sozialer Gegensätze geführt hat.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Mit denen wollten Sie gemeinsame Sache machen, unglaublich!)

Die Hartz-Gesetze haben die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt und die Rutschbahn der Löhne beschleunigt. Die Angriffe vonseiten der Arbeitgeber auf die Tarifverträge und Arbeitnehmerrechte wurden flankiert mit der Ausweitung der Leiharbeit und des Niedriglohnssektors. Deshalb bleibt die LINKE dabei: Hartz IV muss weg.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gehört zur Bilanz der rot-grünen Bundesregierung, dass in einer der stärksten Volkswirtschaften jedes siebte Kind in Armut lebt. Es ist ein Skandal, wenn sich in der wirtschaftsstarken Rhein-Main-Region Frankfurter Kinder im Schatten der Frankfurter Bankentürme kein Schulessen leisten können. Geld ist in diesem Land genug da. Es ist zutiefst ungleich verteilt.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Wie möchten Sie es denn verteilen? Machen Sie es doch einmal konkret!)

Die öffentlichen Kassen sind durch eine Steuerpolitik für die Reichen und die Konzerne ausgeblutet worden. Dem hessischen Landeshaushalt sind so 1,5 Milliarden € entzogen worden. SPD und GRÜNE waren es auch, die durch eine immer weitere Liberalisierung und Förderung der Finanzmärkte die Zocker eingeladen haben.

In Hessen bestand – auch mit Andrea Ypsilanti – für die SPD die Chance, sich von der Agenda-2010-Politik abzusetzen und einen Politikwechsel einzuleiten. Diese Chance wurde vertan. Sozialdemokratische Politik ist in der SPD nicht mehr durchsetzbar.

(Zurufe von der CDU: Ui!)

Die LINKE kämpft für mehr soziale Gerechtigkeit, bessere Bildungschancen und ökologische Nachhaltigkeit. Wir haben im Landtag den gesetzlichen Mindestlohn thematisiert, nachdem die SPD im Wahlkampf zwar eifrig Unterschriften gesammelt hat, aber nach der Wahl keinen Finger dafür rührte.

Unser Antrag auf einen Schulmittelfonds für Kinder aus Hartz-IV-Familien wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Wir sind die einzige Fraktion, die konsequent gegen Privatisierung gekämpft hat und die für die öffentliche Kontrolle der Schlüsselindustrien eintritt, wie es die Hessische Verfassung vorsieht.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Warum wollten Sie mit der SPD gemeinsame Sache machen?)

Unabhängig davon, wer Hessen in Zukunft regiert, wird außerparlamentarischer Druck nötig sein, um Verbesserungen durchzusetzen. Es war in den letzten Wochen und Monaten viel von Verlässlichkeit die Rede. Die LINKE hat gezeigt, dass sie gegenüber den Wählern verlässlich ist. Das werden wir auch im neuen Landtag sein.

Koch hat die Wahl noch lange nicht gewonnen, auch wenn sich manche CDUler schon wieder wie beim letzten Mal sicher zu sein scheinen.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Anders als SPD und GRÜNE gibt die LINKE die Garantie und das Versprechen: Eine Stimme für die LINKE ist eine Stimme gegen Roland Koch. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe von der CDU)

### **Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile Herrn Abg. Wilken von der Fraktion DIE LINKE das Wort. Sie haben noch vier Minuten und 39 Sekunden.

### **Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn wir gleich den Landtag auflösen,

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Jetzt zur innerparteilichen Demokratie!)

haben wir unseren Job nicht erledigt. Es wäre noch viel zu tun. Dass wir das jetzt nicht tun, ruft viel Unmut, ruft viel Wut im Land hervor. Die Menschen erwarten von uns, dass wir als ihre Vertreter hier alles dafür tun, dass ihr Leben im Land besser wird. Das war wegen Entscheidungen in anderen Fraktionen – nicht in meiner Fraktion – nicht möglich.

Ich will kurz sagen, was es ist, was die Menschen von uns erwarten. Es gibt Armut in diesem Land, es gibt Kinderarmut. Deswegen brauchen wir Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Dafür setzen wir uns ein.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Und die ehemalige DDR?)

Wir brauchen Arbeitsplätze in unserem Land, von denen Menschen auch leben können, und zwar von einem Job, und nicht dazu drei brauchen. Wir brauchen eine Gemeinschaftsschule in unserem Land, in der die von Geburt an bestehenden Chancenungleichheiten aktiv ausgeglichen werden können.

Meine Damen und Herren, es gibt zahlreiche ungelöste Probleme in unserem Land, die wir angehen müssen: Hessisches Personalvertretungsgesetz, Mindestlohn, Gleichstellung anerkannter Lebenspartnerschaften,

(Michael Boddenberg (CDU): Bewegungsprotokolle bei den LINKEN! – Heiterkeit bei der CDU)

aber auch die Auseinandersetzungen in der Region Rhein-Main um den Flughafenausbau. Herr Al-Wazir, wenn Sie jetzt zugegeben haben, dass Sie das in den Koalitionsvertrag hineinformuliert haben, was Herr Koch jahrelang versprochen hat, dann sage ich Ihnen: Das reicht den Menschen in der Region selbstverständlich nicht. Da müssen wir in dieser Region mehr machen.

(Beifall bei der LINKEN)

All dies und noch viel mehr wäre in diesem Hause in dieser Legislaturperiode möglich gewesen auf einen guten Weg zu bringen. Und Sie vier haben sich dagegen entschieden.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Sehr gut!)

Ich bin nicht traurig, dass ich hoffentlich davon ausgehen kann, dass Sie dies alles in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr werden blockieren können.

(Axel Wintermeyer (CDU): Eieiei, das ist unglaublich! – Zuruf des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahn-tal) (CDU))

Auch die geschäftsführende Landesregierung – allen voran Herr Koch – hat alles darangesetzt, Beschlüsse dieses Parlaments zu blockieren, zu ignorieren usw. Dabei haben Sie doch so vollmundig die Partnerschaft zu diesem Parlament versprochen.

Herr Koch, wir alle haben gelernt, was diese Ihre Partnerschaft wert gewesen ist und wert ist. Deswegen möchte ich mit einer Warnung an die Kollegen von Opel schließen: Liebe Opelaner, passt auf, wenn Koch jetzt euer Partner wird. Haltet eure Portemonnaies fest, und klammert euch ans Hemd, damit es nicht das letzte ist. – Ich danke euch.

(Beifall bei der LINKEN – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Das ist unverschämt, was Sie sich erlauben! Eine Frechheit ist das, was Sie hier machen! – Fortgesetzte Zurufe von der CDU – Hans-Jürgen Irmer (CDU): Von Erich Honecker sind Sie, sonst gar nichts!)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Herr Ministerpräsident des Landes Hessen, Herr Koch.

#### **Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir alle jetzt die beiden Fraktionsvertreter der Fraktion DIE LINKE gehört haben, geht jedenfalls mir durch den Kopf, wie viele Abgeordnete der 38 Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und der Fraktion der GRÜNEN in den letzten Minuten vielleicht doch ganz insgeheim den vier Abgeordneten dankbar waren, dass sie ihnen das als Regierungspartner erspart haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Ich habe diese Bemerkung ausschließlich deshalb gemacht, weil ich glaube, dass Regierung, Parlament und Abgeordnete – ich gehöre diesem Hause auch schon sehr lange an – an einer Stelle miteinander bis zum letzten Punkt ringen und streiten müssen, nämlich in der Frage des Umgangs miteinander.

Es war immerhin der Vizepräsident des Landtags, der von „hinterhältigen Schweinen“ gesprochen hat.

(Axel Wintermeyer (CDU): Richtig!)

Und Sie sagen: Welch ein Glück, dass Sie nicht mehr da sind.

Ich sage Ihnen: Wenn ich Sie, Ihre Partei und Ihre Geschichte sehe, bin ich jede Sekunde stolz, einen freien Abgeordneten, der von niemandem zu etwas gezwungen werden kann, als Kernprinzip unserer demokratischen

Ordnung zu haben. Die gilt es zu verteidigen, an jeder Stelle.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP)

Das trifft durchaus alle Parteien. Das trifft im Augenblick die SPD. Das hat an anderer Stelle auch schon meine Partei getroffen. Das hat an manchen Stellen in den Kommunen noch viel größere Bedeutung als in Landtagen oder im Bundestag, bis zu konstruktiven Misstrauensvoten auf nationaler Ebene: Nicht immer ist es so gegangen, wie es die Parteiführungen geplant hatten. Das ist aber im Zweifel der Fehler der Parteiführung, nicht der Fehler der Verfassung mit dem Institut des freien Abgeordneten. Diese Relation gehört am Ende dazu.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Mit dieser Entscheidung sind wir heute beim Abschluss der Arbeit einer kurzen Legislaturperiode, einer Legislaturperiode, die uns allen in ihrem emotionalen Auf und Ab – ganz unabhängig davon, wo wir stehen, in den Fraktionen, in der Regierung, in den Führungen der Fraktionen oder in der Mitgliedschaft – manches abverlangt hat. In dieser Wahlperiode kann sich niemand als Sieger empfinden. Meine Partei und ich selbst hatten eine Wahlniederlage als Eingangserlebnis. Sozialdemokratische Kollegen haben möglicherweise den Sieg, den sie errungen haben, schlicht überschätzt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Verspielt!)

Es war eine Periode, in der wir uns, jedenfalls im Großen und Ganzen, bemüht haben, das zu machen, was man in einer Übergangszeit machen kann. Das wird niemals ganz befriedigend sein, denn es bedeutet, dass das Parlament nicht die Regierung ersetzen kann und die Regierung nicht das Parlament hat, das sie selbst durch Legitimation ins Amt gebracht hat.

Das war immer so. Deshalb will ich uns zur Erinnerung etwas zitieren, was Holger Börner anlässlich der Auflösung des Landtags am 4. August 1983 gesagt hat und was man wortgleich heute übernehmen kann:

Eine Regierung ohne die ständige Unterstützung einer Mehrheit des Landtags ist für beide Seiten, Landtag und Regierung, unbefriedigend; denn der Landtag kann gegenüber einer solchen Regierung seinen politischen Willen nur ungenügend zur Geltung bringen, und die Regierung kann ihre politischen Ziele und Vorstellungen nur begrenzt verwirklichen.

Die Richtigkeit dieser Worte ist durch die Monate unserer gemeinsamen Arbeit erneut bewiesen. Aber auch der zweite Teil gilt: Die Väter und Mütter unserer Verfassung haben eine Ordnung geschaffen, in der Sie mit den Verhältnissen in den Parteien nicht in der Lage waren, jedenfalls nicht auf Zeit, die Ziele umzusetzen, die mit Mehrheitsbildung verbunden sind – und trotzdem bleibt dies ein stabil regiertes Land.

Das ist auch eine Leistung von allen, wie letzten Endes heute die Entscheidung zu Opel gezeigt hat. Auch in einer Zeit des Übergangs wären wir in der Lage, eine solche Frage zu beantworten, wenn sie konkret gestellt würde. Wir hätten das in der Zeit einer geschäftsführenden Regierung gekonnt. Wir können das sogar in der Interimszeit, die zwischen zwei gewählten Landtagen liegt.

Bei allem Streit, den wir haben, sollten wir nicht unterschlagen, dass es auch diese Erfahrung gibt: dass wir in vielfältigen Fragen mit kompliziertesten Fragestellungen

– wie etwa der Finanzkrise, der Mitwirkung der Bundesländer und manch anderem – die Handlungsfähigkeit des Bundeslandes Hessen in ihrer Substanz nicht verlieren, wenn Parteien für eine gewisse Zeit nicht in der Lage sind, neue Mehrheitskonstellationen zu schaffen.

Dieses Vertrauen kann bestehen, unabhängig davon, dass keiner im Parlament über die Tatsache glücklich sein kann, dass wir den Hessischen Landtag nach wenigen Monaten auflösen müssen und die Wählerinnen und Wähler erneut mit der Entscheidung über eine Mehrheit betrauen müssen. Dies ist ein Ergebnis der Ereignisse der letzten Monate.

In dem, was vor uns steht, werden wir sicher eine Diskussion und eine Auseinandersetzung auch über die Frage haben, was sich verändert hat, wie ernsthaft es sich verändert hat und wie stark das die Zukunft prägt.

Herr Kollege Al-Wazir, ich kann mit Ihnen z. B. die Frage, ob es eine Nachhaltigkeitskonferenz gegeben hätte oder nicht, nicht in der Weise beenden, dass einer von uns beiden recht hat. Ich sage Ja; Sie sagen, Sie glauben es nicht, und es wird Geschichte bleiben. Ich kann Ihnen aber sagen: Wenn ich Verantwortung trage, wird sie bestehen bleiben. Ich will nicht nur auf den Rat von Herrn Baake nicht verzichten, sondern auch auf den von vielen anderen nicht. Ich glaube, in der Tat hat diese Zeit erbracht, dass wir an einigen Stellen offener miteinander umgehen. Jetzt meine ich nicht die Parteien, sondern ich meine die Diskussionen in der Sache.

Ich rate uns allen, das nicht näher in Zweifel zu ziehen. Denn bei allen Schwierigkeiten, die wir gehabt haben, bei allem Unbefriedigenden, das in dieser Zeit der Instabilität dabei war, ist das auch ein Vorteil.

Ich verhehle Ihnen nicht: Natürlich sind wir jetzt in einer Debatte über das, was richtig und was falsch war, was wir gelernt hat. Das war ein Teil der emotionalen Achterbahn, wahrscheinlich auch für unterschiedliche Beteiligte an unterschiedlichen Stellen. Als Regierungschef werde ich persönlich das, was wir mit meiner Fraktion damals in Bad Wildungen gemacht haben, nicht vergessen – einen ganzen Tag lang mit endlosen Wortmeldungen zu diskutieren, Wortmeldungen, die wahrlich von Selbstzweifeln, Gott sei Dank aber eben auch von Stolz auf Vergangenes geprägt waren, wo man sich manchmal nicht richtig verstanden gefühlt hat. Das ist damals miteinander kollidiert.

(Beifall des Abg. Dr. Christean Wagner (Lahntal) (CDU))

Wir haben daraus Konsequenzen gezogen. Einen Teil dessen, was wir vorher für richtig gehalten haben, haben wir angesichts der Wählerinnen und Wähler ein Stück verändert.

Herr Schäfer-Gümbel, als Sie vorhin gesprochen haben, habe ich mir gedacht, es gibt schon einen ziemlichen Unterschied. Es stimmt, da ich immer noch der Gleiche bin: Die personelle Konstellation und das Angebot gegenüber den Wählerinnen und Wählern haben sich nicht geändert. Aber wir haben inhaltlich durch die Veränderung einiger uns wichtiger Positionen etwas gelernt. Sie haben die Person ausgetauscht – aber was haben Sie inhaltlich gelernt?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

Diese Frage wird bleiben. Sie wird Bestand der Erfahrungen sein, die wir in dieser Zeit gemacht haben.

Ich bin froh, dass es uns gelungen ist, von der Frage der gymnasialen Struktur – also dessen, was man mit G 8 bezeichnet – bis hin zu der Frage der Häuser des Jugendrechts neue Impulse an Stellen zu setzen, die genau zu den Streitpunkten der Auseinandersetzungen mit den Bürgerinnen und Bürgern gehören.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Politik darf nicht erklären, dass sie sich von den Problemen wegbewegt. Wir sind jetzt in einer Zeit, in der wir den Wählerinnen und Wählern nur gegenüber treten können, wenn wir die jetzigen Herausforderungen mit Ernsthaftigkeit annehmen.

Wir müssen aufpassen, dass wir unser Bundesland nicht über Gebühr schlechtreden. Denn es ist eines, das selbst in der Krise im Vergleich zu anderen potenziell die besten Ausgangspositionen hat. Wir müssen aufpassen, dass wir mit dem Stolz der Bürgerinnen und Bürger arbeiten und nicht nur mit ihren Ängsten. Denn davon haben sie im Augenblick genug und wahrlich manchen Grund dafür.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Meine Damen und Herren, sie haben einen Anspruch darauf, dass wir die Fragen stellen – mit uns in streitiger Diskussion, denn das gehört zu dem Unterschied der politischen Parteien – und die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine nächste Regierung in diesem Parlament mit klaren Mehrheiten ausgestattet ist.

Denn das ist auch klar: Ein Bundesland, das mitten in Deutschland liegt und das sich, was die Qualifikation seiner Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angeht, vor niemandem scheuen muss, das mehr denn je seinen Platz im internationalen Wettbewerb hat, muss sich täglich positionieren. Das kann nicht in Deckung gehen. Das kann keine Entscheidungen verschieben, sondern das braucht eine starke, stabile politische Führung. Dies müssen wir Bürgerinnen und Bürgern auch mitteilen – dass wir das nicht können, sondern dass sie über die Stabilität entscheiden müssen.

Ich glaube, in diesem Landtag kann es eine Koalition geben. CDU und FDP jedenfalls sagen, sie könnten miteinander arbeiten. Sie werden sich entscheiden müssen, was Sie sagen. Sagen Sie, Sie drei wollen das, was das Regierungsprogramm war, das Sie vorgelegt haben, wieder machen?

Das ist für Wählerinnen und Wähler eine ziemlich ideale Konstellation: Zum ersten Mal müssen sie nicht darüber fabulieren, wer denn wen in einer Koalition über den Tisch zieht. Man kann es jetzt schon schriftlich sehen. Meine Damen und Herren, man weiß, wer was erreicht hat und wer was aufgeben musste. Das ist eine tolle Konstellation.

Herr Schäfer-Gümbel, eine Frage aber müssen Sie beantworten: Ist dieses Papier der drei – das zwei miteinander verhandelt und der Dritte toleriert hat – die Geschäftsgrundlage für Ihren Regierungswillen der Zukunft?

Das wäre eine wirklich spannende Debatte. Und das ist wichtig. Herr Kollege Schäfer-Gümbel, wenn man das am Beispiel der Brille erklären will:

(Norbert Schmitt (SPD): Sie lenken nur ab!)

Bei der Brille kommt es nicht darauf an, ob das Design stimmt, sondern ob die Sehschärfe richtig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Deshalb ist die Frage, wie wir beide uns finden, tendenziell sowieso nicht besonders spannend.

(Zuruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wenn es Sie beruhigt, sage ich Ihnen: Wenn Sie glauben, Sie seien schöner als ich, akzeptiere ich das, und wir stellen den Streit über diese Frage auch ein. Es gibt genug andere Fragen, über die wir reden können.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Nur eines ist klar: Wenn ich die Wahlergebnisse sehe und wenn ich sehe, was die Umfragen aussagen, dann will ich mich mit Ihnen auseinandersetzen, da ich wissen will, mit wem Sie zusammenarbeiten wollen.

(Norbert Schmitt (SPD): Was ist mit dem Duell?)

Sie allein sind kein ausreichender Gegner, da Sie entweder eine neue Politik oder weiterhin die Stimmen der Kommunisten brauchen. Das muss vor dem 18. Januar entschieden werden, weil es eine der entscheidenden Fragen ist, und die gilt es zu beantworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Genau diese Frage werden wir im Angesicht der überwältigenden Herausforderung der wirtschaftlichen Fragestellungen diskutieren müssen. Menschen haben Angst um ihren Arbeitsplatz, und zwar mehr als um alles andere.

Das bedeutet nicht – das sage ich für mich und auch für meine politischen Freunde –, dass wir jeden Tag gegeneinander ausspielen müssen: Die einen wollen den Wohlstand und die Arbeitsplätze, und die anderen wollen den Planeten schützen. – Nein, wir wollen den Wohlstand und die Arbeitsplätze haben, aber nicht nur für uns, sondern auch für unsere Kinder, und deshalb müssen wir auch den Planeten schützen. An dieser Stelle gibt es keinen Konflikt, der so funktioniert.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Aber wir wollen die Arbeitsplätze. Herr Al-Wazir, Herr Schäfer-Gümbel und Sie alle, wir wollen die Arbeitsplätze. Deshalb sage ich: Ein Land, das so viel für die Wirtschaft tun kann und das solche Chancen hat, braucht eine stabile Regierung. Daher ist die erste Frage an die Bürger: Was wollen Sie als stabile Regierung der Zukunft? Wie berechenbar wollen Sie die Antworten vor einer Wahl haben?

Die zweite Frage geht auch sehr logisch an den konkreten Projekten entlang: Wollen Sie, dass der Frankfurter Flughafen schnell ausgebaut wird, oder wollen Sie eine Regierung, die ein neues juristisches Scharmützel entzündet, anstatt endlich – auch mitten in der Krise – die Voraussetzung für 40.000 Arbeitsplätze zu treffen? Das ist eine klare und saubere Alternative, die man treffen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP – Norbert Schmitt (SPD): Das haben wir gesehen! Das sagt der Richtige! Das ist schon toll!)

Wenn ich dann an die nordhessischen Bürgerinnen und Bürger denke – die mit ihrer Lebenserfahrung ein bisschen gebeutelt waren, denn sie wussten eigentlich, dass es nach den Neunzigerjahren dringend notwendig war, dass zugunsten der Infrastruktur Veränderungen kamen, und die Ihnen Anfang dieses Jahres in nicht unbedeutender Zahl doch wieder ihr Vertrauen gegeben haben: klassische sozialdemokratische Wähler, die Ihnen wiederum ihr Ver-

trauen gegeben haben –, dann stelle ich fest, dass diese am Ende dieser Zeit doch mit Faszination und Entsetzen gesehen haben, dass Sie bei all dem auf einmal sagten – gar nicht nur in der großen Frage des Wortbruchs, sondern im Detail, dort, wo es um die Infrastruktureinrichtungen ging, wie bei der A 44 –: Unbestritten sind nur drei Planabschnitte, bei allen anderen denken wir neu über die Linienführung nach.

Bei Kassel-Calden haben Sie eine Formulierung gewählt, bei der die Bürger wussten und auch Sozialdemokraten gesagt haben: Das ist der Tod des Ausbaus von Kassel-Calden. – Bei der A 4 haben Sie den Tod gleich beschlossen. Bei der Strecke Fulda – Meiningen haben Sie den Tod ebenfalls gleich beschlossen. Sie waren wieder die Alten. Sie, die Sozialdemokraten, waren wieder die Alten, denn Sie haben in Nordhessen Ihr Wort nicht gehalten, den Nordhessen in Deutschland die Chance zu geben, die sie vorher nicht gehabt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Natürlich bleibt zum Schluss – niemand wird Ihnen das ersparen – auch die Frage: Gehört zu der Regierungskonstellation, die Sie sich vorstellen, in Zukunft auch, da Sie als Koalitionspartner eine Partei wie die Linkspartei nehmen, anschließend in der Regierung darüber zu diskutieren, ob Sie Ihren eigenen Partner von Ihrem eigenen Verfassungsschutz beobachten lassen?

Meine Damen und Herren, auch diese Frage wird sicherlich Wählerinnen und Wähler erstmals interessieren – insbesondere die, Frau Ypsilanti, die Ihnen das letzte Mal geglaubt haben und sich deshalb über diese Frage keine Gedanken gemacht haben.

Die wirtschaftliche Zukunft und Stabilität dieses Landes, aber auch die Seriosität von Aussagen sowie die Frage: „Wer regiert eigentlich das Land mit wem, wenn er jetzt den Bürgerinnen und Bürgern Angebote macht?“, sind Themen, die wir klären müssen. Das sind Themen, die wir auch mit Engagement und Leidenschaft klären müssen, denn sie können in den nächsten fünf Jahren die Zukunft dieses Landes entscheidend verändern.

Das Dokument, das Sie gemeinsam geschaffen haben, ist so, wie es von einigen – auch von den Abgeordneten, die aus Gewissensgründen zu einer anderen Auffassung gekommen sind – gesagt worden ist: Es kostet eben Arbeitsplätze, und es bringt keine. Man sieht klar die Wasserscheide, man sieht, was man wählen kann, in diese oder in jene Richtung. Das ist gut; das ist sogar toll.

Wir haben in diesem Land endlich Wählerinnen und Wähler, die nicht theoretisch darüber nachdenken, was Parteien nachher verhandeln könnten, sondern eine sehr präzise Vorstellung haben. Es sind Wählerinnen und Wähler, die sich nicht über eine lange Zeit hinweg daran erinnern, was irgendwann einmal in der Politik war, sondern die neun Monate deutlichster und klarster politischer Auseinandersetzungen vor sich gehabt haben.

Es wäre für die Demokratie besser, wenn Landtage nicht aufgelöst werden müssten, sondern man geordnet regiert. Aber es ist für die Wähler dann immer noch sehr gut, wenn sie wenigstens wissen: Warum ist gestritten worden? Warum wird der Landtag aufgelöst? Welches Signal müssen wir als Wähler geben, damit uns das nicht wieder passiert?

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das ist eine Aufgabe, die bleibt. Und es ist eine Aufgabe, aufgrund derer wir nun hinausgehen und das machen werden, was Politiker tun – in der Adventszeit hoffentlich mit der gebotenen Zurückhaltung –: darüber zu streiten, was der richtige Weg ist.

(Zuruf der Abg. Petra Fuhrmann (SPD))

Wir haben manches geändert. Wir werden manches nicht so vertreten, wie wir es getan haben. Das ist der Preis und das Ergebnis einer Wahlniederlage, denn wir betrachten den Wähler nicht als irgendjemanden, der mal zum Wählen eingeladen wird, sondern wir nehmen das ernst, was er gesagt hat. Aber wir bleiben auch bei unseren Prinzipien. Wir bleiben auch bei dem, was der Kern unserer Identität ist, so wie das bei den anderen Parteien hoffentlich auch ist. Den Wettbewerb in diesem Sinne miteinander zu führen, ist kein Grund, für den man sich in der Demokratie entschuldigen muss, sondern es ist der Sinn unserer Aufgabe als Politiker und als Parteien, und die sollten wir in den nächsten Wochen in gehobener und gebotener Verantwortung wahrnehmen. – Vielen herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, für die Debatte liegen mir keine Wortmeldungen mehr vor. Dann schließe ich hiermit die Debatte.

Bevor wir in die Abstimmung eintreten, habe ich nach § 81 unserer Geschäftsordnung zwei Wortmeldungen vorliegen. In diesem Zusammenhang erteile ich zunächst Frau Abg. Dr. Everts für fünf Minuten das Wort.

#### **Dr. Carmen Everts (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete! Bevor wir gleich zur Auflösung des Hessischen Landtags kommen und damit Neuwahlen einleiten, möchte ich, wie Jürgen Walter nach mir, im Rahmen einer persönlichen Erklärung, auch im Namen meiner beiden Kolleginnen, Dagmar Metzger und Silke Tesch, ein paar Gedanken zu unserem Abstimmungsverhalten mit auf den Weg geben.

Wir wollen noch einmal unterstreichen, dass Neuwahlen nicht das Ziel unserer Entscheidung waren. Kern war und ist die bestehende Absage an eine Regierungsbildung, die unser Land und die Regierungspolitik von den Stimmen einer in weiten Teilen verfassungsfeindlich gesinnten Partei abhängig gemacht hätte.

Wir bedauern, dass eine Regierungsbildung zwischen den anderen Parteien – ohne DIE LINKE – nicht möglich war. Die Linkspartei hat in diesem Haus gezeigt – ich erinnere an die Gleichsetzung von Staatssicherheit und Verfassungsschutz, an die Rote Hilfe, an die illegale Hütte im Kelsterbacher Wald, an persönliche Diffamierungen –, dass sie noch nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung angekommen ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir müssen akzeptieren, dass Sie einen Teil der Wählerschaft binden. Aber wir werben auch weiterhin dafür, dass sich streitbare Demokraten mit Ihnen auseinandersetzen und dass Ihnen kein politischer Einfluss auf die Regierung des Landes Hessen und kein Einfluss auf den Bundesrat gegeben wird. Dabei hilft keine ritualisierte Aufregung, wie wir sie hier im Haus erlebt haben. Es geht

stattdessen um eine inhaltlich glasklare politische Auseinandersetzung mit Ihren populistischen Inhalten und Ihrem problematischen Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis. Ich denke, gerade Ihre beiden Reden heute haben gezeigt, dass dies sehr bitter notwendig ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wir setzen darauf, dass Sie nach der Wahl nicht wieder in die Rolle des politischen Züngleins an der Waage kommen; denn das hat Hessen, das hat unsere Demokratie nicht verdient.

Meine Damen und Herren, wir haben als überzeugte Sozialdemokraten unsere Maxime: „Keine Regierung unter Beteiligung der Linkspartei“. Dies sollte auch in der kommenden Wahlperiode gelten.

Diese deutliche Abgrenzung berührt den Kern unserer politischen Identität. Für eine zutiefst richtige Entscheidung kann es keinen falschen Zeitpunkt geben. Es war eine zentrale Gewissensentscheidung. Wir möchten deshalb heute hier noch einmal ein Plädoyer für die Freiheit des Mandates als eine der herausragenden Errungenschaften der parlamentarischen Demokratie hinterlegen.

Wir alle als Abgeordnete sind weder an Weisungen noch an Aufträge gebunden. Wir sollen als frei gewählte Abgeordnete gerade dem Wählerauftrag und unserer Verantwortung für das Allgemeinwohl dienen. „Erst kommt das Land und dann die Partei“, hat Gerhard Schröder einmal sehr treffend formuliert. Wir wollen die grundgesetzlich geschützte Mitwirkung der Parteien an der demokratischen Willensbildung in keiner Weise schmälern. Politische Weltanschauungen bilden sich in Parteien ab. Sie verbinden unterschiedliche Interessen. Sie sind Anlaufpunkte für das politische Engagement in Staat und Gesellschaft. Das ist auch gut so.

Meine Damen und Herren, wir wollen Ihnen allen als Abgeordnete den Rücken stärken, dass es jenseits dieser Parteiverbundenheit eine höhere Instanz gibt: den Wählerauftrag, das Allgemeinwohl und die Freiheit der Gewissensentscheidungen. Jedenfalls wir werden dieses Verfassungsrecht auf ein freies Mandat mit Nachdruck durch alle Instanzen verteidigen.

(Beifall der Abg. Dagmar Metzger, Silke Tesch und Jürgen Walter (SPD) sowie bei der CDU und der FDP)

Unsere parlamentarische Demokratie hat mehr Selbstbewusstsein und Achtung vor ihren Abgeordneten verdient. Diese Anerkennung ist es, die wir Ihnen allen für die Zukunft wünschen.

Wenn wir jetzt auf Neuwahlen zugehen, möchten wir drittens abschließend daran appellieren, gerade im Wahlkampf die Grundzüge der parlamentarischen Demokratie zu pflegen. Dies gilt ganz besonders für einen fairen demokratischen Wettbewerb, für eine politische Kultur des Aufeinander-Zugehens im Sinne des Allgemeinwohls und für die Achtung gegenüber den demokratischen Institutionen und ihren Vertretern. Da geht es auch um einen menschlichen Grundrespekt vor den politischen Mitbewerbern.

Die Wählerinnen und Wähler wollen natürlich politische Unterschiede erkennen. Sie wollen danach ihre Wahl treffen können. Sie erwarten aber vor allem auch ein konstruktives Miteinander nach den Wahlen. Sie wollen die Gewissheit eines Grundrespekts vor ihrem Wählerauftrag und der Wahrhaftigkeit unserer Wahlkampfaußagen.

Meine Damen und Herren, da gilt es, die Wählerinnen und Wähler wirklich ernst zu nehmen. Sie können bei einer vernünftigen Vermittlung sehr wohl nachvollziehen, dass Politik aus dem Ausgleich von Interessen besteht. Sie können nachvollziehen, dass Koalitionen die Kunst des Kompromisses einschließen. Sie wollen aber zu Recht nicht hinnehmen, wenn eine der Grundbedingungen ihres Wahlauftrages danach in grundlegender Weise missachtet wird. Dies zeigen die Umfragen und die Vielzahl der Zuschriften, die zum Teil sehr bewegend sind, die wir in den vergangenen Wochen erhalten haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin, bitte kommen Sie zum Schluss.

**Dr. Carmen Everts (SPD):**

Herr Wilken, wir erleben aus der Bevölkerung viel Zuspruch und weniger Wut.

Meine Damen und Herren, wir können als demokratisch Verantwortliche kein anderes Volk suchen. Wir sind die gewählten Vertreter und erhalten unseren Auftrag aufgrund unserer Aussagen vor der Wahl. Dieses Vertrauen in die Politik und in die demokratischen Institutionen ist ein hohes Gut, das wir pflegen sollten. In diesem Sinne hat jetzt der Souverän das Wort. Wir wünschen uns selbst verantwortungsbewusste Demokraten in allen Parteien.

Meine Damen und Herren, da das in absehbarer Zeit die letzte Gelegenheit ist, möchten wir abschließend für die gute, zum Teil langjährige Zusammenarbeit in diesem Hause danken. Wir wünschen Ihnen persönlich und politisch alles Gute und eine glückliche Hand für unser Bundesland Hessen. – Vielen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall der Abg. Dagmar Metzger, Silke Tesch und Jürgen Walter (SPD) – Beifall bei der CDU und der FDP)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat nun analog zur ersten Wortmeldung Herr Abg. Walter für fünf Minuten.

**Jürgen Walter (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserer Verfassung steht, dass wir Abgeordneten unserem Gewissen unterworfen sind. Indem wir uns der Regierungsbildung unter Beteiligung der Linkspartei verweigert haben, haben die Kolleginnen Everts, Tesch und Metzger sowie ich eine solche Gewissensentscheidung getroffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, man kann diese Entscheidung für falsch halten. Man kann die Konsequenzen dieser Entscheidung hart kritisieren. Was wir uns aber nicht absprechen lassen, ist, dass wir diese Entscheidung aus tiefster Überzeugung und ausschließlich aus tiefster Überzeugung getroffen haben. Wer uns andere Motive unterstellt, der sagt dabei mehr über sich selbst aus als über uns.

(Beifall der Abg. Dr. Carmen Everts, Dagmar Metzger und Silke Tesch (SPD) sowie bei der CDU und der FDP)

Heute wissen wir vier Abgeordneten, dass wir unsere Mandate nicht werden behalten können. Wir wissen, dass

wir dem nächsten Landtag nicht mehr angehören werden. Es ist uns nicht mehr möglich, parteiintern zu kandidieren. Es ist uns parteiintern nicht einmal mehr möglich, auf einer Veranstaltung eine Rede zu halten. In der Presse habe ich gelesen, man könnte sozusagen als Nichtparteimitglied antreten. Diese Konstruktion würde bedeuten, man müsste erst austreten, um innerhalb der SPD zu kandidieren. Das ist erkennbar Unfug.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Behauptung ist falsch!)

Aber wir würden alle vier heute wieder genauso entscheiden, weil dies eben unserer Überzeugung entspricht und weil wir der Auffassung sind, dass Abgeordnete in wesentlichen Fragen nicht gegen ihre Überzeugung handeln sollten.

(Beifall der Abg. Dr. Carmen Everts, Dagmar Metzger und Silke Tesch (SPD) sowie bei der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Everts hat eben dargelegt, warum wir nicht wollen, dass DIE LINKE Einfluss auf die Regierung in diesem Lande bekommt. Ich möchte noch einen Punkt hinzufügen. Herr Kollege Schaus, wenn ein veritabler Vizepräsident dieses Landtags eine Gewissensentscheidung von vier Abgeordneten mit den Worten kommentiert: „diese Schweine“, weiß ich, dass meine Entscheidung richtig war.

(Anhaltender lebhafter Beifall der Abg. Dr. Carmen Everts, Dagmar Metzger und Silke Tesch (SPD) – Beifall bei der CDU und der SPD)

Wenn sich dieser Landtag heute vorzeitig auflöst, sind hierfür nicht allein vier Abgeordnete verantwortlich. Verantwortlich sind vielmehr vier demokratische Parteien, die es in den letzten zehn Monaten nicht geschafft haben, auch nur ein einziges Mal ernsthaft über die Bildung einer stabilen Regierung miteinander zu sprechen.

Es ist allseits bekannt – manche in diesem Hause sind auch ein Stück weit stolz darauf –, dass die Gräben zwischen den politischen Lagern in unserem Bundesland Hessen tiefer sind als im Rest der Republik. Der Landtag in Hessen gilt als das härteste Parlament in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben in Hessen die härteste Opposition erlebt, die noch aus der kleinsten Petitesse einen „unglaublichen Vorgang“ machen konnte. Wir kennen die „brutalstmögliche“ Regierung, die den Staat als ihre Beute behandelte, die es zu verteidigen galt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leisten uns in Hessen seit Jahren, ja seit Jahrzehnten eine politische Streitkultur, die nur wenig mit dem legitimen und wichtigen demokratischen Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen zu tun hat. Vielmehr setzen sich die beiden großen Volksparteien, aber auch die beiden politischen Lager insgesamt, mit einer Härte und Unversöhnlichkeit auseinander, die die Menschen nicht mehr nachvollziehen können, die die Menschen nicht mehr nachvollziehen wollen. Ich meine, wir meinen, dass dies im Kern das berührt, was wir als Politik- und Politikerverdrossenheit beschreiben.

Herr Hahn, ich nehme Sie als Beispiel. Ich könnte auch über meine Partei reden. Aber es gilt der Anwaltsgrundsatz: Im laufenden Verfahren muss man nicht noch Argumente liefern. Deswegen nehme ich die FDP.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

In Ihrer Rede führen Sie aus, dass Sie stolz darauf sind, dass sich die FDP nicht mit der SPD an einen Tisch gesetzt

hat, um über eine Regierungsbildung zu verhandeln. In der gleichen Rede loben Sie unseren ehemaligen Partei- und Fraktionsvorsitzenden Gerhard Bökel mit den Worten: „Gerhard Bökel hat mit allen gesprochen.“ Lieber Herr Kollege Hahn, entweder ist es eine besondere Anekdote, dass man nicht mit den Kollegen spricht, oder aber es ist richtig, mit den Kollegen zu sprechen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das war Anwaltsrhetorik!)

Meine Auffassung ist, dass man sich an einen Tisch setzen muss. Auch Sie hätten sich an einen Tisch setzen müssen, um eine Regierungsbildung zu versuchen. Wenn am Ende keine herauskommt, darf man keine Regierung bilden.

Herr Kollege Hahn, dass Sie der Sozialdemokratischen Partei jedes Gespräch verwehrt haben, fällt auf Sie und Ihre Fraktion zurück.

(Beifall der Abg. Dr. Carmen Everts, Dagmar Metzger, Silke Tesch und Marius Weiß (SPD))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die „FAZ“ kommentiert in ihrer Ausgabe vom 08.11. die hessischen Verhältnisse als „einen Rückfall in die Kinderkrankheiten der deutschen Demokratie“. In Hessen, so heißt es, werde „ein Kampf des Lichts gegen die Finsternis geführt, in dem der Wille, den Gegner zu vernichten, an die Stelle des Wettbewerbs um die Gunst der Wähler“ getreten sei.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin lange genug in der Politik, um zu wissen, dass es in keiner Partei nur Licht oder nur Schatten gibt. Wer dies dauerhaft bestreitet, wer in der Politik dauerhaft nur seine eigene Meinung gelten lässt, der kann noch so große Reden halten, er bleibt doch sprachlos.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### **Jürgen Walter (SPD):**

Klaus Bölling hat kürzlich an einen Satz von Herbert Wehner erinnert. Herbert Wehner hat gesagt, dass die innenpolitische Gegnerschaft in der Demokratie belebend sein kann. Wenn diese Gegnerschaft aber in ein Feindverhältnis übergeht, dann tötet dies Demokratie.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gerade in schwierigen Zeiten erwarten die Menschen von der Politik und uns Politikern, dass wir nicht nur den gelegentlich schwungvollen Wettstreit um die besseren Lösungen führen; die Menschen erwarten auch konstruktive Zusammenarbeit im Interesse dieses Landes. Meine Auffassung ist, dass dieses Haus in den letzten Monaten an dieser Herausforderung gescheitert ist. Wir wünschen dem nächsten Landtag und den nächsten Abgeordneten in diesem Landtag bei diesen Aufgaben mehr Erfolg und eine glücklichere Hand. – Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Dr. Carmen Everts, Dagmar Metzger und Silke Tesch (SPD) sowie bei der CDU und der FDP)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gemäß Art. 80 unserer Hessischen Verfassung bedarf es für einen Beschluss des Hessischen Landtags,

sich selbst aufzulösen, mehr Stimmen als die Hälfte der Zahl der gesetzlichen Mitglieder, also 56. Diese Zahl ist uns in Fleisch und Blut übergegangen.

Deswegen stelle ich diesen Antrag zur Abstimmung und bitte Sie nach meiner Feststellung, was wir da angerichtet haben, noch sitzen zu bleiben.

Drucks. 17/765, Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE betreffend Selbstaflösung des Hessischen Landtags gemäß Art. 80 der Hessischen Verfassung lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Hessische Landtag löst sich gemäß Art. 80 der Hessischen Verfassung selbst auf.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Ist jemand dagegen? – Enthält sich jemand der Stimme? – Meine Damen und Herren, dann stelle ich fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist. Ich stelle fest, dass der Hessische Landtag sich gemäß Art. 80 Hessische Verfassung durch Beschluss mit der erforderlichen Mehrheit selbst aufgelöst hat und damit aufgelöst ist.

Lassen Sie mich trotzdem – unter ehemaligen Kollegen – einige Sätze sagen. Das war die kürzeste Wahlperiode, der wir angehört haben. Meine Damen und Herren, wir sind nun alle keine Abgeordneten mehr, auch wenn einige noch eine Funktion haben, beispielsweise im Hauptausschuss.

Eine Kollegin hat entschieden, dass sie ihre Tätigkeit jetzt beenden will. Ich möchte sie in diesem Rahmen mit Dank verabschieden. Liebe Frau Pfaff, Sie haben eine Entscheidung getroffen und wollen nicht mehr zurückkehren. Ich danke Ihnen für die vielen Jahre guter Arbeit im Hessischen Landtag und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, auch für die Öffentlichkeit: Das, was wir hier gemacht haben, ist eine Ausnahme und keine Anomalie. Die Hessische Verfassung ist sehr klar, das gilt es zu betonen. Es war kein Weg, den das Parlament bestritten hat, nach dem Motto: Es passt uns das Ergebnis nicht, wir lassen neu wählen. – Es war ein sehr langer Prozess, Sie haben die Debatte verfolgt. Ich glaube, in diesen wenigen Monaten haben wir vor dem Hintergrund der politischen Spannungen, die das Ergebnis mit sich gebracht hat, eine Zeit erlebt, die sachlicher verlaufen ist, als es außerhalb des Parlaments erwartet worden ist. Dafür möchte ich Ihnen allen danken. Es wird nie ganz ausgehen, ohne dass es auch einige Kratzer gibt. Im Großen und Ganzen bin ich mit Ihnen – das darf ich so sagen – zufrieden gewesen.

Meine Damen und Herren, man übt auch neue Strukturen. Wir haben keine Abgeordneten mehr, und trotzdem rede ich zu Ihnen. Ich will ein Weiteres sagen: Ich glaube, dass ich nachempfinden kann, wie es in dem einen oder anderen, egal welcher Fraktion, aussieht. Ich habe 1983 eine gleiche Situation mitmachen müssen. An all diejenigen, die mit dem Wahltag 27. Januar hier eingetreten sind: Das ist nicht einfach. Man hat das Parlament erreicht und darauf lange hingearbeitet. Nun stellt man sich die Frage, ob man wiederkommt. Das ist so. Es sind Menschen hier, die wissen nicht, ob sie wiederkommen. Es gibt einige, die draußen sind und hoffen, dass sie wieder zurückkommen.

Einige wissen, dass sie auf alle Fälle wieder hier Platz nehmen werden.

Ich möchte allen mitteilen, dass ein jeder von uns weiß, dass es neben dem politischen Kampf ganz einfache Dinge des Lebens sind, das zu erleben und zu verkraften. Deswegen gilt es auch, dies der Öffentlichkeit mitzuteilen. Am Ende ist dies nicht einfach für viele, obwohl jeder, der sich in die politische Arena begibt, weiß, dass die Mandate, die uns die Wähler geben, immer nur auf Zeit sind. Das ist wichtig festzustellen. Das ist kein Trost, aber es ist das Bewusstsein, dass es nicht anders machbar ist.

Ich appelliere an alle politischen Kräfte in Hessen, den Wahlkampf, der nach den Festtagen in aller Kürze und aller Heftigkeit kommen wird, so zu gestalten, dass schwere Verletzungen ausbleiben. Ich appelliere an alle, dies entsprechend zu beachten.

Ich hoffe, dass Sie im Dezember und über die Festtage trotz vieler Vorbereitungen, vieler Hektik und Terminlagen Zeit für die Dinge außerhalb unseres politischen Tuns

haben. Ich kann Ihnen Mitte November noch keine frohen Weihnachten wünschen. Ich hoffe jedenfalls, dass das gelingt.

Meine Damen und Herren, die Christen in diesem Land begehen heute den Buß- und Betttag. Für uns – ob Christen oder Nichtchristen – sind das Innehalten und die Frage, sich bußhaft zu verhalten und darüber nachzudenken, vielleicht nicht die schlechteste Sache, den heutigen Tag zu beenden, wo immer Sie das auch tun werden.

Ich wünsche Ihnen alles Gute für die nächsten Wochen. Ich hoffe, dass es so gelingen mag, wie es sich jeder vorstellt. Ich bedanke mich für die heutige Art der Debatte und der Toleranz gegenüber denen, die hier gesprochen haben.

Der Landtag ist aufgelöst. Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen alles Gute.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 16.18 Uhr)